Enough is enough!

Nr. 2
Okt./Dez. '97

4,- DM

Zeitung für antirassistische und antifaschistische Politik und Kultur in Schleswig - Holstein

Widerstand tut Not!

Enough is enough!

Zeitung für antirassistische und antifaschistische Politik und Kultur in Schleswig - Holstein

Hg.:
Enough is enough-
Redaktionskollektiv/Kiel,
Lübecker Bündnis gegen Rassismus

Redaktion:
c/o *Initiativenzentrum*
Schweffelstraße 6
24118 Kiel

Abo und Vertrieb:
c/o *alternative*
Willy-Brandt-Allee 9
23554 Lübeck

V.i.S.d.P.: A. Hoffmann

Bankverbindung:
A. Hoffmann
Kto. 408352-201
Postbank HH
BLZ 200 100 20
Stichwort: *„Enough“*

Auflage: 1500

Erscheinungsweise:
4x/Jahr

Abo:
20,- DM für 4 Ausgaben,
ab 5 Exemplaren 20% Rabatt
ab 30 Exemplaren 25% Rabatt

Inhalt

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Eure Reaktionen auf unsere erste Ausgabe steigerten unsere Motivation enorm, die Euch nun vorliegende Nr. 2 zu produzieren.

Nicht nur, daß überhaupt eine erstaunlich hohe Anzahl an Abos eintrudelte und immer noch eintrudelt, auch die eintreffenden Kommentare waren durchweg positiv.

Das bedeutet natürlich für uns, das Niveau mindestens zu halten, wenn nicht gar noch zu steigern. Urteilt anhand der folgenden Seiten selber, inwieweit uns das gelungen ist!

Auch die erfreuliche Entwicklung der Verkaufsstellen (siehe letzte Seite) überraschte uns angenehm. Somit können wir die ökonomische Seite beruhigt angehen - was mehr Energie für die politische Seite schafft.

Das bedeutet natürlich nicht, daß wir nicht gerne noch mehr Verkaufsstellen, WeiterverkäuferInnen und AbonenntInnen hätten. Zu den Abos auch noch was Organisatorisches: Zum einen hat sich unsere Bankverbindung geändert:

A. Hoffmann
Kto.-Nr.: 408352-201
Postbank HH
BLZ 200 100 20
Stichwort: „Enough"

Zum anderen haben wir die Handhabung des Weiterverkaufes leicht geändert: WeiterverkäuferInnen und Verkaufsstellen können die *Enough is enough* in Kommission beziehen, d.h. Exemplare, die Ihr nicht verkauft bekommt, schickt Ihr einfach an uns zurück. Ab 5 abgenommenen Exemplaren bezahlt Ihr nur DM 3,- pro Stück, ab 20 Exemplaren nur DM 2,50, ab 50 Exemplaren wird's sogar noch etwas billiger: DM 2,30!

Seid nicht zu bescheiden: unsere bisherige Erfahrung zeigt, daß 5 Exemplare jede/r verkauft bekommt. Für Eure Bestellung könnt Ihr die auf der Rückseite befindliche Karte benutzen. Falls Ihr das Heft nicht zerschnippeln wollt, und auch grade keinen Kopierer zur Hand habt, teilt uns bitte in einem Brief oder Fax (0451-7020748) alle Angaben mit, die wir auch auf der Karte anfragen!

Das Ziel, durch die *Enough is enough* Kontakte zwischen Antifagruppen zu schaffen oder neu zu beleben, hat sich erfüllt und sich auch gleich auf die vorliegende Ausgabe ausgewirkt. Werft einen Blick in die Regional-Seiten „Von Nord nach Süd"...

Auch hier gilt, daß wir mit dem Erreichten noch nicht zufrieden sein dürfen: wir halten es nicht für zu ehrgeizig, daß die *Enough is enough* in jeder Gemeinde Schleswig-Holsteins zu bekommen sein muß! Nur ausschließlich interessierte AntifaschistInnen per Abo zu beliefern, würde bedeuten, die Hoffnung aufzugeben, durch die Zeitung Menschen erst für antifaschistische/ antirassistische Politik zu interessieren. Die derzeitige gesellschaftliche Situation verlangt aber nach der Ausbreitung eines Widerstandsgeistes. Die Hamburger Wahl hat erneut gezeigt, wie dicht faschistische Parteien vor der gesellschaftlichen Akzeptanz stehen. Ihre Inhalte (Asyl, Innere Sicherheit...) durch etablierte Kräfte transportiert, haben diese Grenze längst überschritten. Das bedeutet auch für uns, Grenzen zu überschreiten, neue BündnispartnerInnen und MitstreiterInnen zu suchen und zu gewinnen.

Die *Enough is enough* kann und soll auch dazu dienen, Diskussionen zu beeinflußen oder zu entfachen. Aber Diskussionen in immer derselben Szene, mit ähnlichen Ritualen, oft ohne jede gesellschaftliche Bedeutung, verlieren ihren Sinn.

Wir hoffen, wieder einen guten Ausgleich zwischen Artikeln aus dem Asyl-/ Antirassismusbereich und Artikeln, die sich mit Faschisten, ihren Organisationen und Aktionen beschäftigen, gefunden zu haben. Über die Abschiebung von Flüchtlingen an konkreten Beispielen ließe sich wahrscheinlich leider noch wesentlich mehr berichten. Hier noch einmal unser Aufruf an Euch: schickt uns möglichst aktuelle Artikel aus Euren Orten, am besten auf Diskette! (Redaktionsschluß für die nächste Ausgabe ist der 15. Dezember!)

Wir wollen zwar gar nicht bei einer bekannten und (ehemals?) linken tageszeitung abgucken, aber wir könnten hier auflisten, *was fehlt*: ein Artikel über Grundlagen und Perspektiven antifaschistischer Arbeit; ein Bericht über Streetwork-Projekte (auch) mit Fascho-Jugendlichen; ein Artikel zur Zusammenarbeit des „Bundes Freier Bürger" (BFB) und der „Wählergemeinschaft Schleswig-Holstein" (WSH); ...

Ein Teil dieser Artikel ist für die nächste Ausgabe vorgesehen - versprechen können wir allerdings nichts. Wir werden auch zukünftig unsere Priorität auf aktuelle Ereignisse legen. Soweit das bei einer vierteljährlich erscheinenden Zeitung möglich ist...

Jetzt könntet Ihr eigentlich umblättern und Euch der Lektüre widmen, aber vorher noch ein Gruß an die MitarbeiterInnen des Antifaschistischen Info-Blattes! Herzliche Gratulation zum 10-jährigen Bestehen Eures Projektes und vielen Dank für Eure Grüße und Wünsche. Wir hoffen, daß unsere beiden Zeitungen mindestens noch die nächsten 10 Jahre zusammen kämpfen!

Jetzt aber wirklich:

Viel Spaß mit der Nr. 2!

Wünscht Euch die

Enough is enough!

-Redaktion

Die Rechte formiert sich! -Widerstand tut Not!

Am Samstag, den 4. Oktober versuchten etwa 40 Anhänger des „Freiheitlichen Volks Blocks" (FVB) in Lübeck aufzumaschieren. Ca. 40 AntifaschistInnen stellten sich ihnen in den Weg. Die Polizei nahm die Neonazis daraufhin für mehrere Stunden in Gewahrsam. Zeitgleich gründete sich nach eigenen Angaben die Wählergemeinschaft „Bündnis Rechts" (siehe auch Artikel „Nazi-Treffen in Ottendorf...).

Am Donnerstag, den 2. Oktober meldete der Lübecker Nazi-Kader **Ulrich Schwetasch** für einen „Bürgerkreis Lübeck" eine Kundgebung unter dem Motto: „Mehr Sicherheit durch Recht und Ordnung!" an. Sie sollte am 4. Oktober um 14 Uhr am Koberg stattfinden, wurde jedoch verboten. Schwetasch ging daraufhin juristisch gegen das Verbot vor. Das Verwaltungsgericht in Schleswig stellte die aufschiebende Wirkung des Verbotes wieder her. Die Stadt Lübeck, durch unzählige faschistische Anschläge (auf die Synagoge, auf das Flüchtlingsheim in der Hafenstraße und auf diverse Kirchen) sowie durch permanente Hakenkreuzschmierereien in die Schlagzeilen geraten, nutzte ihre Möglichkeit nicht, das Urteil anzufechten. Die Haltung der Hansestadt und ihres Bürgermeisters in dieser Sache verdient nur Unverständnis und scharfe Kritik: Zwar wurde der Aufmarsch verboten, gleichzeitig jedoch darauf verzichtet, die Bevölkerung gegen die Nazis zu mobilisieren oder wenigstens antirassistische Initiativen von der geplanten faschistischen Provokation zu unterrichten. Damit sind Stadt und Bürgermeister ihrer besonderen Verantwortung nicht gerecht geworden.

Der „Freiheitliche Volks Block" auf dem Weg zum Sammelpunkt

Am Mittag des 4. Oktober besetzten etwa zwei dutzend AntifaschistInnen spontan den Koberg, um die Kungebung der Faschisten zu verhindern. Bis ca. 15.30 Uhr ließen sich keine Nazis auf dem Koberg ausmachen. Nur für kurze Zeit hielt sich **Andre Schwelling** von der *Patriotischen Jugend* aus Hamburg in der Nähe auf. Gegen 16 Uhr begannen

FVBler Sekunden vor dem Angriff auf eine Antifaschistin

Sichtlich genervter Volksblock kurz vor seiner Festnahme

sich dann einige Anhänger des *Freiheitlichen Volks Blocks (FVB)* auf dem Parkplatz des ca. 1km entfernten Langerichts zu sammeln, um von dort zum Koberg zu marschieren. Der Freiheitliche Volks Block ist eine vom ehemaligen Mitglied der inzwischen verbotenen Nationalistischen Front **Thomas Scharf** gegründete Gruppierung und hat seinen Schwerpunkt in Süddeutschland. Die Gruppe tritt, wie das historische Vorbild „SS" schwarz-uniformiert auf und hat eine eigene Frauengruppe, die „Frauenfront". Die Anhänger des FVB sind der militanten Neonazi-Szene zuzuordnen und traten in Schleswig-Holstein erstmals massiv bei der Nazi-Demonstration in Bad Segeberg am 24. Mai auf. In Eutin-Fissau sammelt sich eine Gruppe um **Sven Lörchner**, die sich am FVB orientiert. Diese Fissauer Kameradschaft beteiligte sich auch an diesem Samstag an dem Aufmarsch-Versuch. Desweiteren waren FVBlerInnen aus Halle und Nürnberg angereist. Drei, durch Ordnerbinden gekennzeichnete FVBler waren mit Kampfhunden bewaffnet.

Um den Nazis den Weg in die Stadt zu versperren, blockierten etwa 40 AntifaschistInnen das Burgtor und machten deutlich, daß sie die Faschisten nicht ohne Gegenwehr in die Stadt lassen würden. Auf der Burgtorbrücke wurden die Nazis von der Polizei gestoppt, da diese kurz zuvor eine Antifaschistin vom Fahrrad zu Boden gerissen und mit einem Kampfhund und den Worten: „Stirb, du scheiß Zecke!" bedroht hatten. Die Polizei nahm von allen Faschisten die Personalien auf. Wenig später wurden sie vorübergehend in Gewahrsam genommen, da sie gegen das Uniformierungsverbot verstoßen hatten. Als die Nazis durchsucht wurden, fand die Polizei Knüppel, Gaspistolen und Tränengas. Zu den Festgenommenen gehörten unter anderem auch **Thomas Scharf** (Gründer des FVB aus Nürnberg), **Sven Lörchner** (Fissauer Kameradschaft) und **Thekla Kosche** („Anti-Antifa" aus Bad Segeberg).

Wählergemeinschaft gegründet!

Zwar wurde der faschistische Aufmarsch verhindert, jedoch nicht jegliche faschistische Aktivität in Lübeck und Umgebung.

Ebenfalls am 4. Oktober gründete sich nämlich die Wählergemeinschaft „Bündnis Rechts". Nach einer Presseerklärung der Faschisten sollen an der Gründungsveranstaltung ca. 70 Personen von NPD, DVU, REP, DLVH und Freien Nationalisten teilgenommen haben. Zum Vorsitzenden wurde der NPD/DLVHler **Dieter Kern** aus Stockelsdorf gewählt (siehe auch Artikel „Dieter Kern: Bei Nazis Top, im Job Flop"). Als Redner traten **Ingo Stawitz** (DLVH) und **Thomas Wulff** (ehem. Vorsitzender der inzwischen verbotenen Nationalen Liste) auf. Das „Bündnis Rechts" will an der Kommunalwahl im März 1998 teilnehmen. Der Schwerpunktwahlkampf soll in Lübeck, *„der roten Hochburg von SPD und Linkschaoten"* unter dem Namen „Bündnis Rechts für Lübeck" geführt werden.

Der Versuch ein rechtes Bündnis zu schmieden, ist ein Testlauf für die Bundestagswahl im Herbst '98 und wenn dieses Bündnis in Schleswig-Holstein Erfolge zu verzeichnen haben sollte, wäre die Wahrscheinlichkeit groß, daß sich die Faschisten bundesweit an diesem Beispiel orientieren würden. Dabei muß jedoch beachtet werden, daß es sich beim „Bündnis Rechts" nur um ein loses Personenbündnis handelt und nicht um einen Zusammenschluß der faschistischen Parteien. So dürften DVU und Republikaner im Bündnis nur sporadisch vertreten sein. Für Lübeck gilt jedoch, daß es kaum Berührungsängste zwischen Republikanern (sie erreichten bei der letzten Kommunalwahl 4,8%) und den militanten Neofaschisten gibt.

Es gilt also ein breites und entschlossenes antifaschistisches Bündnis unter Einbeziehung aller fortschrittlichen Kräfte aus Gewerkschaften, Grünen, Jusos, PDS, SPD und Kirchenkreisen in Lübeck bzw. Schleswig-Holstein zu organisieren. Jegliches Auftreten der Faschisten muß unterbunden und der Wahlkampf des „Bündnis Rechts" unmöglich gemacht werden. D.h. konkret: Keine Aufmärsche, Saalveranstaltungen, Büchertische oder andere Propagandaaktionen zu dulden. Dazu gehört z.B. auch, rassistische Wahlwerbung in Form von Stellschildern zu entfernen.

Die faschistischen Drahtzieher öffentlich machen! Kein Fußbreit den Faschisten!

DMS

Brandanschläge, Schmierereien ... und die „Anti-Antifa"!

In der ersten Ausgabe unserer Zeitung hatten wir über die Brandanschläge auf die St. Vicelin-Kirche und das Gemeindehaus von St. Augustinus, sowie über die Schmierereien am Büro des Schriftstellers Günter Grass und an der Jakobi-Kirche berichtet. In allen vier Fällen hinterließen die Täter in weißer Farbe gesprühte Hakenkreuze und dazu den Namen Harig. Alle vier Taten hatten den selben Hintergrund: Die evangelische St. Marien-Gemeinde und der ihr vorstehende Pastor Harig gewähren seit Anfang Mai einer algerischen Familie Kirchenasyl.

Diese Tatsache erhitzt die extreme Rechte noch immer. So darf der Stockelsdorfer Neofaschist **Jörn Lemke** in einem Leserbrief in den *Lübecker Nachrichten (LN)* gegen den Schrifsteller Günter Grass polemisieren. Der dem Dunstkreis der *DVU* zuzurechnende **Jürgen Schiering** spricht sich ebenfalls in den *LN* an exonierender Stelle (Rubrik Leser-Meinung) gegen den *„klaren Rechtsbruch"* Kirchenasyl aus. Doch damit nicht genug! Am 12. Juni brennt es erneut auf dem Gelände einer Kirche. Ein freistehender Holzschuppen im Garten der Luther-Gemeinde geht in Flammen auf. Im Gemeindehaus der Kirche hat seit längerem die Ausstellung *„Lösch mir die Augen aus"* über vier während des Nationalsozialismus hingerichtete Lübecker Geistliche einen dauerhaften Platz gefunden. Auch wenn in diesem Fall keine Nazi-Schmierereien entdeckt wurden, Tatsache ist, daß es sich um Brandstiftung handelt und die Ausstellung das Motiv für einen faschistischen Anschlag gewesen sein könnte.

Am 24. August kündigte die *LN* für den 20. September eine Veranstaltung unter dem Motto: *„Lübecks Brücke zur Welt"* in St. Marien an, am 15. September dann die bevorstehende Verleihung der Herbert-Wehner-Medaille der *„Deutschen Post Gewerkschaft"* (DPG) an den Pastor der Marien-Gemeinde Günther Harig. Grund genug für die organisierten Neonazis wieder einmal zuzuschlagen. Am 17. September wurde die Abdeckfolie eines Trampolins auf dem Spielplatz des Kindergartens der St. Jürgen-Gemeinde mit einem Hakenkreuz und dem Namen Harig beschmiert. Mir derselben weißen Farbe und demselben Schriftzug wurde auch am Auto des Journalisten Wolfgang Freywald zur Tat geschritten. Freywald trat als Mitorganisator der bereits erwähnten Veranstaltung *„Lübecks Brücke zur Welt"* auf, durch die das aufgrund der Synagogen- und Kirchenanschläge weltweit negative Image Lübecks aufpoliert werden sollte.

„Anti-Antifa" - Recherchen

Auffällig ist, daß den Taten, und hier seien besonders die Schmierereien am Büro von Günter Grass und am Auto von Wolfgang Freywald erwähnt, eine mehr oder weniger langfristige Planung und intensive Recherche vorausgegangen sein muß. Für eine solche Recherche zeichnet in der Neonazi-Szene zumeist die sogenannte *„Anti-Antifa"* verantwortlich. Eine exponierte Persönlichkeit in diesem Bereich ist die 30jährige **Thekla Maria Kosche** aus Bad Segeberg. Auch der Lübecker Nazi-Kader **Ulrich Schwetasch** kommt von dort. Sie sind sich bestens bekannt. Es besteht also mindestens eine direkte Verbindung zwischen Bad Segeberg und Lübeck. *„Anti-Antifa"* bedeutet für Kosche, die Sammlung von Informationen über *„Linke Drahtzieher und Anstifter"*, zu denen sie unter anderem eben auch Journalisten (wie Wolfgang Freywald) zählt. Ziel der Informationssammlung ist es, *„Aktionsfreiräume"* für *„erfolgreiches Handeln"* (!) zu schaffen. Auch wenn die, die Informationen sammeln, nicht immer die sind, die auch aktiv werden, um erfolgreich zu handeln, so besteht doch zumeist ein Verbindung zwischen Jägern und Sammlern. Es ist also an der Zeit, daß die Ermittlungsbehörden ihr Blickfeld ein wenig über den Lübekker Tellerrand hinaus erweitern. Nur so können die Täter gefaßt und der „Spuk" beendet werden. Es hilft nicht, die Täter, wie im Fall St. Augustinus kurzzeitig geschehen, im unpolitischen Spektrum zu suchen.

„Anti-Antifa"-Aktivistin Thekla Kosche

Ein kleiner Hoffnungsschimmer zum Schluß: Der Schleswig-Holsteinische Innenminister Wienholz hat einen Abschiebestop für Algerien erlassen. Ob sich das zumindest auf die Bewegungsfreiheit der im Kirchenasyl befindlichen Familie positiv auswirkt, wird zur Zeit von der Kirchengemeinde geprüft.

SBW

Diesner vor Gericht - Schönbohm nicht!

Seit dem 8. August 1997 steht der Berliner Neonazi Kay Diesner in Lübeck vor Gericht. Der Vorwurf: Mord und vierfacher Mordversuch.

Rückblick

Für den 15. Februar hatte die NPD-Jugendorganisation *Junge Nationaldemokraten* (JN) einen Aufmarsch in Berlin-Hellersdorf geplant. Dieser konnte jedoch von einem breiten antifaschistischen Bündnis, an dem auch die PDS beteiligt war, verhindert werden. Dabei kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Antifas und Anhängern der JN. Die Schuld dafür versuchte Innensenator **Jörg Schönbohm** (CDU) der PDS in die Schuhe zu schieben. Von Seiten der CDU begann eine massive Hetze. Indirektes Ergebnis: Am 19. Februar schießt der Neonazi Kay Diesner in Berlin-Marzahn den PDS-Buchhändler Klaus Baltruschat in dessen Büro nieder. *„Ich wollte der Hetze der PDS einen Denkzettel verpassen"*, benennt Diesner am 1. Verhandlungstag das Motiv seiner Tat. Nach dem Attentat auf Baltruschat hatte er sich nach Schleswig-Holstein abgesetzt. Nur vier Tage später, am 23. Februar, erschoß er bei einer Polizeikontrolle auf einem Autobahnrastplatz bei Lauenburg einen Polizisten und verletzte einen weiteren Beamten schwer. Diese 2. Tat hätte die Polizei verhindern können. Denn noch am Tag des Anschlags auf Baltruschat war in einem PDS-Büro ein Anruf eingegangen, in dem die Tat als Rache für die Verhinderung des Naziaufmarsches in Berlin-Hellersdorf bezeichnet worden war. Damit war klar, daß als Täterkreis die neonazistische Terrorstruktur in Frage kam. Und Diesner gehört nicht nur seit Jahren zum harten Kern der Berliner Nazi-Szene und das ist auch der Polizei bekannt, nein, Diesner wohnte auch noch in unmittelbarer Nähe des Tatortes in Berlin-Marzahn. Doch der Berliner Staatsschutz ermittelte erst gar nicht in Richtung Neonazi-Szene und hat einfachste kriminologische Grundsätze mißachtet, das zumindest ist der Vorwurf der Berliner PDS. Der bei der 2. Tat ermordete Polizist hätte also aller Wahrscheinlichkeit nach nicht Opfer dieser Tat werden müssen.

Karriere

Diesners Taten sind durch sein Geständnis bereits weitgehend aufgeklärt. Trotzdem stellen sich noch diverse wichtige Fragen. Handelte Diesner auf Anweisung, wie und wo lernte er schießen, war er in Terrorstrukturen eingebunden? Diese Fragen waren jedoch bei den polizeilichen Ermittlungen außen vor geblieben. Alle Ermittlungen enden bei den Taten. Betrachten wir also erstmal Diesners Karriere. Bereits zu DDR-Zeiten verstand er sich als Skinhead und Holligan. Nach dem Anschluß der DDR landete er beim harten Kern der Ostberliner Nazi-Szene. Er wurde bei der *Nationalen Alternative* (NA) aktiv, die in einem besetzten Haus in der Weitlingstraße (Berlin-Lichtenberg) ansässig war. Schnell erkannte man die Qualitäten Diesners. Diszipliniert und zurückhaltend sei er gewesen, der ideale Befehlsempfänger also. Diesner wurde einer intensiven ideologischen Schulung und militärischen Ausbildung unterzogen. Ende 1992 freundete er sich mit **Marcus Bischoff** und **Oliver Werner** an. Bischoff sitzt wegen Verbreitung des *NS-Denkzettel* in Haft. In diesem Pamphlet wurden Anleitungen zum bewaffneten Kampf veröffentlicht. Hergestellt wird es von Oliver Werner. In der Szene gilt der NS-Denkzettel als Organ des *Weißen Arischen Widerstands* (WAW). Diesner bezeichnet sich selber als Freiheitskämpfer des WAW. Er gibt jedoch an, daß der WAW keine feste Gruppe, sondern eine Bewegung sei.

„Anti-Antifa"

Bei Oliver Werner wurden bei Hausdurchsuchungen nicht nur Bombenbauanleitungen, Rohrbomben und Sprengstoff gefunden, sondern auch sogenannte „Anti-Antifa"-Listen. Für die Erstellung die-

Diesner in der Weitlingstraße (2. v.r.)

„Anti-Antifa"-Aktivist Oliver Werner

Briefkontakt wünschen:	
Jens Barkschat,	Trift 14, 29221 Celle
Burkhard Böhm,	Alt Moabit 12a, 10559 Berlin
Enrico Burkhardt,	Schießgasse 7, 01067 Dresden
Christian Busse,	Karl-Marx-Str. 8, 98617 Untermaßfeld
Ronald Copitzky,	Neuendorfer Weg 1, 03130 Spremberg
Mike Danowski,	Anton-Saefkow-Allee 22, 14772 Brandenburg
Kay Diesner,	Marliring 41, 23566 Lübeck - n.G. -
Max Dvorak,	- entlassen -
Timo Eckardt,	- entlassen -
Martin Engelbrecht,	Boostedterstr. 30, 24534 Neumünster
Kay Engelmann	Schießgasse 7, 01067 Dreden - n.G. -
Olaf Geßner,	Postfach 23, 04736 Waldheim
Ingo Grau,	Möhlendyck 50,47608 Geldern

Nazis suchen Brieffreundschaft:
Aus den „Nachrichten der HNG" vom Juli '97

ser „schwarzen Listen" waren Oliver Werner und Kay Diesner zuständig. Das gesammelte Material wurde dann vom NA-Führer **Oliver Schweigert** per Computer erfaßt und mit den Daten des „Anti-Antifa"-Initiators **Christian Worch** aus Hamburg abgeglichen.

Kay Diesner war für die „Anti-Antifa" prädestiniert. In der von der Neonazi-Szene als *„Kampfblatt der autonomen Nationalisten aus Westphalen"* und *„Sprachrohr des nationalen revolutionären Widerstandes in Nordrhein-Westphalen"* verstandenen *„Freien Stimme"* sagen Berliner Nazis über ihren „Kameraden und Mitkämpfer" Kay Diesner: „Durch sein harmloses jugendliches Aussehen eignete er sich aber auch für konspirative Einsätze. Für die „Anti-Antifa"-Berlin war er in der Aufklärung tätig, indem er z.B. in Zeckenläden einschlägige Literatur beschaffte oder sich um Feindadressen bemühte." Dabei war Diesner auch, als am 13. August 1994 die crème de la crème der Berliner Neonazi-Szene auf dem Dach des Hauses des Führungskaders Arnulf Priem festgenommen wurde. Die Nazis hatten einen Journalisten mit einer Zwille beschossen und bereiteten offensichtlich, u.a. mit Steinen und Molotowcocktails bewaffnet, einen Angriff auf eine antifaschistische Demonstration vor. Ein Teil der Gruppe, darunter Diesner, wurde später wegen Bildung eines bewaffneten Haufens und anderen Delikten verurteilt. Diesner erhielt 105 Tagessätze á 40 DM. Bei der erwähnten Aktion war neben Diesner und Werner u.a. auch ein „Kamerad" dabei, der seine Mordtat am 18. April, also zwei Monate nach Diesner, beging. **Detlef Nolde** erstach mit einem weiteren „Kameraden" zwei Wittenberger Neonazis.

Der Neonazi Andreas Tews ist heute derjenige aus der Szene, der Diesner im Gefängnis besucht, den Kontakt zu ihm hält und seine Betreuung durch die *Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene* (HNG) sicherstellt. Seit Juli sucht Diesner über die *„Nachrichten der HNG"* nach Briefkontakten in der Nazi-Szene.

Terror-Konzepte

Ob Kay Diesner Kontakt zu einer Terrorstruktur innerhalb der Neonazi-Szene hatte oder sogar in sie eingebunden war, ist unklar. Klar ist hingegen, daß sich erhebliche Teile der Szene in den letzten Jahren an terroristischen Konzepten orientieren, wie sie in *„Eine Bewegung in Waffen"*, *„Wie schwören den Eid... Autonomnationalistisches Manbifest"*, *„Werwolf, Winke für Jagdeinheiten"* und *„Deutsches Manifest"* verbreitet werden. Diesner soll bei Wehrsportübungen an *„Eine Bewewgung in Waffen"* geschult worden sein. Diese 1991 erschienene Schrift wurde von einem Pseudonym Hans Westmar herausgegeben, hinter dem der ehemalige Schriftleiter der *„Nachrichten der HNG"*, **Christian Scholz**, steckt.

Christian Scholz, Urheber von „Eine Bewegung in Waffen"

„Eine Bewegung in Waffen" gilt in der Neonaz-Sszene als grundlegende Handlungsanleitung in Fragen des Aufbaus und der Tätigkeit einer terroristischen Untergrundstruktur. Es wird der Aufbau eines *„Werwolf"*-Netzes mit einzelnen Zellen, Verbindungsleuten und Depots propagiert. Ausgewählte Kandidaten werden *„ausgesondert, sodann unseren Anforderungen gemäß geschult und ausgebildet, um schließlich als „Schläfer" den Beginn der eigentlichen Kampfhandlungen abzuwarten."* Als potentielle Opfer der Aktionsform *„Attentat"* werden u.a. der *„Scherge des Repressionsapparates"* und *„alle diese Volksschädlinge, dieses plutokratische und marxistische Ungeziefer"* genannt. Die Zielgruppe, die Diesner im Auge hatte, deckt sich also mit den Vorgaben in *„Eine Bewegung in Waffen"*. Diesner selbst war jedoch kein *„Schläfer"* und er hat wahrscheinlich auch nicht auf Anweisung der *„Organisationsleitung"* gehandelt, wie es vorgeschrieben ist.

Terror-Konzepte

Grundsätzliche Überschneidungen mit Diesners Verhalten finden sich allerdings in dem 1992 in den USA erschienenen Aufsatz des „*Führerlosen Widerstands*" („*Leaderless Resistance*"). Dort heißt es: „*Nach der Strategie des führerlosen Widerstandes operieren alle Individuen (!) und Gruppen unabhängig voneinander und fragen nie (...) nach Anweisungen. (...) Allgemein zugängliche Organe der Informations-Verbreitung (...) halten jede Person auf dem Laufenden und ermöglichen damit eine geplante Reaktion in vielerlei Variationen.*" Propagiert wird das Konzept des „*führerlosen Widerstandes*" auch von der US-Nazitruppe *White Aryan Resistance*, von der sich sowohl die schwedische Version *Vitt Ariskt Motstand*, eine neonazistische Terrortruppe, als auch die deutsche Variante *Weißer Arischer Widerstand*, dem sich Diesner zugehörig fühlt, herleiten. Im Fall Diesner war das im „*Führerlosen Widerstand*" erwähnte allgemein zugängliche Organ der Informations-Verbreitung das Fernsehen. Durch dieses Medium ist er über die Ereignisse in Berlin-Hellersdorf am 15. Februar informiert und auf die Idee gebracht worden, einen Anschlag auf die PDS zu verüben. Einer seiner Stichwortgeber war CDU-Innensenator Schönbohm, der noch am Abend des 15. Februar via TV die PDS der Aufhetzung und des Aufrufes zur Gewalt bezichtigte. Es war also wie in guten alten Zeiten vor der Abschaffung des Asylrechts, bei inhaltlichen Überschneidungen zwischen Konservativen und Neonazis - die Einen liefern die Stichworte für die Taten der Anderen.

Prozeß

Die ersten zehn Prozeßtage förderten nichts außergewöhnliches zutage. Der „*politische Gefangene*" Diesner versucht sich als „*Einzelkämpfer*" darzustellen, der „*autonom*" agiert. So wird dann aus *Nationale Alternative* mal schnell „*Nationale Arschlöcher*", um die Einzelkämpferthese aufrecht zu erhalten und bloß keine Terrorstruktur erkennbar werden zu lassen. Aus seiner Gesinnung macht Diesner jedoch keinen Hehl. Er spricht vom „*Holocaust an der weißen Rasse*", bezeichnet Türken, Araber und Slawen als Dreck, usw. . Brieflichen Kontakt hat Diesner zu den bereits erwähnten „Kameraden" Bischoff und Tews, sowie zu **Thomas Lembke**, einem wegen mehrfachen Mordes einsitzenden Neonazi.

Kay Diesner nennt Familie ein „*erstrebenswertes Ziel*". So durfte denn auch die Vernehmung seiner Mutter mit Spannung erwartet werden. Sie machte nicht von ihrem Aussageverweigerungsrecht Gebrauch, sondern zog es vor, sich vor Gericht hinter ihren Sohn zu stellen. Kay sei lieb, nett, freundlich, zuverlässig und immer pünktlich bei der Arbeit. Ihr Sohn sei nicht abnorm oder gar extrem gefährlich. Diese Einschätzung der Mutter führte zu Fragen bei einem Vertreter der Nebenklage, die Kay Diesner prompt selbst beantwortete: „*Was glaubst du eigentlich, was du für Fragen stellen darfst, du Bastard?*"

Auch die Vernehmung Diesners ehemaliger Freundinnen brachte nichts Spektakuläres zutage. Kay sei ein netter, lieber und romantischer Mensch gewesen, sagt die Eine, höflich und rücksichtsvoll, nennt ihn die Andere. Konspiratives Verhalten wird von Einer als Mißtrauen fehlgedeutet. Beide wußten um die Aktivitäten Diesners, trotzdem nimmt die Eine, die als Justizsekretärin arbeitet, es nicht ernst, als sie Anfang 1996 bei einem Treffen von Diesner nach Adressen von Staatsanwälten und dem Grundriß des Amtsgerichtes Tiergarten gefragt wird.

Das Urteil im Prozeß dürfte klar sein, es wird lebenslänglich lauten, nur sind bisher keine Anstalten gemacht worden, in diesem Zusammenhang die Berliner Nazi-Terrorstruktur auszuleuchten. Eine gefährliche Tatsache! Fragt sich nur, wann die nächste tickende menschliche Zeitbombe hochgeht und wer das nächste Opfer ist. Es ist also zu hoffen, daß, wenn der Prozeß am 20. Oktober nach einer 30-tägigen Verhandlungspause fortgeführt wird, zumindest von der Nebenklage ein wenig Licht ins Dunkel der Terrorstruktur gebracht werden kann.

SBW

10. Todestag von Rudolf Hess Nazidemonstrationen gescheitert

Zum zehnten Mal jährte sich am Wochenende 16./17. August der Todestag von Rudolf Hess. Aus diesem Grunde hatte die militante Naziszene „Aktionswochen" und eine große Demonstration in Deutschland angekündigt. Als Organisator fungierte erneut ein Bündnis von Jungen Nationaldemokraten und Aktivengruppen der Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front aus Hamburg und dem Sauerland. Doch wieder einmal konnten die Nazis ihre vollmundigen Ankündigungen nicht wahr machen: verfolgt von AntifaschistInnen und Polizei gelang es ihnen nicht, eine Demonstration durchzuführen. Lediglich in Dänemark gelang es etwa 150 Nazis aus verschiedenen europäischen Ländern eine kurze Demonstration durchzuführen.

Bereits Monate vor dem Marsch war Propagandamaterial bei der JN-Karlsruhe zu bestellen, wurde auf den Infotelefonen und im Internet auf den Hess-Marsch hingewiesen. Doch offensichtlich überfordert die Strategie der Organisatoren, ihre Kameraden per Mobiltelefon über die Autobahnen zu leiten, ihre Zielgruppe. Kaum mehr als 600 Nazis waren unterwegs, um ihrem „Friedensflieger" die Ehre zu bekunden. Am Freitagabend war über Infotelefone die Botschaft ausgegeben worden, die Demonstration würde im südlichen Teil Deutschlands stattfinden, am nächsten Morgen wurden die „Kameraden" dann in den Bereich Kassel und später in den Raum Braunschweig geschickt. Schon bis zu diesem Zeitpunkt hatte die Polizei etliche Nazis festgenommen. Zu einem ersten mißlungenen Sammlungsversuch kam es Nachmittags in Braunschweig, kurz darauf scheiterte ein weiterer Versuch eine Demonstration zu bilden in Wolfenbüttel. Zuletzt wurden die verbliebenen „Kameraden" nach Königslutter gelotst, wo sie immerhin Aufstellung nehmen konnten. Dort griff dann die Polizei einmal gründlich zu und nahm ca. 50 Nazis fest. Eine letzte Kolonne von Übriggebliebenen trudelte, geleitet von dem JN-Funktionär **Beier**, noch einmal bis Hannover, konnte sich aber nicht noch einmal zu einem Demonstra-tionsversuch durchringen.

Neonazis in Königslutter:
Statt Aufmarsch - Warten auf den Abtransport!

Ab Braunschweig wurde der Nazikonvoi von sieben Militärhubschraubern der Polizei verfolgt, die ungefähr zweihundert Polizisten beförderten. Insgesamt waren den ganzen Tag über 15 000 bis 20 000 Polizisten im Einsatz. Einen solchen Polizeieinsatz hatten die versammelten Nazifunktionäre noch nicht erlebt. Infolgedessen fügten sich auch alle widerstandslos den Anordnungen der Polizei und ließen sich brav abtransportieren. Damit war die „Zentrale Demonstration zum zehnten Todestag" gescheitert.

Doch nicht nur die Polizei war den Nazis hart auf den Fersen. Überall wo sie auftauchten, folgten ihnen im Minutenabstand aktive AntifaschistInnen, oder befanden sich gar schon vor Ort. Diese hatten sich in diesem Jahr besser als in der Vergangenheit auf die besondere Situation der telefonisch gelenkten Nazidemonstration eingestellt. Insbesondere der gemeinsamen Mobilisierung durch das Bundesweite Antifatreffen und die Antifaschistische Aktion /Bundesweite Organisation war es zu verdanken, daß mehrere hundert AntifaschistInnen im mobilen Einsatz waren. Diese Mobilisierung dürfte ein wichtiger Grund dafür gewesen sein, daß die Polizei im Verlaufe des Tages so rigoros gegen die Nazis vorging - eine Demonstration der Nazis wie in der Vergangenheit in Fulda, Worms oder Hannoversch-Münden wäre sicher nicht ohne antifaschistische Intervention möglich gewesen. Ganz davon abgesehen, wirkte der größte Teil der Nazis komplett verunsichert, da

sie ständig mit antifaschistischen Gegenaktionen rechnen mußten.

Parallel zu der zentralen Demonstration hatten die Nazis sowohl am 16. August als auch in den Wochen davor und danach einige kleine dezentrale Demonstrationen durchgeführt. Am 19. Juli versuchten ca. 50 „Kameraden“ aus Karlsruhe, angeführt vom ehemaligen Führer der verbotenen FAP, **Friedhelm Busse**, am Obersalzberg zu demonstrieren. Dort von der Polizei abgewiesen, wurde es allerdings zugelassen, daß sie sich im Anschluß im Landkreis München mit anderen Nazis zu einer Veranstaltung trafen. Am 9. August verteilten Nazis in Lübeck Flugblätter, in denen der „Mord“ an Hess beklagt wurde (vergleiche Artikel in diesem Heft). In der Woche nach dem 16.8. wurden beispielsweise eine Mahnwache vor dem britischen Konsulat in Hamburg und ein Fackelmarsch in Ludwigslust veranstaltet. Letzterem ging ein Konzert mit **Frank Rennicke** voraus.

AntifaschistInnen führten an dem Demonstrationswochenende einige dezentrale Demonstrationen bei bekannten Nazizentren durch. Ziel dieser Aktionen war es, Nazis an diesen Orten zu binden und damit an diesen Orten festzusetzen. Davon abgesehen bleibt der aktive Widerstand gegen Naziaktionen dieser Art natürlich schwierig: der organisatorische Aufwand, die Nazis direkt zu verfolgen, ist sehr hoch und wird daher nur von relativ gut organisierten AntifaschistInnen bewältigt. Für breite dezentrale Aktionen, die tatsächlich in umfangreichem Maße Nazis zwingen würden, bei ihren Zentren zu verweilen, ist zum einen die antifaschistische Bewegung nicht breit genug. Bis heute ist es leider immer weniger möglich, breiteren Bündnissen die Notwendigkeit von direktem Widerstand gegen den Hess-Marsch zu vermitteln. Zum anderen gibt es in der BRD gar nicht so viele regionale Nazi-Zentren, daß tatsächlich große Teile der Szene sich zu deren Schutz bereithalten müßten.

Die GdNF als Hess-Marsch Organisatorin

Organisiert und durchgeführt wurde der zehnte Hess-Marsch erneut von der *Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front*, der einstmals von **Michael Kühnen** gegründeten Kaderorganisation, die im Wesentlichen mit der deutschen *NSDAP/AO*-Struktur übereinstimmt. Als „Sondertelefon Rudolf-Hess-Marsch“ diente erneut das Telefon der *Sauerländer Aktionsfront*. Deren Funktionäre dirigierten auch den größten Teil der angereisten Nazis per Telefon. In Wolfenbüttel dirigierte **Michael Arnold** - Kader der verbotenen *Nationalen Liste* um **Christian Worch** - aus einer Kneipe heraus die anreisenden Möchtegerndemonstranten. Die Tatsache, daß ein Teil der Nazis von dem JN-Funktionär Wolfgang Beier geleitet wurde, spricht nicht gegen die Organisationsherrschaft der GdNF-Kader. Vielmehr hatten diese ihr Infosystem verbessert. Einzelne Funktionäre hatten über Mobiltelefon Kontakt zu „ihren“ Leuten. So hatte es beispielsweise Freitagabend in Hamburg ein Nazitreffen gegeben, bei dem der Ablauf des folgenden Tages nocheinmal besprochen wurde. Daraufhin wurden am Samstag per Infotelefon Telefonnummern von einzelnen Nazi-Funktionären öffentlich ausgegeben, vermutlich um den ihnen zugewiesenen Autobesatzungen den direkten Kontakt zu ermöglichen. Infolgedessen leitete der JN'ler Beier „seine“ JN-Mitglieder, während beispielsweise **Andre Zimmermann** eher für die „*autonomen Kameradschaften*“ zuständig war.

Beachtenswert ist dabei folgendes: obwohl die Hamburger GdNF-Struktur nach dem Fiasko in Roskilde 1995 böse kritisiert wurde und in den letzten Jahren eigentlich fast gar nichts mehr in Bewegung setzen konnte, ist ihre Bedeutung in der Szene keineswegs geringer geworden. Im Gegenteil haben **Thomas „Steiner“ Wulff** und Co. durch ihre Ordnertätigkeiten bei beinahe jeder größeren Demonstration immer wieder zentrale Funktionen inne. Die GdNF-Strukturen funktionieren immer noch, wie die Zusammenarbeit von Sauerländer Aktionsfront und Hamburger NLern bei der Demonstration in Bad Segeberg vor einigen Monaten gezeigt hat. Die „*Ostkameradschaften*“, die eigentlich in wesentlich stärkerem Maße Einfluß haben könnten, wie die starke Teilnahme von Nazis aus Ostdeutschland beispielsweise an der Demonstration gegen die Wehrmachtsausstellung in München am 1. März dieses Jahres gezeigt hat, halten sich bei überregionalen Demonstrationen zurück. Zwar reist zu jeder solchen Aktion auch ein **Steffen Hupka** aus Quedlinburg mit einer Truppe an, doch insgesamt werden solche Aktionen immer noch von Westkadern organisiert. Die JN ist zwar in aller Munde und darf insbesondere mit ihrem Namen und Postadressen für Aufrufe und Plakate herhalten, hat aber eigentlich nichts zu sagen. Es war während der gesamten diesjährigen Hess-Aktion ein deutliches Mißtrauen zwischen JN- und GdNF-Funktionären spürbar. Die oft zur Schau ge-

Deutsche Neofaschisten beim „Hess-Marsch“ im dänischen Köge

stellte Einigkeit zeigt also bei genauerer Betrachtung deutliche Risse.

NSDAP/AO - Demonstration in Dänemark

Neben der „zentralen Demonstration" in Deutschland organisierten diejenigen europäischen Nazigruppen, die mit den Organisatoren des deutschen Hess-Marsches zusammenarbeiten in Dänemark einen europäischen „Hess-Marsch". Dazu

Neonazi aus Franken

aufgerufen hatten die *Dänische Nationalsozialistische Bewegung* (DNSB) die *Schwedische Nationalsozialistische Front* (NSF) sowie *Blood and Honour Scandinavia*. Hinter der Letzteren steht der von Dänemark aus operierende Nazi-Musik- und Videovertrieb *NS 88*, der von dem Deutsch/Dänen **Marcel Schilf** und dem Dänen **Jesper Hartmann** betrieben wird. Diese haben gute Verbindungen zu der englischen Terrorgruppe *Combat 18*, die mit dem größten Teil der schwedischen Naziszene im Streit liegt. Daher verwunderte es nicht, daß das schwedische Nazimusikmagazin Nordland über Internet dazu aufrief, zu Hause zu bleiben und auf diese Art und Weise den „Friedensflieger" zu ehren. Trotzdem nahmen an dem Marsch überwiegend Nazis aus Schweden teil. Daneben beteiligten sich etwa 30 bis 40 dänische und ebenso viele deutsche Nazis. Neben diesen waren Nazis aus den Niederlanden und nach Angaben der DNSB auch aus Frankreich und Großbritannien anwesend. Darunter befanden sich auch Funktionäre wie **Stewart Mordannt** aus Den Haag, Mitglied der holländischen *CP'86* und der *Aktionsfront Nationaler Sozialisten* (ANS), **Martijn Freiling**, ebenfalls ANS-Niederlande, ehemaliges Mitglied der deutschen *Nationalen Offensive* und nun für die Partei CP'86 im Rotterdammer Stadtparlament sitzend sowie **Eite Homann** aus Groningen, ANS-Niederlande und nach eigenem Bekunden Europäischer Chef der NSDAP/AO. All diese internationalen Nazifunktionäre stammen ursprünglich aus der gemeinsam mit Michael Kühnen gegründeten ANS und haben seitdem enge Verbindungen zum GdNF- bzw. NSDAP/AO-Netzwerk gehabt.

Insgesamt versammelten sich jedenfalls ca. 150 Nazis, zunächst im „SA-Heim" der DNSB in Greve, ca. 20 Kilometer außerhalb Kopenhagens. Von dort aus wollten sie mit einem Nahverkehrszug nach Roskilde fahren. Dazu mußten sie allerdings einmal umsteigen. An ihrem Umsteigebahnhof in Ölby angekommen, verließ sie allerdings der Mut. In Roskilde hatten sich ca. 1500

Ganz Rechts: Europavertreter der NSDAP/AO, Eite Homann (Niederlande)

Gegendemonstranten versammelt, darüber hinaus war ein großer Teil der Bevölkerung auf den Beinen, die den Nazis ganz und gar nicht wohlgesonnen war. Nachdem die Nazis vor zwei Jahren fluchtartig Roskilde hatten verlassen müssen, hatte man geglaubt, ein für alle Mal mit solchen Belästigungen fertig zu sein. Diesmal sollte es endgültig das letzte Mal sein. Angesichts solcher Aussichten beschlossen die Organisatoren der Nazi-Demo nicht nach Roskilde zu fahren,

Mitglied der verbotenen FAP bei verbotenem Hitler-Gruß mit verbotener Hakenkreuz-Fahne

Mecklenburger Milchbubis verstecken sich hinter Sturmhauben

obwohl über 800 Polizisten dort für ihren Schutz versammelt waren. Also verließ die Demo den Bahnhof, wurde aber nach hundert Metern von den vorhandenen Polizeikräften gestoppt und eingekesselt. In diesem Kessel verweilten sie ca. eine Stunde, bis offensichtlich direkt aus dem Justizministerium die Weisung kam, sie in Richtung Köge marschieren zu lassen. Also marschierte die Bande das kurze Stück nach Köge und konnte dort eine Kundgebung durchführen. Nach einiger Zeit gelangten jedoch AntifaschistInnen von Roskilde nach Köge und griffen die Nazis an, die daraufhin wieder nach Greve zogen. Dort angekommen, verschanzten sie sich, da auch dort AntifaschistInnen massiv gegen sie vorgingen. Als Ordner fungierten bei der diesjährigen Demonstration Eite Homann mit seinen und einigen deutschen „Kameraden". Vor zwei Jahren hatte diese Aufgabe die Hamburger NL-Truppe unter dem Befehl von Thomas Wulff und Christian Worch übernommen.

Deutsche Teilnehmer - NS 88-Sympathisanten und Hammerskins

Unter den deutschen Teilnehmern der Demonstration war der Bekannteste **Jens-Uwe Arpe**, Musiker bei der Nazi-Band Kraftschlag. Dieser wohnt inzwischen unter dem Namen Jens Abel in Schweden, und fungiert als Mitarbeiter von NS 88. Als solcher moderierte er beispielsweise in einem von dieser Organisation hergestellten und vertriebenen Video den „Kriegsberichter". Darüber hinaus beteiligt er sich umfangreich an dem Schmuggel von CD's und Videos nach Deutschland. Neben ihm war insbesondere eine Gruppe von Nazis auffällig, die mit einem Transparent und T-Shirts mit der Aufschrift „Hammer-Skins Mecklenburg-Vorpommern" aufmarschierten. Ob diese ebenfalls mit NS 88 und deren Musikvertrieb zusammen-

Jens-Uwe Arpe, Sänger der Nazi-Band „Kraftschlag"

hängen, werden wir hoffentlich in den nächsten Monaten erfahren. Insgesamt war die Mischung von deutschen Teilnehmern allerdings sehr gestreut: Autos aus Berlin, Düsseldorf, Mecklenburg-Vorpommern, Bayern und Schleswig-Holstein waren zu sehen. Offensichtlich war die Demonstration mit der Aktion in Deutschland abgesprochen. Bei der Werbung kam es zu keinen Überschneidungen, es wurde nicht versucht, Leute aus Deutschland nach Dänemark zu bekommen. Vielmehr entstand der Eindruck, als wären Abordnungen aus Deutschland nach Dänemark geschickt worden.

Auch dieser Marsch kann von den Nazis keineswegs als Erfolg empfunden werden. Die DNSB hatte angekündigt mit vierhundert Menschen zu demonstrieren. Knapp 150 sind es geworden, die sich nicht einmal trauten am angemeldeten Ort unter massivem Polizeischutz aufzumarschieren. Eite Homann hätte seinen Schutzhelm durchaus zu Hause lassen können, sein Einsatz als „Schutztruppenführer" war nicht gefragt. Demonstration und Kundgebung im relativ menschenleeren Köge waren nicht besonders öffentlichkeitswirksam und heldenhaft. Dagegen hatten die dänischen AntifaschistInnen in diesem Jahr dreimal so viele Menschen gegen die Nazis auf die Straße gebracht, als vor zwei Jahren. Insgesamt ist durch diese Situation so viel Druck entstanden, daß inzwischen Anklage gegen Marcel Schilf wegen seiner NS 88-Produktionen erhoben wurde.

Letztendlich war der große zehnte Hess-Marsch ein totaler Flop. Nachdem die Nazis das ganze Jahr über fast ungehindert kleinere aber auch große Demonstrationen in der gesamten Bundesrepublik durchführen konnten, gelang ihnen dieses Jahr nicht einmal eine einzige öffentlichkeitswirksame Aktion zu diesem für sie besonderen Anlaß. Ob sich nach diesem Jahr für sie eine solch organisatorisch und finanziell aufwendige Aktion zu diesem Datum wiederholen lassen wird, ist daher sehr zu bezweifeln.

Fantomas

... und Tschüß!

Nazi-Provokation in Lübeck

Rechtzeitig zum Beginn der „Rudolf-Heß-Aktionswochen" am 9. August erdreisteten sich Neonazis aus Lübeck, Hamburg und Bad Segeberg vor dem Holstentor Flugblätter zu verteilen.

Eigentlich wollten sie am 9. August einen „Infostand" am Kaufhof errichten, die bereits erteilte Genehmigung wurde allerdings am Donnerstag den 7. August vom Ordnungsamt zurückgezogen. Mit der Begründung: Das Thema Heß liege nicht im öffentlichen Interesse, Konflikte mit linken Gruppen seien zu befürchten.

Daraufhin versammelten sich am Samstag, pünktlich um 12 Uhr, ca. 20 hauptsächlich junge Neonazis um das Holstentor und verteilten Flugblätter, in denen der Kriegsverbrecher und Hitlerstellvertreter Rudolf Heß verherrlicht wurde, an PassantInnen. Verantwortlich für den Inhalt des Flugblattes zeichnet **Tobias Thiessen** aus Henstedt-Ulzburg. Schon nach wenigen Minuten benachrichtigten einige empörte PassantInnen und Geschäftsleute die Polizei. Darüberhinaus schienen einige jedoch nicht auf die Einsatzbereitschaft der Lübecker Polizei zu vertrauen und informierten das *Lübekker Bündnis gegen Rassismus* über das *Antifaschistische Telefon* (Tel.: 0451/7020748). Sie sollten Recht behalten. Die erste eintreffende Polizeistreife informierte sich kurz bei dem anwesenden Lübecker Nazi-Kader **Ulrich Schwetasch** über den Ablauf der Aktion, nahmen ein Flugblatt und entfernten sich wieder. Neben Ulrich Schwetasch beteiligten sich unter anderem auch die Anti-Antifa-Frau **Thekla Kosche** aus Bad Segeberg, der ehemalige Vorsitzender der *Nationalen Liste (NL)* **Thomas „Steiner" Wulff**, sowie **Thorsten de Vries** und **Thorsten Bärthel** (beide *Hamburger Sturm*). Der größte Teil der übrigen Aktivisten ist ebenfalls dem Umfeld der Nazi-Zeitung Hamburger Sturm bzw. der *Patriotischen Jugend* (PJ) aus Hamburg-Bramfeld zuzurechnen. Die beiden Lübecker Neofaschisten **Jörn Lemke** und **Jürgen Gerg** gehörten ebenfalls zu den verteilenden Aktivisten.

Jörn Lemke (links) und Jürgen Gerg (rechts) bei ihrer wochenendlichen Außenaktivität

Erst nach ca. 20 Minuten konnte die Lübecker Polizei die Anrufe der vielen Bürgerinnen und Bürger anscheinend nicht mehr ignorieren und setzte dem Treiben ein Ende. Nach etwa zehn Minuten des Verhandelns wurden sieben Neonazis in Gewahrsam genommen. Ein großer Teil der Nazi-Kader, so Ulrich Schwetasch, Thekla Kosche und Thomas „Steiner" Wulff konnten sich durch Flucht der Festnahme entziehen. Nach ca. 8 Stunden in Gewahrsam wurden die Festgenommenen wieder auf freien Fuß gesetzt. Vor dem Lübecker Behördenhochhaus wurden sie dann von den restlichen Kameraden in Empfang genommen.

Wer sucht hier das Gespräch?

In den folgenden zwei Wochen wurden dann in Lübeck vereinzelt Plakate und Aufkleber des *„Aktionskomitees Rudolf Heß"* geklebt. Unterstützt werden Plakat und Aufkleber, sowie das Flugblatt vom *„Nationalen und Sozialen Aktionsbündnis Norddeutschland"*, vom *„Thüringer Heimatschutz"*, *„Die Nationalen e.V."*, *„BBZ-Redaktion"*, *„Sauerländische Aktionsfront"* und den *„Jungen Nationaldemokraten"* (JN).

DMS

Massiver Wahlkampf der extremen Rechten in Hamburg

Als Testwahl für die Bundestagswahl im Herbst 1998 wurde die Wahl zur Bürgerschaft in Hamburg im Vorwege bezeichnet. Dies sahen auch verschiedene Parteien der extremen Rechten so - mit dem Ergebnis, daß sich mehr als ein halbes Dutzend um die Stimmen der wahlberechtigten HamburgerInnen bewarben.

Diese waren 1993 mit 4,8 % (REP) bzw. 2,8 % (DVU) an der Sperrklausel von 5 % gescheitert. Zwar gab es in den Monaten vor der Wahl von DVU, NPD und anderen Angebote zur Zusammenarbeit bzw. zu einer gemeinsamen Wahlliste, aber tatsächlich verbarg sich hinter diesen Angeboten jeweils nur der Versuch, die andere faschistische Organisation über den Tisch zu ziehen. Letztlich stehen für den 21. September 1997 neben DVU, NPD und REP auch der *Bund Freier Bürger* (BFB) sowie die *Deutsche Partei* (DP), die *Bürgerrechtsbewegung Solidarität*, *Die jungen Alten* (dja), die *Naturgesetzpartei*, die *Deutschen Konservativen* und die *Unternehmen Deutschland Partei* (UDP) auf dem Stimmzettel. Die sechs letztgenannten dürften bedeutungslos bleiben, auch wenn die blauen Stellschilder der UDP an vielen Stellen der Stadt zu sehen waren.

Eine Betrachtung des Wahlkampfes der vier übrigen Parteien der extremen Rechten zeigt, daß die inhaltlichen Differenzen gering sind, lediglich in der Aggressivität der Propaganda Unterschiede bestehen. Die **DVU** hatte bereits im Juli 1996 in den ihr nahestehenden Nazi-Zeitungen von **Gerhard Frey** angekündigt, sie wolle *„alles tun, um das Ergebnis von 2,8 Prozent ... entscheidend zu verbessern"*. Entsprechend massiv war sie in den letzten Wochen im Stadtbild sichtbar: unzählige Stelltafeln, Plakatanschläge und der Einsatz von Werbeflugzeugen verbreiteten die Botschaft *Protest wählen - DVU.* In mehreren Postwurfsendungen wurden Extra-Ausgaben der *Deutschen Wochen-Zeitung* in Hamburger Haushalte gebracht: die Verknüpfung rassistischer und nationalistischer Propaganda mit sozialen Themen stand dabei im Mittelpunkt. In zusätzlichen Rundschreiben proklamierte die DVU um ihren Spitzenkandidaten **Heinrich Gerlach** und den Hamburger Landesvorsitzenden **Sven Eggers** *„Schluss mit der weichen Welle für Kriminelle!"* und *„Deutsches Geld zuerst für Deutsche in Not!"* und forderten auf: *„Wählen Sie Strafe und Denkzettel für herrschende Politiker. Kreuzen Sie diesmal Deutsche Volksunion, DVU, an."*

DVU in Stürmer-Tradition

Schließlich verbreitete die DVU kurz vor dem Wahltermin eine Zeichnung, die in der Tradition des nationalsozialistischen Hetzblattes „Stürmer" steht. Das Geschmiere zeigt ein deutsches Parlament, das von rassistisch und abstoßend gezeichneten Afrikanern und Menschen aus dem Nahen Osten besetzt ist, die dort mit Drogen handeln, Alkohol trinken und Waffen tragen. Gegen diese Hetze hat die Hamburger Bürgerschaftsfraktion der Grün-Alternativen Liste (GAL) Anzeige wegen Volksverhetzung gestellt.

DVU-Hetzpropaganda

Die faschistische *Nationaldemokratische Partei Deutschlands* (**NPD**) hatte in ihrer Parteizeitung *Deutsche Stimme* im Sommer unter der Überschrift *„Hamburg braucht nationale Politik"* die *„Freunde der NPD"* dazu aufgerufen, den Wahlkampf der Nazis in Hamburg zu unterstützen. Da die NPD nicht über die finanziellen Möglichkeiten des Multimillionärs Frey verfügt, stieg sie erst vergleichsweise spät in den Wahlkampf ein. Ihre für den 13. September vor allem über das Internet angekündigte Wahlkampfkundgebung (*„Jeder DEUTSCH und NATIONAL denkende Mensch wird aufgerufen, an diesem Tag im roten Hamburg unsere Kundgebung zu unterstützen und damit zum Wahlerfolg der nationalen Partei beizutragen! Zeigen wir den linken Chaoten, daß die Straße dem deutschen Volk gehört..."*) wurde aufgrund der antifaschistischen Mobilisierung zum völligen Flop. Neben einigen Plakaten sind die NPD-Nazis durch eine „Wahlausgabe" des „Hamburger Nationaldemokrat" und ein Rundschreiben *„National wählen heisst NPD wählen!"* auf Stimmenfang gegangen. Während die DVU versucht, möglichst viele „Protestwähler" zu erreichen, setzt die NPD darauf, die *„ca. 80. 000 nationalen Wähler*

Andreas Storr (vorne) und Achim Ezer (links dahinter) - statt einen Aufmarsch durchzuführen, störten die Aktivisten der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten" (JN) am 13.9. eine Wahlkampfkundgebung des ehemaligen Hamburger „Law and Order"-Bürgermeisters Henning Voscherau (SPD) in Hamburg-Hamm

in der Hansestadt" bei der Stimmabgabe auf sich zu konzentrieren.

REP-Dank an Etablierte

Die „Republikaner" (**REP**) geben sich als seriöse rechte Alternative zu DVU und NPD und verbreiten ihre rassistische und nationalistische Demagogie an Infotischen, mit Plakaten und auf Stellschildern *(„Mit Sicherheit für Hamburg. Drogendealer ausweisen. Mafia zerschlagen. Kriminalität bekämpfen. Polizei verstärken. Nur mit uns. REP")*. Parteichef **Rolf Schlierer** bedankte sich Anfang September auf einer Pressekonferenz beim SPD-Bürgermeister Henning Voscherau (SPD) und dem CDU-Spitzenkandidaten Ole von Beust dafür, daß diese mit dem Thema „Sicherheit" ein originäres Feld der Rechten besetzt hätten und dies am Wahltag *„nur dem Original zugute"* komme. *„Und das sind wir"*. In der Septemberausgabe der REP-Parteizeitung versucht der baden-württembergische REP-Funktionär **Christian Käs** den Parteimitgliedern mit rassistischer Schreibe Mut zu machen: *„Der Wähler in Hamburg hat nachhaltig die Nase voll von Fixern mitten in der Stadt, von steigender Kriminalität oder einer Überfremdung, die sehr bald jeden hanseatischen Charme vertrieben haben wird... Vor vier Jahren brachte ein sensationeller Erfolg die Republikaner nah an den Einzug in die Bürgerschaft. Heute setzen sie endgültig zum Sprung an."*

Erstmals im Norden tritt der *Bund Freier Bürger* (**BFB**) zu einer Wahl an. Die massive Nutzung großer Plakatwände, mehrfach ganzseitige Anzeigen im *Hamburger Abendblatt* und der *Welt am Sonntag* sowie die Einrichtung einer Wahlkampfzentrale in der Hamburger Innenstadt machen deutlich, daß die Partei große Geldsummen investiert, um nach dem 21. September in der Bürgerschaft vertreten zu sein. Das zentrale nationalistische Motto des BFB lautet *„Hamburg wählt den Euro ab"*.

BFB neoliberal

Das als *„Vertrag mit Hamburg"* bezeichnete Wahlprogramm konzentriert sich auf die Verbreitung neoliberaler Wirtschafts- und Sozialpolitik, ergänzt um rassistische Positionen gegen Flüchtlinge und MigrantInnen sowie Law-und Order-Parolen. Seit August hat der BFB eine Vielzahl von Veranstaltungen durchgeführt, mit denen er seine gesamte programmatische Breite abzudecken bemüht war. Mitte September trat beispielsweise der frühere Polizeipräsident von Hamburg, **Arved Semerak** (CDU), bei einer BFB-Veranstaltung auf, am Abend vor der Wahl sollte der Funktionär der revanchistischen *Landsmannschaft Ostpreußen*, **Wilhelm von Gottberg**, zum Thema *Deutsches Kulturerbe* bewahren sprechen. Der Spitzenkandidat des BFB, der 32jährige Jurist **Kristof Berking**, war in der Vergangenheit in der Kulturredaktion der extrem rechten Wochenzeitung *Junge Freiheit* tätig und hatte seine Video-Veröffentlichungen im *Arndt-Verlag* des Neofaschisten **Dietmar Munier** untergebracht. Gemeinsames Thema aller Parteien ist die „Sicherheit". Schon lange haben die Wahlkampfstrategen von SPD und CDU dabei in konkurrierender Zusammenarbeit ein Bild Hamburgs entworfen, das die Stadt als Mekka dealender Afrikaner und Kurden, polnischer Autoschlepperbanden und gewaltbereiter Jugendgangs erscheinen läßt, gegen die es die ganze Härte des Gesetzes einzusetzen gelte. Mitte August kündigte der parteilose Justizsenator Hamburgs, Wolfgang Hoffmann-Riem, denn auch an, ab September werde es in der Stadt Schnellstgerichte geben, die *„Diebe, Betrüger und andere Straftäter"* schon am Tag nach der Tat gerichtlich verurteilen würden. Daß in diesem Zeitraum ein Gespräch mit einer Rechtsanwältin fast unmöglich und damit eine angemessene Vorbereitung auf die Verteidigung unmöglich wird, ficht diese „Demokraten" nicht an. Bürgermeister Voscherau hat zudem in den letzten Wochen wiederholt eine Verbindung zwischen „Kriminalität" und „Ausländern" gezogen: *„Sprechen wir von der zunehmenden Gewaltkriminalität, von der eingewanderten Gewaltkriminalität."* Konsequenterweise übernahm die SPD denn auch auf ihre Plakate die Parole des Vorsitzenden der englischen Labour-Partei, Tony Blair: „Law and Order is a Labour issue".

Der Wahlkampf von SPD und CDU zum Thema „Sicherheit" greift Slogans auf, die sich seit Jahren und fast wortgleich in den Programmen der faschistischen Parteien finden: kriminelle Ausländer zügig abschieben, straffällig gewordene Jugendliche in geschlossene Heime stecken, mehr Polizei und Null-Toleranz gegenüber Kleinkriminellen. Die Wahrscheinlichkeit, daß davon die extreme Rechte profitiert, ist groß - und der Appell Voscheraus, keine rechtsradikalen Parteien zu wählen, angesichts dessen pure Heuchelei. Die Hoffnung der extremen Rechten, daß sich die innen- bzw. sicherheitspolitische Aufrüstung und der Einsatz von Polizei zur Lösung sozialer Probleme zu ihren Gunsten auswirken wird, äußerte im Vorfeld der Wahl auch der Chefredakteur der extrem rechten Wochenzeitung *Junge Freiheit*, **Dieter Stein**. In einem Kommentar Ende Juli schrieb er: *„Es hat sich schon öfter gezeigt, daß sich populistisches Gerede à la Schröder am Ende für ganz andere Parteien auszahlt."*

VF

Knapp daneben ist nicht unbedingt vorbei...

190 Stimmen fehlten der DVU zum Einzug in die Hamburger Bürgerschaft. Ist das ein Grund zum Aufatmen, zur Erleichterung?

Die Faschisten können die Bürgerschaft nicht zur Verbreitung ihrer Hetze nutzen. Sie haben sich auch keine großen zusätzlichen Einnahmequellen erschlossen. So weit, so gut.

Aber sie haben eine Akzeptanz gefunden, die nicht mehr durch Geschwafel von „Protest", „Denkzettel" etc. wegzuwischen ist. In Harburg, Hamburg-Mitte, Bergedorf und Wandsbek sitzt die DVU im Bezirksparlament.

8,2% für ganz Rechts

Beleuchten wir kurz die Ergebnisse: Die DVU bekam 4,9%, die REPs 1,9%, bei der NPD blieben es lächerliche 0,1%, der Bund Freier Bürger erreichte 1,3%. Zusammen also 8,2% für rechtsextreme/ faschistische Parteien. Im Vergleich zur Bürgerschaftswahl 1993 (NL, DVU und REPs erreichten zusammen 7,6%) also eine leichte Steigerung. Daß sie besonders in sozialschwächeren Stadtteilen (Billbrook allein 16,8%), fast immer Stadtteile, die als SPD-Hochburgen gelten, besonders stark abschneiden, kennen wir aus vorangegangenen Wahlen. Die Entwicklung im Bereich der JungwählerInnen war zwar zu erwarten, ist aber deshalb nicht minder erschreckend: 12,4% der WählerInnen zwischen 18 und 25 Jahren wählten die DVU. Das „Innen" bei WählerInnen können wir eigentlich getrost weglassen: es waren fast durchweg Männer, die faschistisch wählten. Alles wahrlich kein Grund zur Erleichterung!

Interessant anzumerken, daß es im Schanzenviertel, das augenscheinlich für die DVU-Themen „AusländerInnenanteil" und „Kriminalität" prädestiniert war, nur ein absolut unterdurchschnittliches Ergebnis für die Faschisten gab. Es sind eben nicht *„reale Probleme, die es anzupacken gilt"* (Ortwin Runde, SPD), die Stimmen für die Nazis bringen.

Zwei Gründe sind wohl entscheidend für die Wahlstärke der Faschisten: zum einen wurde ihnen von den Etablierten ein Riesengefallen getan, indem die „Innere Sicherheit" zum bestimmenden Wahlkampfinhalt gemacht wurde. Wie auch bei der Asylpolitik gilt, daß von den meisten die Erfinder, nicht die Kopierer der Parolen gewählt werden. Wer „Innere Sicherheit" sagt, der meint einen autoritären Staat, der meint Uniformen, die gegen gesellschaftliche Randgruppen erbarmungslos zu Felde ziehen. Daß es der Faschisten für solche Maßnahmen nicht bedarf, daß die bürgerlichen „Demokraten" sie auch gut beherrschen, fällt unter den (Stamm-Tisch).

Potential größer

Sicher, mindestens die CDU hat etliche Stimmen von Menschen erhalten, deren Weltanschauung auch problemlos die Wahl des BFB oder der DVU erlaubt hätte.

Zum anderen kann der aggressive Rassismus seine Parteien wählen - und tut es. Die Faschisten verfügen über ein festes Klientel, das zusammengenommen die 5% übersteigt. Nicht trotz Rassismus und Nationalismus, nicht aus „Protest" wählen diese „deutsch", sondern weil sie genau diese (End-)Lösungen wollen. Die Dumpfheit der Parolen, die obskuren finanziellen Machenschaften, die Schwäche der Organisationen (Scheinpartei DVU) stört nicht im mindesten.

DVU-Boss Frey: trotz Erfolg keine Abgeordneten-Marionetten in der Hamburger Bürgerschaft

Die *Front National* in Frankreich bspw. erreichte ihre Stärke ähnlich. Nur hat sie zudem geschafft, das rechtsextreme Potential der bürgerlich-demokratischen Parteien zusätzlich abzuschürfen. Eine entsprechende Polarisierung kann allzu schnell auch hierzulande eintreten, französische Verhältnisse könnten dann sogar übertroffen werden.

Kommunalwahl SH

Die Hamburger Wahl hat tatsächlich Signalcharakter: da nicht davon auszugehen ist, daß die Etablierten durch die Zugewinne für Faschisten dank etablierter Wahlpropaganda sonderlich erschreckt sind, dürfen REPs etc. z.B. bei der Kommunalwahl in Schleswig-Holstein auf Schützenhilfe zählen. Es drohen also braune Abgeordnete in den Bürgerschaften von Kiel, Lübeck, Bad Segeberg...

AntifaschistInnen in Schleswig-Holstein müssen diese Drohung ernst nehmen - und sich rechtzeitig auf Gegenmaßnahmen verständigen!

HPW

VERZERRER

review: 10.000 Watt

...Dr. Renz jetzt neu: ohne Drecklocken (!) dafür vom Pech verfolgt, erst 20 min technische Probleme und dann eine Hip-Hop-untaugliche Bühne!!! Kein Thema-für die Brote, hüpfende Nadeln lassen sich schließlich durch doppeltes Engagement der rappenden Teilnehmer ausgleichen...

...Hamburg rockt, und das kein bißchen gelangweilt: Tocotronic mit einem grandiosen Live-Set, incl. aller unserer Lieblingsstücke...

...gute Laune aus NY, die „Sofflaws" mit fetten Bläsersätzen...

Nicht im Bild: tausende von und alles, was ihr sonst noch

Alle Bilder: M. Metzler

...die Ryker's, gewohnt sportlich und auch bei Sonnenschein „die Antwort" auf NYHC...

...für viele eine Überraschung, für manche die beste Band des Tages. „Tribe after Tribe" mit mächtig groovenden, basslastigen Rhythmen...

Zuschauern, Marky Ramone, Infostände, ich <u>nicht</u> seht ...

Lübecker Ausländerbehörde: Arglistige Täuschung statt Menschenrechte

Im Juli diesen Jahres wurde in Lübeck der Flüchtling Teko Ekoue nach Togo abgeschoben. Die Umstände dieser Abschiebung führten zu einer scharfen Kritik an dem Vorgehen der Ausländerbehörde Lübeck.

Teko Ekoue lebte nach 1 ° Jahren Abschiebehaft bei seiner Freundin und ihrem gemeinsamen Kind. Da die Ehe seiner Freundin noch nicht geschieden war, konnten beide nicht heiraten. Sie wandten sich an das *Lübecker Flüchtlingsforum,* um mit dessen Hilfe eine Verlängerung des Aufenthaltsstatus zu erreichen.

In einem Brief wurde Bürgermeister Bouteiller um Hilfe gebeten, da die offenkundigen humanitären Gründe, insbesondere die beabsichtigte Heirat und das gemeinsame Kind, einen Ermessensspielraum der zuständigen Stellen möglich machten.

Arglistige Täuschung

Teko Ekoue wurde am 11.7.97 in der Ausländerbehörde in Anwesenheit einer Mitarbeiterin des Flüchtlingsforums verhaftet. Der gemeinsame Besuch war telefonisch angekündigt worden und zuvor mit dem Bürgermeisterbüro abgesprochen. Wie sich dann herausstellte, benutzte der Mitarbeiter der Ausländerbehörde den Anruf, um Zeit zu gewinnen, die Polizei zu informieren und zum Büro des Flüchtlingsforums zu schicken. Da dort niemand öffnete, fand dann die Festnahme im Ordnungsamt statt.

Der Mitarbeiterin wurde nicht erlaubt, wie abgesprochen nochmals telefonisch Rücksprache mit dem Bürgermeisterbüro zu halten.

Dieses Verhalten der Ausländerbehörde kann nur als hinterlistige Täuschung betrachtet werden. Auch beim späteren Haftprüfungstermin blieb die Mitarbeiterin der Ausländerbehörde hart, trotzdem der Haftrichter angesichts der familiären Situation ihr die Entscheidung überließ.

Unabdingbare Voraussetzung für die Tätigkeit einer Flüchtlingsinitiative ist, daß die Flüchtlinge sich bei der Beratung in deren Räumen und auch in deren Begleitung sicher fühlen können. Können hier keine Absprachen getroffen werden, kann Flüchtlingen in vielen Fällen nicht mehr geraten werden, zur Ausländerbehörde zu gehen.

Die staatliche Einschätzung des Flüchtlings als unerwünschtes Sicherheitsrisiko und die Systematik der rassistischen Sondergesetze (Ausländer- und Asylgesetze), die immer auf eine Abwehr bzw. Abschiebung hinausläuft, muß man beim Umgang mit der Ausländerbehörde im Kopf haben. Das soll nicht heißen, daß jede MitarbeiterIn als Feind angesehen wird, aber Vorsicht ist immer geboten.

Andererseits sind die MitarbeiterInnen von Initiativen auf die Kontakte zu den Behörden angewiesen, um im Interesse der Flüchtlinge etwas zu erreichen.

Grundsätzlich gegen Flüchtlinge

In diesem Kontakt stoßen politisch-humanitäre Ansichten der UnterstützerInnen und die reine Pflichterfüllung der Behörden aufeinander. Die Gesetze lassen aber auch Behörden und Gerichten Ermessensspielräume, die Erfahrung zeigt jedoch, daß diese meistens gegen die Flüchtlinge genutzt werden.

In Lübeck soll daher jetzt ein Gespräch zwischen Flüchtlingsforum, Bürgermeister und Ausländerbehörde stattfinden, um im Interesse der Flüchtlinge einen möglichst konstruktiven Kontakt möglich zu machen.

Grundsätzlich sollte allen, die in Behörden und Institutionen bei den menschenrechtswidrigen Abschiebungen helfen, klar sein, daß auch für sie gilt: Niemand darf gezwungen werden, gegen sein eigenes Gewissen zu handeln.

Wer sich also aus Gewissensgründen nicht mehr an der Abschiebepraxis beteiligen will, kann seine Mitwirkung unter Berufung auf die eigene Gewissensfreiheit verweigern - zur Not auch vor Gericht.

Die Abschiebungen aus der BRD widersprechen den allgemeinen Grund- und Menschenrechten. Im vorgenannten Fall ist dies bspw. der besondere Schutz von Ehe und Familie.

Zukunft ungewiß

Teko Ekoue konnte der Flughafenpolizei in Togo entkommen, er mußte aber erneut von dort in ein anderes afrikanisches Land flüchten. Jetzt geht es darum für die Zukunft der Familie ein Zusammenleben zu ermöglichen. Das heißt, es muß versucht werden, das Wiedereinreiseverbot aufzuheben. Die Stadt Lübeck sollte einer Heirat im Ausland und einer anschließenden Wiedereinreise keine Hindernisse in den Weg stellen.

BR

Neues Asylbewerberleistungsgesetz seit 1.7. 97 in Kraft

Gutscheine für Flüchtlinge in Schleswig-Holstein

Pünktlich zum 1.7. hat auch Schleswig-Holstein das geänderte Asylbewerberleistungsgesetz umgesetzt, das seinen Namen eigentlich zu Unrecht trägt, da nun nicht nur AsylbewerberInnen sondern auch Bürgerkriegsflüchtlinge von der Kürzung der Sozialhilfe um 20% für einen Zeitraum von 3 Jahren betroffen sind.

Die Umsetzung gestaltet sich in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich, besonders bezüglich der Auslegung von § 3, der die Vorraussetzungen für die Auszahlung der Sozialhilfe in Sachleistungen oder in Bargeld regelt. Der Paragraph läßt erstmalig einen Ermessensspielraum für Bargeldzahlungen, wenn die Umstände vor Ort es erforderlich machen, und gibt die Entscheidung darüber in die Gemeinden. Dementsprechend haben die Länder Hessen, NRW, Hamburg, Bremen und Sachsen-Anhalt ihre Ausführungsbestimmungen offen formuliert.

Schleswig-Holstein dagegen reihte sich mit Bayern, Berlin und Baden Württemberg in die Hardliner-Front ein und formulierte ausdrücklich, daß Geldleistungen nur in besonderen Ausnahmefällen möglich seien. Aufgrund der Intervention des Flüchtlingsrates ist diese strikte Auslegung nun revidiert und das Ermessen in die Hand der Gemeinden gelegt worden, die damit erheblich flexibler werden.

Unterschiedlich restriktiv

Dies hat sich allerdings nur in wenigen Kreisen und Gemeinden positiv ausgewirkt. So gewährt Kiel, Neumünster und Pinneberg teilweise Bargeld, während es in anderen Regionen z.B. im Kreis Rendsburg-Eckernförde und Kreis Plön Gutscheine für die Flüchtlinge gibt. Die einzelnen Gemeinden handhaben die Gutscheinausgabe wiederum unterschiedlich restriktiv. In einigen Gemeinden sind die Scheine nicht namentlich festgelegt, in anderen Gemeinden sind sie ausdrücklich nicht übertragbar. In Preetz muß beim Einkauf sogar der Ausweis vorgelegt werden. Im Bereich des Sozialamtes Bordesholm-Land müssen die Gutscheine 14tägig abgeholt werden, was zusätzliche Fahrtkosten verursacht, die von den verbleibenden 86,- DM Taschengeld bezahlt werden.

Das Sozialamt Preetz geht soweit, sämtliche Gutscheine für eine Familie nur auf das Familienoberhaupt (das ist in Preetz natürlich der Mann) auszustellen, so daß die Frau oder die Kinder nicht mehr für die Familie einkaufen können.

Diskriminierender Einkauf

Unabhängig von der jeweiligen konkreten Handhabung berichten alle Flüchtlinge, wie unangenehm das Einkaufen für sie ist, da sich durch die seltsame Form der Bezahlung die Aufmerksamkeit der anderen KundInnen auf sie richtet und die langwierige Prozedur an der Kasse auch Unmut bei den Wartenden erzeugt. Sie empfinden den Einkauf als demütigend und diskriminierend. Ihnen und den Einheimischen wird einmal mehr deutlich gemacht, daß sie nicht dazu gehören, daß für sie andere (restriktivere) Regeln selbst bei normalen Alltagsverrichtungen gelten.

Darüberhinaus werden die Gutscheine nur in größeren Geschäften akzeptiert, da viele kleine Läden den Abrechnungsaufwand mit den Sozialämtern scheuen, was die Wahl der Einkaufsmöglichkeiten und damit die Wahl der Lebensmittel erheblich eingrenzt.

In einigen Kreisen regt sich von unterschiedlichen Gruppen in der Bevölkerung langsam Widerstand gegen die Gutscheinregelung, so z.B. im Kreis Rendsburg-Eckernförde, wo die Problematik schon im Kreissozialausschuß diskutiert wurde und wird. Je mehr Leute sich an solchen Diskussionen beteiligen, je mehr bei den Sozialämtern vorsprechen unter Hinweis auf deren Ermessensspielräume, je mehr durch Umtauschaktionen und Einkaufsversuche mit Gutscheinen auf die diskriminierende Situation hinweisen, desto mehr Chancen bestehen, daß sich die Praxis in den Gemeinden verändert.

Idee der Abschreckung

Was selbst bei einem solchen Erfolg bleibt, ist der grundsätzliche Skandal, daß eine Bevölkerungsgruppe per Definiton einen Sozialhilfesatz unter dem Existenzminimum erhält. Was bleibt, ist außerdem die Gewißheit, daß Sinn dieser Regelungen die Diskriminierung und Ausgrenzung ist, denn gerade mit den Gutscheinen wurden schon schlechte Erfahrungen in finanzieller Hinsicht gemacht und diese deshalb wieder abgeschafft. Dieses Mal wird der Verwaltungs- und Finanzaufwand nicht geringer sein.

Motiv für diesen neuerlichen Mißgriff ist allein die Idee der Abschreckung.

Dienstleistungen in der Festung Europa

Zu den Berichten über „Menschenschmuggel" in der SZ vom 5. August:

Menschen, die über die Grenze gehen, sei es auf der Flucht vor Verfolgung, sei es auf der Suche nach Glück, unterliegen in besonderer Weise einer vorbeugenden und generalisierenden Kriminalisierung. Derzeit und vor allem werden auch die kriminalisiert, die den Flüchtlingen und Migranten/innen dabei helfen, in das Land ihrer Wahl zu gelangen. Deshalb schießt sich die aktuelle Medienberichterstattung zur Zeit auf die sogenannten Schlepper und Schleuser ein.

Plötzlich ist Platz für Mitleid mit den Flüchtlingen. Mitleid mit den Opfern der Schlepper - nicht aber Mitleid mit den Opfern des menschenverachtenden Grenzregimes von Polizei, Bundesgrenzschutz und Bürgerwehren. Über die Fluchthelfer scheint unwidersprochen festzustehen: Schlepper sind geldgierig und menschenverachtend. Schlepper sind Menschenhändler. Schlepperei ist organisierte Kriminalität. Schlepperei wird von der internationalen Mafia organisiert. Schlepper sind Ausländer. Doch wie bei einem Reisebüro ist hier die Dienstleistung Personentransport. Und schwierige Reisen erfordern umfangreiche Vorbereitungen. Die sind heute notwendiger denn je.

Nach Deutschland zu kommen, ist in den vergangenen Jahren immer schwerer geworden. Seit dem Anwerbestop für ausländische Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen wurde fast jede Verordnung, jedes Gesetz oder Grundrecht eingeschränkt oder gar abgeschafft, das Menschen erlaubte, hierher zu kommen oder hier zu leben. Betroffen davon sind all die Menschen, die nicht aus einem Land kommen, das zur Europäischen Union gehört. Für all diese Migranten und Migrantinnen ist es zur Zeit nahezu unmöglich, auf legalem Wege nach Europa einzureisen. Nur aus diesem Grund haben Schlepper Arbeit. Und aus diesem Grund wird gegen Schlepper gehetzt.

Die Grenzen der Festung Europa werden immer schärfer kontrolliert. Grenzstreifen werden personell und technisch massiv aufgerüstet. Für die Ökonomie der Flucht heißt das: Je mehr Grenzbeamte und Botschaftsangestellte bestochen und je mehr Grenzen überschritten werden müssen, kurz: Je schwieriger die Flucht ist und je länger sie dauert, desto teurer ist sie auch. Und umso gefährlicher zugleich.

Wer sich keinen falschen Paß leisten kann, wer keine Möglichkeit hat, Botschaftsangestellte oder Mitarbeiter von Fluggesellschaften über Fluchthelfer bestechen zu lassen, der muß eben auf Billigangebote zurückgreifen. Dann müssen Flüsse durchschwommen, Berge überquert oder Container bestiegen werden. Oder gar die gefährlichste Form der Flucht als blinder Passagier gewählt werden. Flüchtlinge berichten, daß seit Einführung der sogenannten „carrier sanctions", das heißt der Kostenhaftung der Transportunternehmen für den Rücktransport der Flüchtlinge, entdeckte Flüchtlinge auf hoher See über Bord geworfen werden, damit die Reedereien den Rücktransport nicht finanzieren müssen. Oft rettet nur die Weigerung der Mannschaft den entdeckten blinden Passagieren das Leben. Viele Schlepper machen ihre Arbeit schlecht und bringen die Menschen, die sich ihnen anvertraut haben, in Gefahr. Auch sind die Kosten, die die Menschen für die Organisation ihrer Flucht aufbringen müssen, enorm und nur unter immensen Anstrengungen zu bezahlen.

Der Grund liegt im Prinzip der freien Marktwirtschaft: Die Schlepper besitzen das Monopol für die Ermöglichung der Migration, seit eine legale Migration nahezu ausgeschlossen ist und eine selbstbestimmte Organisation der Flucht aufgrund der Befestigung der europäischen Außengrenzen kaum noch möglich ist. Daraus leiten sich politische und praktische Handlungsansätze ab. Zum einen gilt es, einer weiteren Verschärfung des Ausländerrechts ebenso entschieden entgegenzutreten wie der weiteren Aushöhlung und erneut propagierten Abschaffung des Asylrechts. Zum anderen wird es immer wichtiger, Migrantinnen und Migranten bei der Flucht behilflich zu sein, um die Reise sicher und bezahlbar zu machen. Grenzen dienen mehr denn je der Absicherung des internationalen Ausbeutungsgefälles. Migration ist Folge ungerechter Verhältnisse und deren gewaltsamer Durchsetzung. Und so ist die Entscheidung für die Migration immer auch ein Ausdruck individueller Gegenwehr gegen fehlende Gerechtigkeit und herrschende Unterdrückung.

Gisela Seidler, Rechtsanwältin
(Leserinbrief, *Süddeutsche Zeitung* vom 29. August 1997)

Seit kurzem erscheint „Der Schlepper", die Zeitung des Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein. Sie erscheint 4x/Jahr und kann für 28,- DM abonniert werden: Flüchtlingsrat, Oldenburger Str. 25, 24143 Kiel

Geschäftsstelle des Flüchtlingsrates eröffnet: kritische Grüße

Am 30. August wurde in Kiel die Geschäftsstelle des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein eröffnet. Zahlreiche Grußworte wurden bei der Eröffnung gesprochen, darunter auch eins vom Lübecker Bündnis gegen Rassismus, aus dem hervorgeht, welche Diskussionen wir mit und in diesem Gremium führen wollen und das deswegen hier in Auszügen dokumentiert werden soll. Einige der hier enthaltenen Anregungen wurden auf der Mitgliederversammlung des Flüchtlingsrates am gleichen Tag bereits aufgenommen. So wurde in ein Informationsfaltblatt ein Bekenntnis zum zivilen Ungehorsam und die Untersützung von Demonstrationen und Aktionen durch den Flüchtlingsrat aufgenommen. In der Frage der Härtefallkommission (siehe hierzu auch den Artikel in „Enough is enough" Nr. 1) konnte allerdings keine Einigung erzielt werden. Die Mehrheit war der Auffassung, daß die Möglichkeit zur konkreten Hilfe, die bei aller Kritik dennoch bestünden, auch weiter genutzt werden sollten. Eine ausführliche Diskussion zum Thema Härtefallkommission wurde vertagt, so daß wir demnächst bestimmt Neues vom Fortgang der Debatte zu berichten haben.

Liebe Freundinnen und Freunde,

das Lübecker Bündnis gegen Rassismus ist - gemeinsam mit dem Lübecker Flüchtlingsforum - vor gut einem Jahr dem Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein beigetreten. Dieser Schritt war bei uns nicht unumstritten und wir haben eine Weile gezögert, bevor wir uns dazu entschlossen. Mittlerweile hat sich die Zusammenarbeit als fruchtbar erwiesen, haben wir die fachkundige Unterstützung in vielen Fällen gut gebrauchen können. Das Projekt der Vernetzung der unterschiedlichen Gruppen und Institutionen, die in Schleswig-Holstein für und mit Flüchtlingen arbeiten, ist wichtig und unverzichtbar. Wir wollen daher auch in Zukunft im Rahmen unserer Möglichkeiten dazu beitragen.(...)

Wir wünschen uns also erstens eine gründliche Diskussion über den Zustand dieser Gesellschaft und die Zielsetzungen des Flüchtlingsrats.

Wer sich für Flüchtlinge einsetzt, erkennt schnell, daß es auch die Gegenseite gibt. Diejenigen, die Flüchtlingen das Leben schwer machen, die sie in überfüllte Heime zwangseinweisen, ihnen nicht einmal das Existenzminimum zum Leben zugestehen, sie auf Ämtern schikanieren, sie entrechten und diskriminieren, sie als BetrügerInnen und SchmarotzerInnen diffamieren, sie in Abschiebehaft nehmen und schließlich in vielen Fällen zurück ins Elend oder gar die Hände ihrer Peiniger abschieben. Rassismus, das sind nicht nur Baseballknüppel schwingende Kahlgeschorene. Im Gegenteil: Für viele Flüchtlinge sind die Schläge von Gerichten und Ausländerbehörden härter, treffsicherer - manchmal sogar tödlicher.

Natürlich, niemand möchte heute ein Rassist sein und jeder Verantwortliche wäre tief beleidigt, wenn man ihn als solchen bezeichnete. Denn Rassisten, das sind nur die anderen, die desorientierten Jugendlichen, die Neonazis, auf die man mit dem Finger zeigen kann. In dieser Deckung läßt sich bequem weitermachen, mit dem alltäglichen Geschäft von Diskriminierung und Abschie-

bung. Wen immer man fragt, sei es in Ministerien, Ausländerbehörden oder Arbeitsämtern, sie alle führen nur Vorschriften aus, die sie nicht selbst gemacht haben, einer schiebt die Zuständigkeit auf den anderen. Das Ergebnis des Handelns all dieser angeblich Wohlmeinenden ist eine scheinbar anonyme Struktur: Rassismus. Der Flüchtlingsrat sollte hier klare Gegenpositionen beziehen. Konkret würde dies ein Bekenntnis zu dem selbstverständlichen Recht aller Menschen erfordern, ihren Aufenthaltsort selbst zu bestimmen. Mit anderen Worten: **Bleiberecht für alle!**

Mit Kontakten, Gesprächen und Verhandlungen mit staatlichen Stellen kann Flüchtlingen im Einzelfall geholfen werden - manchmal. Dennoch ist es natürlich den Versuch wert und auch wir unternehmen diese Versuche immer wieder in unserer alltäglichen Praxis, auch wenn das Ergebnis oft bescheiden ist. Die Gefahr nur als viel zu kleines Feigenblatt mißbraucht zu werden, um die Fortsetzung der herrschenden Politik gegen Flüchtlinge zu legitimieren, ist dabei sehr groß. Dagegen müssen sich flüchtlingspolitische Gruppen ihre Unabhängigkeit bewahren und erkennen, daß sie wirkliche Stärke nur aus politischer Überzeugungsarbeit - nicht bei den PolitikerInnen, sondern auf der Straße - und aus der Mobilisierungsfähigkeit für Protest und Widerstand gewinnen können. Wir erwarten also zweitens vom Flüchtlingsrat, daß er sich dieser Aufgabe stellt. Er sollte sich auch als ein Gremium verstehen, daß z.B. Demonstrationen und Aktionen organisiert und lokale Gruppen in diesen Aktivitäten unterstützt. Dazu gehört nach unserer Auffassung auch, daß die Mitarbeit in der Härtefallkommission eingestellt werden muß. Die Möglichkeiten zur konkreten Hilfe stehen gerade im Fall dieser Kommission in keinem Verhältnis zum Schaden, der dadurch angerichtet wird, daß Flüchtlingsinitiativen - wenn auch ungewollt - dem staatlichen Abschiebeverfahren Legitimität verleihen. Engagement und Arbeitskraft wird zudem in aufreibender Kommissionsarbeit gebunden, anstatt z.B. für Öffentlichkeitsarbeit eingesetzt werden zu können. Die angekündigte kritische und öffentliche Begleitung der Arbeit der Kommission, wie bei der Entscheidung zur Teilnahme angekündigt, war für uns kaum wahrnehmbar. Das vom Innenministerium verkündete Konzept, die Kommission solle nicht zuletzt den bundespolitischen Handlungsbedarf verdeutlichen, ist ebenso zynisch wie unrealisitisch. Zynisch, weil gerade die Nicht-Hilfe als politisches Argument eingesetzt werden soll und unrealistisch, weil natürlich weder Deutschlands oberster Rassist Manfred Kanther noch eine SPD-Regierung unter dem „Raus-aber-schnell"-Kanzler Schröder an Liberalisierung im Asylrecht denken werden.(...)

CK

Rechter Wallfahrtsort im Sachsenwald

Gegen alle Stimmen der Bonner Opposition beschloß die Koalitionsmehrheit im Bundestag am 12.6.97 das entsprechende Gesetz und stellte jährlich eine Million DM aus dem Bundesetat zur Verfügung. Bereits vor zehn Jahren versprach Bundeskanzler Helmut Kohl dem Fürsten Ferdinand von Bismarck eine Bundesstiftung einzurichten. Den Worten folgten Taten, wenn auch nach Jahren.

1994 kaufte der Bund für eine halbe Million den Bahnhof Friedrichsruh bei Hamburg, wo die Stiftung ihren repräsentativen Sitz bekommen soll. Für die Instandsetzung - nahe der Gruft des „Eisernen Kanzlers" - sind vorläufig 7,5 Millionen DM bereitgestellt. Das Haus Bismarck beteiligt sich nicht an den Kosten und stellt die Bismarck-Memorabilia, plus Bibliothek und Archiv, nur als Leihgabe zur Verfügung.

War anfänglich nur die PDS-Bundestagsgruppe besorgt, daß die Stätte im Sachsenwald ein „*Wallfahrtsort der Rechten*" werde, verhinderten 1996 die Bedenken einiger Sozialdemokraten und Bündnisgrüner „*hinsichtlich des demokratischen Vorbildcharakters Bismarcks*" den ersten Versuch der Umwandlung der bestehenden Stiftung. Bei der aktuellen Debatte warnte Uta Titze-Stecher (SPD) vor einem „*Bismarck-Kult*" und beschwerte sich darüber, daß „*Steuermittel für einen völlig überflüssigen Stiftungszweck ausgegeben werden*", da Leben und Werk Bismarcks vollständig erforscht seien. Wie Annelie Buntenbach (Bündnis 90/die Grünen) und Ulla Jelpke (PDS) wies sie auf den „rechtsextremen Dunstkreis" des Fürsten hin.

Fürst Ferdinand ist Schirmherr des *Bismarckbundes e.V.* Die „*Vereinigung zur Wahrung deutschen Geschichtsbewußtseins*", 1981 gegründet, steht dem *Ostpreußenblatt* nahe und vereint Rechtsextremisten, Revanchisten und Nationalkonservative. Laut Satzung verpflichten sich die etwa 500 Mitglieder zur „*Pflichterfüllung gegenüber Staat und Volk*" und „*betrachten es als eine Aufgabe, das preußisch-deutsche Erbe zu pflegen*". Stellvertretender Vorsitzender des Bundes war bis zu seinem Tod **Hugo Wellems**, ehemaliger Referent im *NS-Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda* und Herausgeber des

„Ostpreußenblatt". Ihm folgte **Emil Schlee**, Anfang der 90er Jahre Europaabgeordneter der *Republikaner*.

Bei der Gründung des „Bundes" 1981 wurde **Robert Jahn** in den Vorstand gewählt, ein Mann, der auch für andere Organisationen Funktionen übernahm. Am 29.01.1977 nahm er an einem Treffen der illegalen *NSDAP* in Detmold teil. Gekommen waren Vertreter mehrerer „Gaue", ein NSDAP-Freundeskreis und die *Kampfgruppe Priem*. Nach Marschmusik, Nazifilmen und der Lektüre von Goebbels *„Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei"* wählten die Teilnehmer den neuen Führerkreis und beauftragten Jahn mit *„Orga Norddeutschland"*.

Mit im „Bunde" war ebenso der Rechtsanwalt **Fritz von Randow**, Gründungsmitglied der *Deutschen Volksunion* (DVU) und 1978 bis 1989 Stellvertreter von DVU-Chef **Gerhard Frey**, - sowie bis seinem Tode, 1995, Ehrenvorsitzender. Als Ehrung für erbrachte Treue und Taten empfangen immer wieder namhafte „Rechtspopulisten" und Rechtsextreme aus den Händen des Fürsten die Bismarckmedaille in Bronze, Silber oder Gold. Zu den von *„seiner Durchlaucht"*, wie der Fürst von seinen Anhängern untertänigst angeredet wird, geehrten gehört u.a. **Axel Zehnsdorf**, bis zu den Verboten Mitglied der *Wiking-Jugend* und der *FAP*; **Ulf Kretschmann**. Mitläufer der *Aktionsfront Nationaler Sozialisten* des verstorbenen **Michael Kühnen** und 1984 beim Waffenschmuggel erwischt, bekam die Medaille in Silber, und **Walter Fenske**, langjähriges Mitglied der *Stillen Hilfe für Kriegs-gefangene und Internierte* erhielt sie in Bronze.

Wenn bei Feierlichkeiten des *Bismarckbundes* die drei Strophen des „Liedes der Deutschen" durch den Sachsenwald erklingen, stehen neben Landsmannschaften und Burschenschaften auch Männer in grünen Jägeruniformen stramm. Zu jenen Männern des *Traditionsverbandes Lützower Jäger von 1813*, die laut Satzung nur „Deutsche" aufnehmen, heißt es im internen Hamburger Verfassungsschutzbericht von 1993 unter dem Stichwort „Wehrsportübungen": *„eine Reihe von Burschenschaftern gehören dem Schützenverein 'Lützower Jäger' in Mölln an, ...um dort an Schießübungen teilnehmen zu können"*. Schlee, Kretschmann und von Randow sind Oberste der „Lützower Jäger", Zehnsdorf und Jahn sind Mitglieder des Traditionsverbandes und der Vorsitzende des „Bundes", **Albrecht Schilder,** hat die gleiche Funktion auch in diesem „Schützen"-Verein aus Mölln inne. Als Traditionsverein für Bismarck-Fans versteht der Urenkel des *„Genius germanischen Kampfeszornes"* den „Bismarckbund" - wie wohl auch **Michael von Schmude**, in dessen Wahlkreis der Sachsenwald liegt. Für die CDU/CSU verteidigte der Abgeordnete die Stiftung und wehrte sich gegen den Vorwurf von Tietze-Stecher, Buntenbach und Jelpke, Friedrichsruh könnte eine *„Spielwiese für Rechte"* werden. Für die FDP bestätigte Ina Albowitz die Koalitionsposition.

Allen offiziellen Beschwichtigungen zum Trotz sagt Emil Schlee offen, welche Perspektiven er sieht: Zwar sei die Stiftung noch nicht an den „Bismarckbund" gekoppelt, „aber wenn die offizielle Stiftung eingeweiht und gegründet ist, dann werden wir (uns) in der Verbindung mit dem historischen Bahnhof natürlich enger anschließen und kooperieren". Auch ihr Schirmherr und Vorstandsmitglied der Bundesstiftung ist sich sicher, daß der Bismarckbund an den künftigen Veranstaltungen teilhaben wird. Für den Oktober dieses Jahres ist ein internationales Eröffnungssymposium der Bismarck-Stiftung geplant. Geschichte wird gemacht.

Der „Eiserne Kanzler" im Kreise von Studenten

(Quelle: Der Rechte Rand Nr. 47 Juli/August 1997)

Emil Schlee - ein Leben für den Revanchismus und die Geschichtsfälschung

Im Oktober vollendet Emil Schlee sein 75. Lebensjahr; jubilierende Beiträge in der Presse der extremen Rechten sind dem früheren stellvertretenden Bundesvorsitzenden der neofaschistischen REP sicher. Schlee, zunächst als hessischer CDU-Landtagsabgeordneter und in der revanchistischen Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung (OMV) der CDU aktiv, übernahm in den siebziger Jahren offizielle Funktionen in der extrem rechten Staats- und Wirtschaftspolitischen Vereinigung e.V.

Emil Schlee

Mit Aufsätzen in der neofaschistischen Vierteljahresschrift *Deutschland in Geschichte und Gegenwart* qualifizierte er sich Mitte der 80er Jahre für eine Karriere bei den REP (Mitgliedsnummer: 5335). Dort brachte er es bis zum Landesvorsitzenden in Schleswig-Holstein und zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden; für die REP war er aufgrund seiner CDU-Vergangenheit und vielfältiger Kontakte ins revanchistische Organisationsgeflecht von großer Bedeutung als Aushängeschild. Nach einem Zerwürfnis mit dem damaligen Parteivorsitzenden Schönhuber verließ Schlee die Partei; zwar wurde er in den letzten Jahren wiederholt mit Versuchen neuer Parteigründungen der extremen Rechten in Verbindung gebracht, doch im wesentlichen konzentriert Schlee sich auf die Veröffentlichung von Beiträgen in Zeitschriften. Geschah dies Anfang der 90er Jahre beispielsweise in dem antisemitischen Blatt *CODE*, so finden sich seit einiger Zeit Beiträge des in Raisdorf bei Kiel wohnenden Reserveoffiziers in Blättern wie *Deutsche Militärzeitschrift* und *Soldat im Volk*. Gegenstand der Betrachtungen sind nicht alleine Berichte über „Flucht und Vertreibung" (Schlee war vor seiner Pensionierung 1985 im schleswig-holsteinischen Sozialministerium als *Landesbeauftragter für Vertriebene und Flüchtlinge* tätig !), vielmehr bastelt Schlee darin an der Aufwertung „*soldatischer Tugenden*" im Rahmen der „Elite"bildung. „*Die Besten sind gerade gut genug*" ist einer seiner Aufsätze betitelt. Darin beklagt er in völkischem Tenor, daß Deutschland und Österreich nicht eine „Nation" seien und viele Politiker dies als Folge des verlorenen Krieges akzeptierten. Schlee fordert „Führungskräfte", die „*im Sinne Prinz Eugens 'nicht für sich, sondern für eine große Idee leben'*, *die getreu zu ihrem Volke, zu dem auch die Österreicher unabwendbar gehören, stehen und sich ihrer politischen Verantwortung bewußt sind.*" Positiv hebt Schlee in diesem Zusammenhang jene wachsende Zahl der Geschichtsfälscher hervor, die in ihrer Propaganda die Kriegsschuld und die Verbrechen Deutschlands durch den Verweis auf „*die zahlreichen Menschen- und Völkerrechtsbrüche der Alliierten*" verharmlosen. Wer sich am „*Abbau dieses Lügenwalls*", d.h. an der Verbreitung rechter Propaganda nicht beteiligt, gilt Schlee als vogelfrei („*außerhalb jeder Rechtsgemeinschaft*"). Demgegenüber nimmt er beispielsweise den Berliner „Historiker" **Ernst Nolte** in Schutz, der sich an der Verharmlosung der systematischen Vernichtung des europäischen Judentums und des Nazi-Terrors beteiligt hat. Nicht zufällig kann Schlee denn auch das von einer Riege bekannter Auschwitzleugner herausgegebene Nazi-Blättchen *National-Journal* zitieren, das über Nolte „*anerkennend*" schreibt, er habe „*Bresche um Bresche für die geschichtliche Aufklärung*" geschlagen und „*Tabus gleich reihenweise*" durchbrochen. In jüngster Zeit schließlich hat sich Schlee in die Schar jener eingereiht, die die Kampagne gegen die Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung *Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944* betreiben. „*Wahrheit, Ehre und Gerechtigkeit den deutschen Soldaten im 20. Jahrhundert*" hat sich der ehemalige Europaabgeordnete der REP auf die Fahnen geschrieben. Er bezeichnet die Ausstellung in seinem antikommunistischen Haß schlicht als „*Fortsetzung der sowjetkommunistischen Kriegs- und Greuelpropaganda gegen die in aller Welt als tapfer, fair und in der Haltung einwandfrei geltende Deutsche Wehrmacht*". Folgt man Schlee, der mit seiner Einheit am imperialistischen Überfall auf die Sowjetunion teilnahm, dann waren bei der Ermordung von ZivilistInnen die deutschen Soldaten echt arm dran: „*... nach Kriegsrecht erschossen oder gehängt wurden die gefaßten Partisanen oder jene unglücklichen Menschen, die nach Kriegsrecht als Geiseln genommen wurden ! Unglückliche Menschen waren auch jene, die zu den Tötungskommandos gehörten!*" Diese Gleichsetzung der Mörder mit ihren Opfern und die Rechtfertigung ihrer Ermordung durch die deutsche Soldateska sind nicht nur eine Verhöhnung aller Opfer des deutschen Faschismus, sondern zeigen auch, daß die Faschisten heute wieder genauso handeln würden, wenn sie die Möglichkeit dazu bekämen.

CDU-Rechtsaußen gegen Bodenreform

Uwe Greve, Ende der 70er Jahre Herausgeber der* Neuen Preußischen Jahrbücher*, später Autor in den extrem rechten Zeitschriften* Deutschland-Magazin *und* Criticon*, hat sich jüngst in einem längeren Beitrag für das* Ostpreußenblatt *wieder zu Wort gemeldet.

KN Mittwoch, 6. Februar 1991 - Nr. 31

Kampf in der Kieler CDU: Greve tritt gegen Bendixen an

Bendixen Greve

Peter Bendixen bekommt auf dem CDU-Kreisparteitag am 16. Februar einen Gegenkandidaten. Uwe Greve will den Kreisvorsitzenden ablösen. Greve gestern auf Anfrage: „Bendixen hat die Kieler CDU zehn Jahre lang geführt. Viele in der Partei sind der Meinung, daß die Pferde gewechselt [...]“ mehr „Pferde“ gewechselt werden. Da die stellvertretenden Vorsitzenden Jens Moriz (wegen Arbeitsüberlastung) und Zimmermann-Stock (wohnt nicht mehr in Kiel) nicht mehr kandidieren, treten nach Angaben Greves die Ratsfrau Verena Lange und Uwe Stein an. Eckh[...] ein w[...] soll nach den Vorstellungen de[...] jetzigen Kreisvorstandes Scha[...] meister werden. Auch für die Posten soll es einen Gegenk[...] daten geben: Wolf-Fe[...] Vorsitzender von Holstei[...] tritt auf d[...] Greve [...] [...]ender [...]

Mit der Entscheidung des Greifswalder Verwaltungsgerichts, die Enteignung des Landes der Familie Putbus auf Rügen nicht rückgängig zu machen, mag er sich nicht abfinden. Wie bereits andere Teile der CDU um den Hamburger **Heiko Peters** oder die *Junge Union im Kreis Rendsburg-Eckernförde* fordert Greve, der zu den Rechtsaußen der CDU in Schleswig-Holstein gehört und insbesondere in der revanchistischen *Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung* der CDU (OMV) über eine Hausmacht verfügt, von der Bundesregierung, daß sie den in der Sowjetischen Besatzungszone 1946 enteigneten Kriegsverbrechern und ostelbischen Großgrundbesitzern (Junkern) ihren früheren Besitz zurückgibt oder zumindest eine Entschädigung zukommen läßt.

Junkerland in Bauernhand!

In der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) fand die Enteignung der Groß- und Mittel-Industrie auf drei Ebenen statt: *faktisch* durch spontan handelnde ArbeiterInnen, *besatzungsrechtlich* durch Befehle der Sowjetischen Militärverwaltung und *nach deutschem Recht* durch Volksentscheid. Zeitgleich wurde seit Herbst 1945 eine Bodenreform durchgeführt; dabei wurde die entschädigungslose Enteignung der landbesitzenden Naziaktivisten und Kriegsverbrecher sowie des Großgrundbesitzes und die Landzuteilung an landlose Bauern und LandarbeiterInnen betrieben. Insgesamt 3,3 Millionen Hektar Land wurden verteilt. Diese Maßnahmen liefen unter der Losung *Junkerland in Bauernhand*; mit ihnen wurde der Großgrundbesitz östlich der Elbe zerschlagen. Diese Junker gehörten historisch zu jenem *Bündnis der Eliten* aus Schwerindustrie und Großagrariern, das seit Beginn des 20. Jahrhunderts für eine expansionistische Politik des deutschen Staates eintrat. So hatte es - zum Beispiel durch die Finanzierung der extrem rechten Freikorps und später der NSDAP - nicht nur entscheidenden Anteil an der Zerstörung der Weimarer Republik, sondern auch an der Kriegspolitik des deutschen Faschismus.

Bodenreform verfassungskonform

Die letzte DDR-Regierung konnte gegenüber der Bundesregierung 1990 immerhin die vertragliche Vereinbarung durchsetzen, daß die Enteignungen im Rahmen der Bodenreform *„nicht mehr rückgängig zu machen sind.“* Die entsprechenden Besitztümer gingen in die Verwaltung der öffentlichen Hand über. Das Bundesverfassungsgericht bestätigte diese Vereinbarung bereits zweimal als verfassungskonform. Auf dieser Linie liegt auch das Urteil des Greifswalder Gerichts. Nun wächst die Zahl derjenigen, die offen für die Rückgabe der Ländereien und Schlösser an die früheren Besitzer eintreten. Diese politischen Kräfte reden damit einer Rehabilitierung deutscher Großmachtpolitik bis hin zum Faschismus das Wort.

Greve droht mit Wahl

Uwe Greve, 1995 als Referent beim jährlichen Treffen der völkischen *Artamanen* angekündigt, beklagt in bekannter antikommunistischer Manier das *„Unrecht der Kommunisten“*, obwohl die Bodenreform eine zwar radikale, aber nicht eine kommunistische Maßnahme war; CDU und SPD stimmten zu, eine breite, weit über die Anhängerschaft der KPD hinausgehende Mehrheit der Bevölkerung unterstützte sie. Als Druckmittel, um auch in diesem gesellschaftlichen Bereich das Rad der Geschichte zurückzudrehen, verweist Greve zum Abschluß seines Beitrages im *Ostpreußenblatt* drohend auf die anstehenden Wahlen, bei denen die Stimmen der Enteigneten möglicherweise für die Fortsetzung der CDU/CSU-Regierung entscheidend sein könnten.

Wenn die Polizei Politik macht...

Hansestadt Lübeck
Der Bürgermeister
Ordnungsamt
Gewerbeabteilung
Fünfhausen 1

„Verfügung

Die für Sonnabend, 23. August 1997, 13.00 Uhr angemeldete Kundgebung mit anschließender Demonstration (...) unter dem Motto: "Die (geistigen) Brandstifter bekämpfen! Flüchtlinge schützen!" wird verboten."

Mit diesem Fax, das drei Tage vor der geplanten Demo bei* BASTA! - Linke Jugend *und dem* Lübecker Bündnis gegen Rassismus *einging, begann eine Komödie mit ernstem Hintergrund: Ziel der Verfügung des Lübecker Ordnungsamtes war offensichtlich, einem konsequenten und somit unbequemen Antifaschismus einen Schuß vor den Bug zu setzen, zu demonstrieren, wozu staatliche Repression im Zweifelsfall in der Lage ist. Doch der Schuß ging nach hinten los, Ordnungsamt und Polizei erlitten eine politische und juristische Niederlage!

Die geplante Demo war Auftakt zu Outing-Aktionen faschistischer Kader in der Hansestadt. **Ulrich Schwetasch** (Niendorfer Str. 17 in 23560 Lübeck-Moisling) und **Jürgen Gerg** (Giselherweg 2, 23562 Lübeck) haben sich in den letzten Monaten immer stärker als Drahtzieher im Lübecker braunen Netz hervorgetan. Sie meldeten Kundgebungen für *JN* und *„Bündnis Rechts für Lübeck"* an, verteilten am 9. August Propaganda für den Heß-Marsch, leisteten (vergeblichen) Saalschutz für eine Veranstaltung der *REPs* in Lübeck-Moisling. Schwetasch provozierte im angetrunkenen Zustand (er ist doch kein „trockener" Alkoholiker, wie fälschlicherweise in unserer 1. Ausgabe behauptet) auf einem Fest der Moislinger SPD.

Achtung Nazi!

Diese Herrschaften aus ihren Rattenlöchern herauszuzerren, ihnen und der Öffentlichkeit zu zeigen, daß ihre Machenschaften nicht unbeantwortet bleiben, hatten sich *BASTA!* und das *Bündnis gegen Rassismus* zum Ziel gesetzt. Und Ulrich Schwetasch hatte die Ehre auf Platz 1 unserer Liste zu stehen. Am Abend des 17. August verteilten fleißige AntifaschistInnen gut 2000 Flugblätter in den Briefkästen von Schwetaschs Nachbarn in Moisling. Parallel wurden mehrere hundert Aufkleber gut sichtbar an Straßenlampen und ähnlichen Propagandaträgern geklebt. Im Flugblatt wurde ausführlich, auf den Klebern in Kurzform über den braunen Nachbarn informiert. Samt Foto und Adresse natürlich, alles unter der Warnung „Achtung Nazi!" Das Flugblatt enthielt auch den Aufruf für die eine Woche später stattfindende Demo, die einen Tag nach der Verteilung angemeldet wurde. Die Route führte auch am Haus von Schwetasch vorbei.

Das Haus von Ulrich Schwetasch in der Niendorfer Straße 17: wessen Freunde, wessen Helfer?

Schwetasch jedoch hatte erstaunlich schnell reagiert. Bereits am Morgen nach der Verteilung (2 Stunden vor unserer Anmeldung) meldete er für das *„Bündnis Rechts für Lübeck"* ebenfalls eine Demo (Motto: *„Gegen linke Gewalt"*) für den 23. 8. an. Daß die Nazis keine Demo zustande bringen, war vollkommen klar, aber die Anmeldung von Schwetasch lieferte eine nette Begründung zum Verbot der Antifa-Demo. Welcher Freund und Helfer hat Schwetasch wohl zu diesem Trick geraten?

Polizeiphantasie

Der Polizeihauptkommissar Bernd Tegebauer verfaßte jedenfalls flugs eine „Gefahrenprognose": *„Aufgrund der Wahl des Versammlungsortes (...) ist anzunehmen, daß die Versammlung nicht ausschließlich der Meinungsbildung dienen soll. Vielmehr sprechen die polizeilichen Erfahrungen dafür, daß Übergriffe auf das Eigentum des Herrn Schwetasch bzw. auch verbale (Beleidigungen u.a.) und körperliche Angriffe auf seine Person zu erwarten sind. (...) Somit ist bei Durchführung der Kundgebung mit erheblichen Ausschreitungen zu rechnen, die eine unmittelbare Gefahr für Leib und Leben des Herrn Schwetasch und sein Eigentum bedeuten. Weiterhin ist es wahrscheinlich, daß der offene Konflikt mit den Teilnehmern einer zeitgleich vom Bündnis „Rechts für Lübeck" in Lübeck-Moisling angemeldeten Demonstration ausbricht. (...) Hierdurch würden un-*

mittelbare Gefahren für Leib und Leben von Demonstrationsteilnehmern und unbeteiligten Dritten sowie deren Eigentum verursacht."

Diese phantasievolle Arbeit der Polizei war die Grundlage der Verbotsverfügung des Ordnungsamtes. In den darauf folgenden Verhandlungen zwischen uns und Ordnungsamt bzw. Polizei gab Tegebauer telefonisch zu, daß er selber an seine eigene Prognose nicht glaubt: ein Auftauchen von Faschisten hielt er für unwahrscheinlich.

Die Polizei hatte vollkommen unterschlagen, daß „Erfahrungen" mit zu erwartenden Angriffen gar nicht existieren. Der letzte Vorfall, bei dem es zu massiveren Konflikten zwischen AntifaschistInnen und der Polizei kam, war 1989! Und natürlich kann die Polizei leicht dafür sorgen, daß es zur „Gefährdung von Leib und Leben des Herrn Schwetasch" -wäre diese auch gewollt gewesen- nicht kommt. Im Zweifelsfall hätte eine Polizeikette vor dem Haus von Schwetasch ausgereicht. Aber um eine seriöse Darstellung ging es ja auch nicht:

„Die Maßnahmen, die Polizei und Ordnungsamt für den heutigen Tag ergreifen wollten, -das Verbot dieser Demonstration- zeugen nicht einfach nur von politischer Blindheit oder Passivität: sie sind sogar eine klare Kampfansage gegen eine konsequente antifaschistische Politik!

Drei Funktionen sollten diese Maßnahmen erfüllen:

- sie nehmen die betroffenen Nazi-Kader vor antifaschistischem Protest deutlich in Schutz

- sie versuchen, der Öffentlichkeit weiszumachen, daß antifaschistischer Protest kriminell sei, eine Gefahr darstellen würde

- sie sollen uns selber einschüchtern, uns zeigen, daß die Obrigkeit willens und in der Lage ist, unsere Meinungskundgebung zu unterdrükken.

Der Versuch eines Verbots unserer Demonstration in Moisling ist eine politische Maßnahme, aus politischen Erwägungen getroffen. Aber nicht durch eine politische Stelle! Denn Urheber des Verbots ist die Lübekker Polizeiführung. Sie hat einen Lagebericht herbeiphantasiert, der die Grundlage des Verbots stellt." (Aus der Rede des *Lübecker Bündnis gegen Rassismus* auf der Demo am 23.8.) Unsere Rechtsanwältin Gabriele Heinecke aus Hamburg machte dann die Stadt Lübeck darauf aufmerksam, daß die Verbotsmaßnahme gegen das Grundgesetz verstößt, die „Erfahrungen" der Polizei lediglich Vermutungen und Spekulationen sind und bot eine gütliche Einigung an. Auch diese Maßnahme fruchtete nicht. Also wurde Klage beim Verwaltungsgericht Schleswig eingereicht. Die Richter Seyffert, Mokrus und Schulze-Anne übernahmen die Argumentation von Ordnungsamt und Polizei voll. Als Beweis für unsere Unfriedfertigkeit mußte ein Satz aus dem Flugblatt herhalten: „Zeigen wir Ulrich Schwetasch, daß in Moisling kein Platz für Nazis ist". Diese Entscheidung kam am Freitag, am Abend vor der Demo!

Die Verhältnismäßigkeit der Mittel...

OVG und Faxgerät

Also folgte Klage bei der nächsten Instanz, dem Oberverwaltungsgericht. Dem hätten die Unterlagen durch das VG vorgelegt werden sollen, was allerdings merkwürdigerweise nicht geschah. So mußte unsere Anwältin noch am Samstagmorgen die Unterlagen dem OVG faxen. Ein Wettlauf mit der Zeit begann. Um 11.34 Uhr, 1 ° Stunden vor Demobeginn kam die Antwort aus Schleswig in Form einer einstweiligen Verfügung, die das Verbot aufhob!

Es war ein nicht geringer Spaß -mit der Verfügung in Händen- nach Moisling zu fahren und den bereits versammelten und sehr überraschten Herren in Uniform zu sagen, daß unsere Demo stattfinden wird. Diese erwiesen sich erst einmal als schlechte Verlierer und zweifelten die Echtheit der Verfügung an. Zwanzig Minuten lang gab es ein hektisches herumtelefonieren auf beiden Seiten, dann gab die Polizei auf und ließ uns unsere Demo durchführen. Nicht jedoch ohne den Versuch zu unternehmen, uns weiterhin als gefährlich darzustellen: 100 AntifaschistInnen wurden von 30 Beamten in voller Montur (Helm, Schild, Ganzkörperpanzer...) begleitet - was von uns entsprechend über Megaphon kommentiert wurde!

Die Hoffnung der Polizei, uns zu ungestümen Handlungen hinreißen zu können, ging nicht auf. Einzelne Polizeiprovokationen (Personalienfeststellung wegen des Klebens von Aufklebern) und Fascho-Provokationen blieben unbeantwortet - als die Demo am gut bewachten Haus von Schwetasch vorbeizog, konnten wir vermelden, daß die Polizei unter ihren Panzern ganz umsonst geschwitzt hatte, und daß Ulrich Schwetasch in Moisling nicht mehr anonym ist.

Bleibt noch nachzutragen, daß der Versuch des Demoverbots auch Thema bei der nächsten Sitzung des Runden Tisches sein wird. Die Stadt Lübeck wird sich fragen lassen müssen, ob es denn in ihrem Interesse liegt, daß mittelklassige Polizisten der Stadt eine Pickelhauben-Politik neu auflegen wollen.

Die Outing-Kampagne wurde natürlich fortgesetzt: Aufkleber mit Foto und Information über Jürgen Gerg sind in seiner Nachbarschaft verklebt worden!

HPW

Krogh-Pedersen: Nazi, Arzt - (Neo-)Naziarzt?

Das Flensburger Amtsgericht hat einer Klage des dänischen Neonazis Hans Christian Krogh-Pedersen aus Steinbergkirche (Kreis SL-FL) stattgegeben. Dieser beschuldigt den SSW-Kreistagsabgeordneten und Oberlehrer Fleming Meyer aus Handewitt der Kränkung seiner Ehre. Meyer betitelte Pedersen, in einem 1994 in der Zeitung Flensborg Avis veröffentlichten Leserbrief, als Naziarzt. Wir interviewten den SSW-Politiker.

Interview-Partner Fleming Meyer (SSW)

Enough is enough: Worum handelte es sich in dem Leserbrief?

Meyer: Bei dem Leserbrief ging es nur nebensächlich um Pedersen. Eigentlich wollte ich den Bundestagsabgeordneten der CDU, Wolfgang Börnsen, ansprechen. Börnsen hatte behauptet, die Brutstätte des neuen Nazitums liege nördlich und nicht südlich der deutsch/ dänischen Grenze.

Ich fragte ihn u.a. wo denn seine Stimme blieb, als die deutschen Gerichte die Verfahren gegen den Naziarzt Pedersen und seine Frau verschleppten. Die Prozeßverschleppung wurde damals politisch, auch von der SPD angesprochen.

Enough is enough: Worauf stützt sich die Anklage?

Meyer: Pedersen fühlt sich angeblich in seiner Ehre gekränkt. Mir wird vorgeworfen, daß ich durch meine Äußerung Pedersen in Verbindung mit den Naziverbrechern des 3. Reiches bringe. Ich hätte ihm dadurch auch gewerblich unheimlich geschadet und ihm die Patienten vertrieben. Daß Pedersen zu der Zeit, aufgrund seiner nationalsozialistischen Aussagen, schon lange nicht mehr praktizieren durfte, wird natürlich nicht erwähnt. Als Neonazi-Arzt hätte ich ihn bezeichnen dürfen. So entschied 1992 das Kieler Amtsgericht.

Enough is enough: Wieso wird der Klage erst drei Jahre später stattgegeben?

Meyer: Neben der Anklage gegen mich reichte Pedersen gleichzeitig 30 weitere Klagen ein. 29 betrafen Personen und Zeitungen in Dänemark und eine die Tageszeitung *Flensborg Avis.* Zu diesem Zeitpunkt war mein Leserbrief schon ca. 1 Jahr alt. Die Strafrechtsverfahren gegen die *Flensborg Avis* und mich wurden eingestellt. Später reichte Pedersen eine Zivilklage gegen mich ein. Zusätzlich beantragte er Prozeßkostenbeihilfe. Diese wurde ihm vorerst nicht zugesprochen. Nachdem er durch seinen Flensburger Anwalt Hermann Thiele Einspruch einlegte, wurde ihm letztendlich aber doch noch im Juni '97 die Beihilfe gewährt. Die Verhandlungen auf dänischer Seite wurden alle im Januar '96 mit Freispruch beendet.

Enough is enough: Wie reagiert Ihre Partei? Unterstützt diese Sie?

Meyer: Die SSW hat bis jetzt noch nichts unternommen. Lediglich der Landesvorsitzende Klüver fragte mich, ob ich gegen eine Symphatieerklärung der Partei etwas einzuwenden habe. Worauf aber noch nichts folgte. Durch LeserInnenbriefe und Zuschriften habe ich, natürlich auch durch SSW-Mitglieder, freundlichen Zuspruch erhalten. Offiziell wurde ich von der *Dänischen Volksbewegung gegen Nazismus* und der *Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN)* durch solidarische Presseerklärungen unterstützt.

Krogh-Pedersen

Enough is enough: Wie stehen die Erfolgsaussichten für Pedersen?

Meyer: Pedersen klagt 6000 DM Schmerzensgeld ein. Nach Aussagen einiger Anwälte sind die Aussichten für ihn recht gut. Sein Anwalt Thiele hat den Ruf eines Hardliners. Er zeigt sich ungern kompromißbereit. Ich glaube aber trotzdem, daß ich den Prozeß schon in der ersten Instanz gewinnen werde. Falls ich ihn verlieren sollte, werde ich natürlich Widerspruch einlegen.

Enough is enough: Wir wünschen Ihnen viel Glück und bedanken uns für das Gespräch.

Neonazis patrouillieren an deutsch-dänischer Grenze

Um die *„Staatsgrenze nach Deutschland für rassefremde Überläufer gesperrt zu halten"* so **Jonni Hansen**, Chef der *Dänischen Nationalsozialistischen Bewegung* (DNSB), kontrollierten -nach eigenen Angaben- er und 20 seiner Gefolgsleute einen Teil des dänischen Grenzgebietes. Die Aktion, die in den Nächten vom 19. bis 21. September durchgeführt wurde, blieb aber erfolglos: die Neonazis bekamen glücklicherweise keinen Flüchtling zu Gesicht.

In der Nacht auf Sonntag kontrollierte die Polizei zwei Wagen mit sechs Faschisten aus dem Kopenhagener Raum. Obwohl der Beamte Schulz-Pedersen die Aktion als *„grob ungesetzlich"* bezeichnete, wurden die DNSB-Aktivisten nicht an ihrem Vorhaben gehindert. Sie konnten auch Plakate mit Hakenkreuz und dem Zusatz, daß die Grenze ab sofort von ihnen kontrolliert werden würde, verkleben. Die Aktion wurde von der dänischen Presse mit großem Interesse aufgenommen. Einigen Zeitungen war sie sogar die Titelstory wert. Da die Flüchtlingspolitik zur Zeit in Dänemark breit zur Diskussion steht vermutet auch die Polizei, daß die Nazi-Organisation ihre Aktion wiederholen wird, um den Verlauf der Auseinandersetzung weiter zu eskalieren.

Rechte Solidarität für Munier

Dokumente polnischer Grausamkeit - Das ist der Titel eines Buches, das der lange Zeit in Kiel, heute in Martensrade residierende Neonazi **Dietmar Munier** seit 1995 vertreibt. Bei dem rechten Machwerk handelt es sich um einen Nachdruck einer Veröffentlichung des Auswärtigen Amtes der Nazi-Diktatur, das der Rechtfertigung des Überfalls der Wehrmacht auf Polen diente. Weil der Nachdruck Muniers auf der Titelseite den Aufdruck *„Im Auftrag des Auswärtigen Amtes aufgrund urkundlichen Beweismaterials herausgegeben"* trug und der Eindruck entstand, es handele sich um eine aktuelle Veröffentlichung des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik, ließ eben letzteres den Aufdruck gerichtlich verbieten. In einem längeren Artikel hat nun die *Junge Freiheit* ihre Solidarität mit Munier und seiner antipolnischen Hetzschrift bekundet.

Muniers Anwesen in Martensrade

DVU-Tagung in Husum

Am 30.Juli teilten die Husumer Nachrichten in einem kleinen Artikel nebenbei mit, daß die *Deutsche Volksunion* (DVU)-Nordfriesland während einer Kreisverbands-Tagung im Husumer Thomas Hotel einen neuen Kreisvorstand gewählt hat. Gewählt wurden:

Wilfried Gnade aus Keitum, Kreisvorsitzender
Renate Köhler aus Westerland, Stellvertreterin
Rudi Wieser aus Westerland, Stellvertreter
Benvenuto Friese aus Husum, Beisitzer
Martin Schröder aus Bredstedt, Beisitzer

NPD verteilt Flugblätter

„Wer vertraut noch unseren Politikern?" ist ein Flugblatt betitelt, mit dem sich auch die NPD in Schleswig-Holstein an der *„Aktion 1000. Hinein in die NPD"* beteiligt. Das an verschiedenen Orten, u.a. in Husum, verteilte Flugblatt jammert über in Deutschland verlorengehende Arbeitsplätze, hetzt gegen kriminelle „ausländische Banden" und kritisiert den EURO mit nationalistischen Parolen. Auf der Rückseite findet sich neben einem Kreuzworträtsel auch der Hinweis auf ein Spendenkonto bei der Husumer Volksbank und einen presserechtlich Verantwortlichen aus Lübeck (**Wolfgang Schimmel**).

Wie lange noch Frenssen-Weg ?

Gustav-Frenssen-Weg - diese Straßenbezeichnung war in Schleswig-Holstein über Jahrzehnte nichts außergewöhnliches. In St. Peter-Ording ist nun ein erbitterter Streit darum entbrannt, ob eine Straße auch in Zukunft so heißen soll.

Seit 25 Jahren gibt es dort den Gustav-Frenssen-Weg, benannt nach dem erfolgreichen Romanautor aus Dithmarschen, der in seinem 1902 veröffentlichten Blut- und Boden-Roman *Jörn Uhl - Vom Aufstieg eines Bauernsohnes* den LeserInnen Wunschbilder vom heilen, ursprünglichen Leben auf dem Lande präsentierte. Der Roman wurde zehntausendfach verkauft, ebenso sein nachfolgendes Werk *Hilligenlei* (1905).

Euthanasie-Anhänger

Neben seiner literarischen Tätigkeit rief er die Deutschen während des Ersten Weltkriegs wiederholt zum Durchhalten auf. In Zeitungs- und Zeitschriftenbeiträgen kommentierte er aktuelle gesellschaftspolitische Fragestellungen. Im *Neuen Wiener Journal* erklärte er bereits 1932 vor der Machtübergabe an die Nazis, daß *„Geisteskranke, Blödsinnige, Irrsinnige“* für *„die Menschheit unnütz oder schädlich“* seien und hieß deren Auslöschung gut. 1937 schilderte er in einem erdachten *Tagebuch der Amtmannschaft Wittschild aus dem Jahre 2003* die Praxis der „Euthanasie“: *„Heute ist der neugeborene Sohn des Bauern Tees im Krankenhaus in Meldorf, nach gemeinsamen Beschluß des Kreisrichters, des Kreisarztes, des Vaters und meiner, vom Leben zum Tode gebracht, da er, wie die Kopfform erwies, am Gehirn ein Krüppel war. Schon vor hundert Jahren waren von zehn Leuten sieben der Ansicht, daß diese Kranken getötet werden müßten; aber obwohl es so stand, geschah dennoch weiterhin, was die drei anderen, die Bangen, die Kümmerlinge und Schiefen lispelten. Jetzt geschieht, und nun schon seit achtzig Jahren, im ganzen Lande und in allen Dingen, was die sieben anderen für richtig halten, die Gesunden, Hellen, Lebensgläubigen und Tatenfrohen.“*

Ein Jahr vor dieser Mord-Rechtfertigung hatte Frenssen, von Beruf Pfarrer, mit seinem Buch *Der Glaube der Nordmark* einen *„germanischen Gottglauben“* propagiert. Deutsche Christen sollten sich vom *„germanischen Gewissen“* als *„wahrer Stimme Gottes“* zum *„Herrenmenschentum“* leiten lassen. Im Zweiten Weltkrieg unterstützte er mit Durchhalteparolen den verbrecherischen Krieg der Deutschen; noch in seinem letzten Artikel, im April 1945 auf dem Totenbett geschrieben, vertrat Frenssen den Glauben an den Endsieg. Kurz vor seinem Tod schrieb der Pfarrer an den NSDAP-Gauleiter Hinrich Lohse: *„Ich verabschiede mich von Ihnen als dem höchsten Vertreter der Bewegung, der ich mit ganzem Herzen angehört habe... Heil dem Führer“*.

Gustav Frenssen.

Späte Diskussion

Obwohl diese Tatsachen bereits länger bekannt sind, entwickelte sich erst Mitte der 90er Jahre eine Diskussion darum in St. Peter-Ording. Der Forderung nach Umbenennung der Straße wollte die SPD vor Ort möglichst schnell und lautlos nachkommen; im Gemeinderat wurde im Frühjahr 1995 die Umbenennung beschlossen. Doch die BewohnerInnen des G.-Frenssen-Weges stimmten mit 94,5 Prozent für die Beibehaltung des Namens. Zunächst hatte man noch versucht, das Wirken Frenssens zu verharmlosen; später wurde auf die durch die Umbenennung entstehenden Kosten verwiesen.

Inzwischen haben die BefürworterInnen dieses Namens durch die Sammlung einer entsprechenden Zahl von Unterschriften die Abhaltung eines Bürgerbegehrens durchgesetzt. Dieses soll am 30. November 1997 durchgeführt werden und über den zukünftigen Namen des heutigen Gustav-Frenssen-Weges entscheiden. Der Ausgang der Abstimmung ist zur Zeit völlig offen - und damit auch, ob St. Peter-Ording dem Beispiel von Elmshorn, Schleswig und Eckernförde folgt, die den Straßennamen Gustav Frenssen inzwischen gelöscht haben.

(Über Autor und Werk informiert: K. Dohnke/ D. Stein (Hrsg.): Gustav Frenssen in seiner Zeit. Von der Massenliteratur im Kaiserreich zur Massenideologie im NS-Staat, Heide 1997)

Skin-Party in Rendsburg aufgelöst

Ein geplantes Treffen von Nazi-Skins in Büdelsdorf bei Rendsburg ist am letzten Augustwochenende von der Polizei aufgelöst worden.

Über 200 FaschistInnen aus den norddeutschen Bundesländern waren zu dem Treffen erwartet worden. Die Polizei erteilte „Platzverweise", weil es vierzehn Tage zuvor bei einem ähnlichen Treffen zu Straftaten gekommen war.

Die fortgesetzte Tätigkeit von jungen FachistInnen in Rendsburg und Büdelsdorf zeigt augenfällig den "Erfolg" des Streetworkers Schmidt, der im Rahmen eines Schleswig-Holstein weiten Modellprojekts "*akzeptierende Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen*" macht.

Verfahren gegen Neumünsteraner Nazi-Schläger

Fußball-Europameisterschaft 1996 in Großbrittanien: die hiesigen werden EM-Sieger - die Fans und die, die sich dafür halten, bevölkern am Endspielabend die Innenstädte. So auch in Neumünster. Mit dabei auch ein Pulk von Hooligans im Skinhead-Outfit. Einer der Skins traktierte einen türkischen Mann mit der Stange einer Deutschlandfahne. Auf Fotos wird **Jens Ellerbrock** (22) als Haupttäter wiedererkannt. Ellerbrock muß sich jetzt wegen dieser Tat vor dem Amtsgericht Neumünster verantworten. Der Prozeß wurde allerdings ausgesetzt, da das damalige Opfer in der Türkei Urlaub machte und nicht als Zeuge gehört werden konnte.Ebenfalls nicht zum Prozeß erschien Ellerbrocks Skingefährte **Mike Peters.** Ein weiterer Kumpel, **Martin E.** (19) wurde in Handschellen zur Zeugenaussage vorgeführt, er verbüßt zur Zeit eine Haftstrafe in der JVA Neumünster.

Ellerbrock selber leugnet die Tat. Sein Anwalt machte deutlich, daß sein Mandant aus beruflichen Gründen kein Verfahren „**brauchen könne**". Er möchte sich dafür einsetzen, daß der Staatsanwalt einer Einstellung zustimmt. Ellerbrocks Vater ist übrigens Polizeibeamter.

Bizarrer Prozeß in Kiel: Rassistin verklagt Rassist

Die Serie der Prozesse zwischen dem Leiter des *Kieler Instituts für Anthropologie* (vormals *Institut für Rassekunde*) Professor **Hans Wilhelm Jürgens** und der Direktorin des *Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung* **Dr. Charlotte Höhn** scheint beendet zu sein.

Herr Jürgens sagte 1995 über Frau Höhn, das sie der Auffassung sei, „*das Neger geistig minderbemittelt sind, Juden abzulehnen sind und Erbkranke am besten sterilisiert werden sollten.*" Das Verfahren, das Frau Höhn wegen übler Nachrede angestrengt hatte, wurde bei einer geringen Geldstrafe gegen Jürgens eingestellt. Bei einem gemeinsamen Mittagessen mit dem Staatsanwalt wollten die Volkswirtin Höhn und der Anthropologe Jürgens Möglichkeiten erörtern, weitere Prozesse zu ver-meiden.

Aus antirassistischer Sicht läßt sich sagen, daß einerseits der Rassismusvorwurf gegen Frau Höhn berechtigt ist, immerhin wurde sie 1994 wegen rassistischer Äußerungen von der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo zurückbeordert und für drei Monate vom Dienst suspendiert, andererseits ist es bizarr das gerade ein Rassist wie Jürgens solche Vorwürfe erhebt.

Die Vorstellungen des Herrn Jürgens, was mit Menschen anzustellen sei, die „*die Volksgemeinschaft belasten*" (Originalton Jürgens) die er in seiner Habilitationsschrift „*Asozialität als biologisches und sozialbiologisches Problem*" niederschrieb, unterscheiden sich nicht besonders von dem, was er Frau Höhn vorwirft. Warum prozessieren die rassistische Bevölkerungswissenschaftlerin und der Fortsetzer der Rassenkunde in Kiel gegeneinander? Frau Höhn versucht sich selbst und ihr latent rassistisches Institut aus den Negativschlagzeilen zu bekommen, um so einen Karriereknick zu vermeiden. Bei Jürgens, der bis 1979 selber Leiter des Bundesinstituts war, sieht die Motivation etwas anders aus. Er überschüttet schon seit Jahren seine Kollegin und Nachfolgerin mit oftmals nicht beweisbaren Vorwürfen. Vielleicht will er, nachdem er gemerkt hat, das er mit seinem national-sozialistisch geprägten Rassismus in der Öffentlichkeit und vor Studierenden nicht mehr ankommt, als gewendeter Rassist eine zweite Karriere beginnen. Diese Überlegung wäre naheliegend, steht doch sein Institut für Anthropologie als inzwischen unwichtig gewordenes Überbleibsel der NS-Ideologie ganz weit oben auf den Sparlisten der Landesregierung und des Rektorats.

aup

Prof. Kaltefleiter lädt ein: „Nationale Sicherheit"

Bereits zum siebzehnten Mal fand in diesem Sommer an der Kieler Universität der sog. „*Sommerkurs für internationale Sicherheit*" (engl.: National Security Seminar) statt.

TeilnehmerInnen aus 39 Ländern waren auf Einladung des notorischen Rechtsaußen **Prof. Dr. Werner Kaltefleiter** gekommen; dieser hatte die Veranstaltung 1981 ins Leben gerufen, als die NATO ihren Hochrüstungskurs gegen die Sowjetunion verschärfte.

Kaltefleiter lieferte jahrelang „wissenschaftliche" Rechtfertigungen für die Kriegspropaganda der NATO, die Anfang der 80er Jahre zu vielfältigen Aktionen der Anti-Kriegs-Bewegung führte. Daß Kaltefleiter seinem antikommunistischen Credo treu geblieben ist, konnte er kürzlich in einem Kommentar der reaktionären Tageszeitung *Die Welt* unter Beweis stellen. Dort forderte er Anfang August, daß Rußland die Region um Kaliningrad („*diese Beute des Zweiten Weltkrieges*") aufgibt und diese „*in das baltische Staatensystem integriert wird*". Sodann seien im „Baltikum" NATO-Truppen zu stationieren. Dies bringe die Länder zusammen, die „*dem abendländischen Kulturkreis angehören und deren Wertesystem verpflichtet sind*". „Dem Russen" traut Kaltefleiter eben immer noch nicht.

Die Forderung Kaltefleiters kommt den Bemühungen der revanchistischen *Landsmannschaft der Ostpreußen* entgegen, die das Gebiet zunächst unter internationale Kontrolle stellen, später aber wieder deutsch kontrollieren möchten. Deren Funktionär **Wilhelm von Gottberg** lobte denn auch Kaltefleiters Initiative - nicht ohne dessen Nähe zur CDU zu betonen.

Neue Aktivitäten des Arbeitskreis für deutsche Politik

Für Anfang November lädt der *Arbeitskreis für deutsche Politik* (AfdP) über seine Kieler Postfachadresse zu seiner Herbsttagung ein. Diese soll - wie bereits die diesjährige Frühjahrstagung - in der Nähe Bremens stattfinden.

Ursprünglich vor allem von ehemaligen REP-Mitgliedern aus Schleswig-Holstein wie **Thomas Schröder** (Polizist; Lübeck) und **Dr. Axel D. Neu** (Wissenschaftler am *Institut für Weltwirtschaft*; Kiel) ins Leben gerufen, ging seine Aktivität infolge kritischer Medienberichterstattung zeitweise zurück.

Inzwischen bietet der AfdP wieder verschiedenen faschistischen Strömungen Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch und zur Vernetzung. So sprachen in Bremen u.a. **Dr. Reinhard Oberlercher**, der Anfang der 90er Jahre einen „*Reichsverfassungsentwurf*" und ein „*Hundert-Tage-Programm der Nationalen Notstandsregierung in Deutschland*" formulierte und Sympathie für die rassistische Gewalt gegen Flüchtlinge und EinwanderInnen äußert, und die ehemalige Funktionärin der REP und der DLVH (*Deutsche Liga für Volk und Heimat*) **Katharina Behrend**.

Diese veröffentlichte 1996 eine Studie, in der sie in historischer Rückschau die (Miß-) Erfolgsfaktoren faschistischer Parteien in der Bundesrepublik (wie REP und NPD) zu erkennen versucht.

In einer Buchbesprechung in der neofaschistischen Monatsschrift „Nation und Europa" empfiehlt **Axel D. Neu** (Ex-REP-Funktionär mit der Mitgliedsnummer: 3121) das Buch zu „*gründlicher Lektüre*".

Burschenschaften laden Rep-Chef ein ... und wieder aus ?

Die extrem rechte Kieler Burschenschaft *Alemannia* plante für das Wintersemester eine Veranstaltung mit dem Vorsitzenden der rechtsextremen Partei „*Die Republikaner*" **Rolf Schlierer**.

Diese Veranstaltung paßt gut zu den Burschenschaftlern, denn der Republikaner-Chef ist ebenfalls ehemaliger Bursche (in Burschi-Doitsch „alter Herr") der Gießener Verbindung *Germania* und war im Dachverband der meisten extrem rechten Burschenschaften, der „*Deutschen Burschenschaft (DB)*", Pressereferent.

Bei soviel Verbundenheit bestand eigentlich kein Grund für die DB-Burschenschaft Alemannia, ihren ehemaligen Kameraden wieder auszuladen. Sie taten es aber dennoch, indem sie auf ihren Internet-Seiten ankündigten, daß der für den 22. Januar 1998 geplanten Vortrag „*aus Angst vor Repressalien*" abgesagt wird.

Vielleicht ist den Herren von der Burschenschaft ja aufgefallen, daß dieser Vortrag überhaupt nicht in ihre Vortragsreihe „*Die schleswig-holsteinische Parteienlandschaft stellt sich vor*" paßt, in die er eingebettet gewesen wäre. Ideologische Differenzen gibt es zwischen den Burschenschaftlern und den zur baden-württembergischen Regionalpartei geschrumpften Reps nicht.

Die nächste Zeit wird zeigen, ob die Veranstaltung nicht doch auf die eine oder andere Art und Weise stattfindet.

aup

Nazi-Treffen in Ottendorf von der Polizei geschützt

Zum vierten Mal hat sich am 20. September das „Bündnis rechts" in Schleswig-Holstein getroffen.

Hinter dieser Bezeichnung verbirgt sich ein Sammlungsversuch verschiedener neofaschistischer Gruppen. Ihr Ziel ist eine stärkere Vernetzung untereinander, u.a. um zu den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein (März 1998) und zur Bundestagswahl im Herbst 1998 mit einer gemeinsamen Liste antreten zu können.Mit ihrer rassistischen Hetze, Law & Order-Parolen und sozialer Demagogie hoffen sie, über 5% der Stimmen zu bekommen und sich so in den Parlamenten eine weitere Plattform für ihre politische Kriminalität zu schaffen.

Besondere Bedeutung im sog. *Bündnis rechts* hat in Schleswig- Holstein die NPD, eine bereits 1964 gegründete Nazipartei, deren Jugendorganisation (die JN) und einige Funktionäre der *Deutschen Liga für Volk und Heimat*. Diese hatte bis 1996 einige Abgeordnete im Landtag und verhöhnte von dort die Opfer des Nazi-Regimes.

Der stellvertretende NPD-Landesvorsitzende **Heino Förster** sitzt noch immer im Gefängnis, weil er Anschläge auf Flüchtlingsheime angestiftet hatte. Im November 1996 war der Nazi-Terrorist **Manfred Roeder** Redner bei einer Veranstaltung des *Bündnis rechts*; Roeder war bereits Anfang der 80er Jahre an Anschlägen beteiligt, bei denen Menschen aus Vietnam ums Leben kamen. Das ist der Geist, der aus dem *Bündnis rechts* spricht.

Mit dem Ziel, das Treffen solcher politischer Verbrecher zu verhindern, mobilisierten antifaschistische Gruppen aus Schleswig-Holstein nach Ottendorf bei Kiel. An einer Störung bzw. Auflösung der Nazi-Veranstaltung wurden sie von kurzfristig eintreffenden Polizeikräften gehindert. Die Nazis, zu deren Treffen der NPD'ler **Jens Katzer** als Schriftführer des *Bündnis rechts* eingeladen hatte, konnten statt der erwarteten 150 nur 70-80 „Kameraden" und „Kameradinnen" begrüßen. Diese waren in ihrer Mehrzahl über einen Schleusungspunkt in der Kieler Innenstadt nach Ottendorf dirigiert worden. Die Veranstaltung hatte dort **Günther Kawleswki** (Kiel) im Namen des NPD-Landesverbandes angemeldet. Das 5 $^1/_2$-stündige Programm sah einen Vortrag von **Albert Lämmel** (Rastatt) zum Thema „*Neue Wirtschaftsordnung im deutschen Volksstaat*", den „*Bericht über die öffentlichen, nationalen Demonstrationen in 1997*" von **Thomas Krüger** und einen Tätigkeitsbericht zum „*Bündnis Rechts*" vom NPD-Landesvorsitzenden **Uwe Schäfer** (Plön) vor. Anschließend sollte Gelegenheit bestehen, mit Vertretern verschiedener faschistischer Parteien zu diskutieren. In diesem Umfang wurde die Veranstaltung nicht durchgeführt; bereits $1^1/_2$ Stunden vor dem offiziell angesetzten Ende waren die Faschisten verschwunden.

CDU desinteressiert

Der Bürgermeister des Ortes, Hermann Mansfeld (CDU), - von Antifaschisten über das Nazi-Treffen informiert - war der Ansicht, dies gehe ihn nichts an. Deutliche Ablehnung der Nazis äußerten mehrere BewohnerInnen des Dorfes, die durch das Erscheinen der AntifaschistInnen auf das Treffen aufmerksam wurden. In der örtlichen SPD, die den stellvertretenden Bürgermeister stellt, gibt es nun Überlegungen, im Gemeinderat einen Antrag einzubringen, die Gaststätte - bisher auch Treffpunkt dieses Gremiums - in Zukunft zu boykottieren.

Der Polizeieinsatz gegen AntifaschistInnen hat erneut gezeigt, daß es wenig Sinn macht, sich bei der Bekämpfung des Neofaschismus auf staatliche Stellen zu verlassen. Der Schutz des Nazi-Treffens durch die Staatsmacht straft die Ankündigung von Innenminister Wienholtz, die er anläßlich einer Pressekonferenz über „*wachsende Aktivitäten der Neonazi- und Skinheadszene*" Anfang September im Kieler Landeshaus gemacht hat, Lügen. Von einer „*konsequenten Bekämpfung*" keine Spur.

sozial-patriotisch-demokratisch

\\ rechts BÜNDNIS

Einladung

An alle Patrioten und Anhänger einer Politik für Deutschland !

Am Sonntag dem 2. März 1997 fand die dritte Veranstaltung des „Bündnis Rechts" in Schleswig-Holstein statt. Geladen und anwesend waren Personen aus allen nationalen Parteien sowie dem interessierten und parteilich ungebundenen Umfeld. Wieder gelang es den Veranstaltern, mit großem Erfolg, alle diejenigen zusammenzubringen, denen es wirklich um nationale Politik geht. Die Veranstaltung fand reges Interesse und verlief ohne Schwierigkeiten! Hiermit laden wir Sie und Ihre Freunde zu unserer vierten Versammlung ein, und wir gehen davon aus, daß der Erfolg durch Ihr MITMACHEN noch größer sein wird!

Unser Programm für Sonnabend den 20. Sept. 1997

12.30 Uhr	Einlaß
13.30 Uhr	Begrüßung
	Top 1
13.45 bis 14.30 Uhr	Referat zum Thema: **Neue Wirtschaftsordung im deutschen Volksstaat** von Herrn Albert Lämmel
14.30 bis 15.00 Uhr	**Aussprache**
15.00 bis 15.15 Uhr	Pause
	TOP 2
15.15 bis 15.45 Uhr	**Bericht über die öffentlichen, nationalen Demonstrationen in 1997** von Herrn Thomas Krüger
	TOP 3
15.45 bis 16.15 Uhr	**Bericht zum Bündnis Rechts und zur allgemeinen politischen Lage** von Herrn Uwe Schäfer
16.15 bis 16.45 Uhr	**Aussprache zu TOP 2 und 3**
16.45 Uhr	offizielles Ende
16.45 bis 19.00 Uhr	Lockeres und ungezwungenes Beisammensein mit Musik. Vertreter der DLVH der NPD, des BGD und anderer Gruppierungen stehen Ihnen zur Verfügung.

Treffpunkt: Kiel, Parkplatz Wilhelmsplatz, Ecke der Straßen Wilhelmsplatz und Kronshagener Weg. Im Zeitraum von 12.15 bis 13.15 Uhr ist der Treffpunkt durch Vertreter des Bündnis Rechts besetzt! (ausgewiesen durch Kennzeichen „BR") Weitere Angaben erhalten Sie durch Vorlage Ihrer Einladung.

Wichtig: Unsere jungen Freunde möchten von provokativer Kleidung, Abzeichen etc. absehen, da wir in der Nähe von Kiel tagen, und die linke Szene nicht vor der Haustür haben wollen!!

Wir freuen uns auf Ihren Besuch !! **Eintritt:** 10,-- DM / 5,-- DM unter 18 Jahre

Jens Katzer, Schriftführer

So ehrlich und echt wie ein Handschlag. Bündnis Rechts

Untersuchungsbericht statt Ermittlungen

Die Gefahr einer Abschiebung der Flüchtlinge aus der Hafenstraße ist immer noch nicht gebannt. Und eine kurzfristige Lösung zeichnet sich nicht ab.

Dagegen sind die Ermittlungen der Lübecker Staatsanwalt jetzt auch ein Thema für die Landesregierung: sie forderte einen Untersuchungsbericht an.

Im August wurde der Aufenthalt für alle überlebenden Flüchtlinge des Brandanschlages (vom 18. Januar 1996) bis Ende Oktober 97 verlängert. Dies war das Ergebnis eines Gespräches zwischen Lübecks Bürgermeister Michael Bouteiller und dem schleswig-holsteinischen Innenminister Wienholtz. Die Verhandlungen zwischen Wienholtz und dem Bundesinnenminister Kanther waren bislang ergebnislos geblieben - Kanther weigert sich, ein Gruppenbleiberecht zu verfügen, Wienholtz sieht aber weiterhin diese Frage in der Verantwortung der Bundesregierung.

Kompetenzgerangel zwischen Ministern

Kanther hatte zwischenzeitlich aber erklärt, daß er sich einer Verfügung durch die Landesregierung wenigstens nicht aktiv in den Weg stellen würde. Damit bedarf es keines politischen Mutes durch die SH-Landesregierung mehr, endlich den längst fälligen Schritt für das Bleiberecht zu gehen.

Bei der vorletzten Sitzung des Lübecker *„Runden Tisches - Brandanschlag auf unsere Synagoge"* wurden im Zusammenhang mit dem Bericht vom Gespräch zwischen Bouteiller und Wienholtz die Aufenthaltsverlängerungen bis Oktober als provisorische Maßnahme dargestellt, da bis zum Ablauf der Genehmigungen eine Lösung zu erwarten sei, *„entweder mit Kanther oder ohne ihn"*. Die August-Sitzung des Runden Tisches ergab jedoch etwas anderes: das Kompetenzgerangel zwischen Kiel und Bonn geht weiter - mit unbestimmtem Ende. Vielleicht will Wienholtz warten, bis die Bundestagswahlen einen sozialdemokratischen Innenminister ergeben?

Bürgermeister Bouteiller wollte sich nach diesem Resultat dafür einsetzen, daß den Flüchtlingen die Qual immer neuer Fristen erspart bleibt und für eine weitere Aufenthaltsverlängerung von 12 Monaten sorgen. Tatsächlich sind die entsprechenden Genehmigungen auch verlängert worden, doch statt für 12 nur für 6 Monate.

Zum Redaktionsschluß stand auch noch kein Termin für den geplanten Besuch der Flüchtlinge bei der Landesregierung fest (siehe *„Das Bleiberecht endlich durchsetzen"* in unserer 1. Ausgabe). Wahrscheinlich werden bei diesem Besuch auch die gesammelten Unterstützungsunterschriften für das Bleiberecht an die Landesregierung übergeben.

Das Justizministerium erkannte nach Ende des Prozesses Handlungsbedarf in Sachen Lübecker Staatsanwaltschaft. Ein Untersuchungsbericht zu den skandalösen Ermittlungen der Staatsanwälte, die Opfer zu Tätern machten und die wirklichen Tatverdächtigen von Ermittlungen verschonte, wurde von der Landesregierung im August angefordert. Bisher hatten alle Vorgesetzten der ermittelnden Staatsanwälte Böckenhauer, Schultz und Bieler deren Tätigkeit vollauf gedeckt und gegen jegliche Kritik in Schutz genommen. Ein Eingreifen seitens der Landesregierung erfolgte bislang nur mit dem Ziel, den Vorwurf der rassistischen Ermittlungen unter den Teppich zu kehren. Nach Prozeßende veröffentlichte Justizminister Gerd Walter (SPD) einen Offenen Brief an Vertreter des Lübecker Bündnis gegen Rassismus. Darin wiederholte er den Vorwurf der Beleidigung der Staatsanwälte. In einer mehrseitigen Antwort hat das Bündnis nicht nur die konkreten Vorwürfe zurückgewiesen, sondern Walter auch detailliert über die Gründe aufgeklärt, warum die Ermittlungen rassistisch sind und zum Himmel stinken. Antwort des Justizministers: tiefes Schweigen!

Zweifel an Ermittlungen?

Wenige Tage später allerdings war den Zeitungen zu entnehmen, daß das Justizministerium den Untersuchungsbericht angefordert hat. Vielleicht hat die antifaschistische Aufklärung bei den Herrschaften in Kiel doch Zweifel geweckt, ob böckenhauersche Methoden dem Image des demokratischen Rechtsstaates nicht doch zu sehr schaden. Genauso gut möglich ist aber auch der Kieler Wunsch nach einem Bericht, der quasi offiziell den Herren in schwarzen Roben eine weiße Weste verpassen soll.

Die schriftliche Form der Urteilsbegründung im Prozeß gegen Safwan Eid wird in den nächsten Wochen erwartet. Dann wird sich auch klären, ob die beiden Anwälte der Nebenklage (für die Familie El Omari) Dr. Wolfgang Clausen und Ulrich Haage ihren Revisionsantrag aufrecht erhalten. Mit Spannung können auch weitere juristische Schritte von NebenklageanwältInnen und Safwans VerteidigerInnen erwartet werden. Denn solange die wahren Täter des Mordes an 10 Flüchtlingen nicht ermittelt sind, kann von einem Ende des „Falles Hafenstraße" keine Rede sein.

HPW

Dieter Kern: bei Nazis Top, im Job Flop!

DEUTSCHE LIGA
für Volk und Heimat (DLVH)
Schleswig Holstein
Landesverband Schleswig - Holstein - C/O Dieter Kern, Postfach ■■■, 23502 Lübeck

In unserer letzten Ausgabe berichteten wir über Dieter Kern, Aktivist von DLVH, NPD und Vorsitzender des „Bündnis Rechts", beschäftigt beim Lübecker Umweltamt. Mittlerweile haben die rechten Umtriebe des Saubermannes dem Arbeitsamt einen weiteren Kunden zugefügt. Lübecks Bürgermeister Michael Bouteiller hat Kern gekündigt.

Aber Langeweile wird bei dem Nazifunktionär kaum aufkommen. Den Lübecker Jusos schickte er eine Stellungnahme zu ihrer Forderung nach einem Verbot rechtsextremistischer Parteien. Doch nicht als Privatperson, sondern unter dem Briefkopf der *Deutschen Liga für Volk und Heimat, Landesverband Schleswig-Holstein*! Er stellt darin auch die Frage, ob sich die Jusos nicht *„lieber in Jungfaschisten umbenennen wollen"* und weiter: *„Wer solche Forderungen stellt, lenkt von seinem Versagen ab, schürt zwischenmenschlichen Rassismus und ist in Wirklichkeit der geistige Brandstifter."*

Daß Kern (in wohl recht kurzer Zeit) in der Nazi-Hierarchie aufgestiegen ist, wird aber nicht nur durch den Briefkopf belegt. In einem Bericht des Bündnis rechts über deren drittes Treffen am 2.3.97 in Nortorf wird das Podium abgebildet. Kern sitzt dort neben **Uwe Schäfer**, Plön (Landesvorsitzender der *NPD*) und **Kurt Bunde** (Landesvorsitzender der *DLVH*-Hamburg), am Podium steht **Ingo Stawitz**, Uetersen (*NPD* und *DLVH*). Gastredner **Wolfgang Juchem** (Vorsitzender der *Aktion Freies Deutschland*) sprach auf diesem Treffen zum Thema *„Deutschland im Würgegriff der Eurokraten"*.

Nach der Entlassung aus dem städtischen Dienst erhielt Kern solidarischen Beistand vom *Nationalen Infotelefon Rheinland*. Die sofortige Wiedereinstellung des *„Kameraden und Familienvaters Kern"* wird, laut NIT Rheinland, auch vom *Nationalen und Sozialen Aktionsbündnis Norddeutschland* gefordert. Man solle sich bei solch undemokratischem Vorgehen auch nicht wundern, wenn Nationalisten in die Illegalität gedrängt würden. Das *„Aktionsbündnis"* steckt auch hinter dem sog. *„Aktionskomitee für HARIGe Angelegenheiten"*, dem Herausgeber eines Flugblattes, das eine Woche nach dem Anschlag auf die Lübecker St.-Vicelinkirche im Stadtteil St. Jürgen verteilt wurde. Der Kirche und AntifaschistInnen wird in diesem Flugblatt gedroht, ein Porträt von Pastor Harig findet sich auf der ersten Seite.

Dieter Kern beim Nazi-Aufmarsch in Bad Segeberg am 24.5.1997

HPW

Auschwitzleugner versenden Broschüren

Zu den Empfängern einer Broschüre von Auschwitzleugnern zählte im Sommer 1997 u.a. der Lübecker SPD-Landtagsabgeordnete Bernd Saxe.

Das Heft, das im Frühjahr 1997 erstmals erschien, versucht mittels pseudowissenschaftlicher Darstellungen zu beweisen, daß die Nazis keine systematische Vernichtung von Juden und Jüdinnen betrieben haben. Der Hetzschrift mit dem Titel *Eine deutsche Antwort auf die Goldhagen- und Spielberglügen* war ein Flugblatt beigelegt, das die Empfänger auffordert, das Material zu kopieren und auf eigene Kosten zu verbreiten, um so *„dem Ziel, der Brechung der Holocaust-Knechtschaft, ein großes Stück"* näherzukommen.

Hinter der als Absender firmierenden *„Europäischen Stiftung zur Förderung freier historischer Forschung"* mit Sitz in Antwerpen/Belgien verbirgt sich ein Stützpunkt des weltweit tätigen Netzwerks der Auschwitzleugner, zu dem auch das in den USA ansässige *Institute for Historical Review* und der Deutsch-Kanadier Ernst Zündel gehören. Insbesondere letzterer nutzt seit Jahren in zunehmendem Maße das Internet zur Verbreitung seiner antisemitischen Hetze. Nicht zufällig verweist der jetzt verschickte Nazi-Kettenbrief auch auf seine Internet-Adresse.

Gegen die Verdrehung der Geschichte!

„Keine Ehrung von NS-Tätern in Henstedt-Ulzburg“ (und anderswo)

In den Wochen des 1. bis 16. Novembers wird es in Henstedt- Ulzburg und Norderstedt eine regionale Kampagne antifaschistischer Gruppen unter eben diesem Motto stattfinden.

Mit unserer Kampagne wenden wir uns gegen das offizielle „Heldengedenken“ in Henstedt-Ulzburg und gegen die Ehrung von NS-Tätern sowie Reaktionären, denen in der Großgemeinde Straßen gewidmet wurden.

Eine weitere Kranzniederlegung von Faschisten aus dem Umfeld *Patriotische Jugend* und *Bund für Gesamtdeutschland* muß verhindert werden.

Im Rahmen der Aktionswochen organisieren wir mehrere Veranstaltungen, in denen u.a. die gegenwärtige Geschichtsverdrehung von Rechts in der Auseinandersetzung um die Verbrechen der Wehrmacht dargestellt werden. Die Täter und Opfer des deutschen Faschismus sollen in Bezug auf das reaktionäre „Heldengedenken“ am Beckersberg, Henstedt-Ulzburg, benannt werden.

Hintergrund der Aktionswochen :

In der südschleswig-holsteinischen Großgemeinde Henstedt- Ulzburg wird seit Jahren anläßlich des Volkstrauertages ein reaktionäres „Heldengedenken“ mit offizieller Beteiligung der Feuerwehr,Gemeinde, verschiedenen Verbänden sowie der Bundeswehr begangen.Die Gedenkveranstaltung findet regelmäßig auf einem 1934 - 38 als *„Kraft durch Freude“*-Anlage von den Nazis errichteten Gelände statt.

In martialischer Uniformierung der Feuerwehr, vor der Kulisse von im Jahre 1938 aufgestellten Findlingen mit Blut - und Bodeninschriften wird pauschal allen „Opfern“ der Weltkriege gedacht und so die Täterschaft des Faschismus relativiert.

Heinrich Petersen Straße

Heinrich Petersen, dem Ulzburger Bürgermeister von 1933-45, wurde 1968 eine Straße gewidmet. Petersen gab 1934 die Errichtung der „Kraft durch Freude“-Anlage in Auftrag.

Als NSDAP - Ortsgruppenleiter weihte Petersen das Gelände mit einer nationalsozialistischen Rede ein.

Petersen organisierte im Juni 1933 einen Überfall auf den Leiter der Ortskrankenkasse und erklärte ihn für abgesetzt, da er sich weigerte , in die NSDAP einzutreten und für die tariflichen Rechte von LandarbeiterInnen eintrat. Petersen war an dem Überfall persönlich beteiligt, zusammen mit SS-Männern.

Eine Straße im Ortsteil Rhen ist nach Emil Krumpeter benannt. Er war 1920 Amtsvorsteher von Henstedt. Als sich anläßlich des Kapp-Putsches Ulzburger Sozialdemokraten bewaffneten,wurden sie durch Krumpeter, mit Hilfe einer reaktionären Bürgerwehr, wieder entwaffnet. Zur Begründung ließ Krumpeter verlautbaren, es handele sich hierbei um eine Gruppe „Spartakisten“.

Kranzniederlegung der örtlichen Faschisten

In den letzten 2 Jahren wurden während der Gedenkveranstaltung in der Henstedter Kirche zum Volkstrauertag Kränze von Faschisten niedergelegt. (1995 noch, ohne daß sie die offizielle Feier störten, bzw. sich jemand gestört fühlte.)

1996 konnten sie im Namen des *Bund für Gesamtdeutschland* unter Wortführerschaft des Ulzburger Naziskin-Kaders **André Schwelling** medienwirksam einen Kranz (schwarz-weiß-rote Schleife *„Unseren toten Helden zur Ehre“*) auf dem Ehrenmal des Friedhofes plazieren.

Desweiteren wurden in den letzten Jahren regelmäßig Veranstaltungen der Jusos Henstedt-Ulzburg von Schwelling und seiner Naziskin-Gruppe gestört und zum Teil gesprengt.

Mit unseren Aktionswochen wollen wir als AntifaschistInnen Präsenz zeigen und dem reaktionären Gedenken etwas entgegensetzen!

Protest gegen das reaktionäre Heldengedenken in Henstedt-Ulzburg 16.11. 1997

Geplante Veranstaltungen

(Ort und Zeit standen zu Redaktionsschluß leider noch nicht für alle Veranstaltungen fest, achtet auf aktuelle Ankündigungen!)

Aktionswochen vom 1. bis 16. November

Kino : „Als Soldaten Mörder wurden"

Der Film setzt sich mit den Verbrechen der Wehrmacht auseinander und widerspricht dem Mythos der „sauberen Wehrmacht".

4.11., 20 Uhr, Palette-Kino, Ohechaussee, Norderstedt
(+Referat „Verbrechen der Wehrmacht")
7.11., 22 Uhr, Palette-Kino, Norderstedt

Informations- und Mobilisierungsveranstaltung : „Kein Heldengenken in Henstedt-Ulzburg"

In einem Vortrag wird die Geschichte des „Kraft durch Freude"-Geländes am Beckersberg durch Fotos und Archivtexte dargestellt, außerdem wird über den Reaktionär Krumpeter und NS -Petersen informiert.
Wir mobilisieren für die Straßenumbennungen und für die Protestaktionen gegen das „Heldengedenken".

3.11., 19.30 Uhr, Soziales Zentrum, Ulzburger Str. 6, Norderstedt
10.11., 19 Uhr, Bürgerhaus, Henstedt-Ulzburg
(+ Film „Als Soldaten Mörder wurden")

Podiumsdiskussion :

Volkstrauertag oder „Heldengedenken" auf dem Beckersberg ?

Vertreter örtlicher Parteien, Verbände und antifaschistischer Gruppen diskutieren mit dem Publikum.

Straßenumbenennung :

Keine Ehrung von NS -Tätern in Henstedt - Ulzburg

Die von uns beantragte Straßenumbenennung der Heinrich Petersen Straße und des Krumpeterweges wird in antifaschistischer Selbsthilfe durchgeführt. Die H. Petersen-Straße wird in Josef Tichy Weg (in Henstedt erschossener KZ-Häftling) umbenannt. Der Krumpeterweg wird den Namen eines im Faschismus oppositionellen Sozialdemokraten aus Ulzburg erhalten.

Protestveranstaltung 16.11. („Volkstrauertag")

Vormittags: Verhindern wir die Kranzniederlegung der örtlichen Faschisten an der Henstedter Kirche !

Nachmittags: Kein reaktionäres Gedenken am Beckersberg! Den Geschichtsverdrehern entgegentreten !

Reaktionärem Gedenken der offiziellen Verbände und Parteien soll hier angemessen begegnet werden. Ein Protestzug geht von Kisdorf-Feld zum Beckersberg. Am Ort der Erschießung des KZ-Häftlings Josef Tichy durch SS - Männer in Kisdorf - Feld wird eine Gedenktafel für die Opfer des Faschismus angebracht.

Die Kampagne wird unterstützt von :

Gruppe AntifaschistInnen Norderstedt (GANo), „Aurora" Autonomer Infoladen Norderstedt, Jungsozialisten Ortsgruppe Henstedt - Ulzburg, Die Falken Ortsgruppe Henstedt- Ulzburg

Weitere Infos: Aktionsbündnis „Kein Heldengedenken"
c/o Soziales Zentrum Norderstedt
Ulzburger Straße 6a
22850 Norderstedt
Tel.: 040/52950103 ; e-mail: gano@inferno.nadir.org.

Fascho bei Stadtfest verletzt

Beim Norderstedter Stadtfest am 9. August kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen 20 Mitgliedern der regionalen Fascho-Szene und einer etwa gleichgroßen Gruppe von jugendlichen AussiedlerInnnen . Dabei wurde **Nils Wagner**, rechter Hooligan aus Henstedt-Ulzburg, mit einer Eisenstange schwer am Kopf verletzt. Beim Kaltenkirchener Jahrmarkt, Anfang September, blieben die erwarteten massiven Auseinandersetzungen zwischen AussiedlerInnen und Nazis aus. Ein massives Polizeiaufgebot hatte etwa 200 Nazis und 150 AussiedlerInnen erwartet.

Neonazi-Zeltlager bei Parchim

Für die erste Augustwoche lud die Jugendorganisation der NPD per Flugblatt zu einem Zeltlager in der Nähe von Parchim ein. Von den Teilnehmern wird *„absolut deutsches Verhalten"* und *„soldatische Handlungsweise"* erwartet. Zu den Prorammpunkten gehören Märsche und Nahkampfausbildung. Die *Jungen Nationaldemokraten* versuchen mit dem Zeltlager, ihren Einfluß auf die große Zahl noch unorganisierter faschistischer Jugendlicher in Mecklenburg-Vorpommern zu verstärken.

Remer tot

Am 4. Oktober verstarb der Altnazi und Auschwitzleugner **Otto Ernst Remer** mit 85 Jahren in der Nähe der südspanischen Stadt Malaga. Remer war als Kommandeur des Berliner Wachregiments „Großdeutschland" maßgeblich an der Niederschlagung des Aufstandes vom 20. Juli 1944 beteiligt. Dafür war er durch Hitler zum Generalmajor befördert worden. 1992 war der Geschichtsrevisionist wegen Verbreitung der „Auschwitz-Lüge" zu 22 Monaten Haft verurteilt worden. 1994 wurde das Urteil rechtskräftig. Daraufhin flüchtete Remer nach Spanien. Ein Auslieferungsantrag der BRD war noch im letzten Jahr durch den Spanischen Obersten Gerichtshof abgelehnt worden.

Schon gehört?

In den Ruhestand tritt in diesen Wochen der Flensburger Hochschulprofessor **Wolfgang Stribrny**. Der eingefleischte Antikommunist war seit etwa 40 Jahren in monarchistischen Kreisen wie dem *Zollernkreis* oder *Tradition und Leben* aktiv. Wiederholt hielt er auch Vorträge bei den Revanchistenverbänden.

Beim 8. Bundesparteitag der extrem rechten *Deutschen Sozialen Union* (DSU) in Leipzig wurde **Alexander von Waldow** (Eckernförde) zu einem der drei stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt. Waldow, 1994 kurzfristig im SH-Landesvorstand des *Aufbruch '94*, war im November 1996 auch stellvertretender Vorsitzender des *Wählerbund Deutschland* geworden.

Unter einer Postfachadresse in Burg/Dithmarschen betreibt **Tim Schatowitz** seit einigen Monaten den *Buchdienst Nord*. Dasselbe Postfach dient nun auch als Bestellanschrift des *Asgard-Versandes*. Im Angebot finden sich Bücher zur Waffen-SS sowie gegen die Ausstellung des *Hamburger Instituts für Sozalforschung* über die Verbrechen der Wehrmacht sowie "Tonträger" mit Nazi-Musik.

Schon gehört?

Ingeborg Akkermann (Kiel) leitete Ende Juni den "Zweiten Frauentag des RBF" (*Republikanischer Bund der Frauen*). Die Veranstaltung fand im Stuttgarter Landtag statt, in dem die REP mit einer starken Fraktion vertreten sind. Akkermann (REP-Mitgliedsnummer; 13049) sitzt seit 1992 im REP-Bundesvorstand, zuletzt als Bundesschriftführerin.

Voll des Lobes äußerte sich Mitte August **Gerd-Roland Kaczenski** aus Oersdorf in der *Segeberger Zeitung* über die jüngste Forderung des SPD-Ministerpräsidenten Gerhard Schröder nach schnellerer Abschiebung kriminalisierter Einwanderer. Seinen Leserbrief beendet er allerdings mit der Forderung, dann doch lieber gleich das Original, sprich: die REP, zu wählen. Kein Wunder, war Kaczenski doch 1995 stellvertretender Landespressesprecher der REP in Schleswig-Holstein und deren stellv. Landesvorsitzender.

Ausführlich Rede und Antwort steht **Kai Stüwe** (Reinfeld), Frontmann der Nazi-Musikbands *Freikorps* und *Holsteiner Jungs* der im September erschienenen jüngsten Ausgabe von *RockNord*. Darin dementiert er entschieden, nicht mehr zur faschistischen Szene zu gehören, und kündigt neue Live-Konzerte von *Freikorps* an.

Norwegen: Rechtsruck statt Fortschritt

Der Sieger der Wahlen zum norwegischen Storting heißt Carl Hagen, ist 53 Jahre alt und der Jörg Haider des Fjordlandes. Seine „Fremskrittsparti“ (Fortschrittspartei) verbuchte 15,3%, verdreifachte damit ihr Ergebnis.

Mit sozialer Demagogie, Appellen ans „Nationale“ und der Hetze gegen Flüchtlinge läßt sich auch im traditionell fortschrittlich-demokratischen Norwegen Stimmung machen.

Hagens Erfolg ist direkt mit den Stimmenverlusten der bürgerlich-demokratischen Parteien verbunden: während Norwegens Sozialdemokratie kaum an Stimmen einbüßte, gruppierte sich das bürgerliche Spektrum um: Zentrum und Konservative verloren drastisch, die Liberalen sind mit sechs statt einem Abgeordneten vertreten, die Christliche Volkspartei konnte ihr Ergebnis verdoppeln. Die Sozialistische Linke mußte ebenfalls drastische Verluste hinnehmen. Die Rote Wahlallianz, ein Bündnis aus verschiedenen linken/marxistischen Parteien und Organisationen dagegen konnte Zuwächse verzeichnen, scheiterte aber im entscheidenden Oslo und verlor damit den bisherigen Parlamentssitz.

7 Parteien sitzen im Storting, 25 Sitze der insgesamt 165 sind mit Hagens Kameraden belegt. Die nächsten vier Jahre ergeben sie die Tribüne für die Fremskrittsparti: insbesondere seine Versprechungen, Norwegens Ölmilliarden an alle gerecht zu verteilen, haben ihr Symphatien eingebracht. In puncto Rassismus hielt Hagen sich stärker zurück, beließ es bei unterschwelliger Xenophobie. Seine soziale Demagogie zielte auf eine Neuauflage des Wohlfahrtsstaates ab, der in den letzten Jahren auch gerade von der Sozialdemokratie abgebaut wurde.

Österreich: Briefbombenterror gestoppt?

Am Samstag, den 04. Oktober wurde der mutmaßliche österreichische Briefbombenattentäter Franz Fuchs zufällig festgenommen. Der 48jährige Vermessungstechniker aus dem Dorf Gralla in der Steiermark war bei einer Verkehrskontrolle schwer verletzt worden.

Eine Rohrbombe war in seinen Händen explodiert und hatte ihm beide Hände und einen Unterarm abgerissen. Bei der Durchsuchung seiner Wohnung fand die Polizei mehrere Sprengkörper, Bauteile, Konstruktionspläne, 60 Disketten und einen Computer, sowie das Typenrad einer Schreibmaschine, dessen Schriftart identisch mit der eines Bekennerschreibens von einem Anschlag im Jahr 1995 ist. Der sichergestellte Sprengstoff (1,7 kg Nitrozellulose und 80 g Nitroglycerin) ist in seiner Reinheit sehr ähnlich jenem, der auch bei den Bombenanschlägen verwendet worden war. Gegen Fuchs wurde Haftbefehl erlassen. Die Serie der Brief- und Rohrbombenanschläge hat seit 1993 in Österreich und Deutschland vier Menschenleben und 15 Verletzte gefordert. Zu den Anschlägen hatte sich die *Bajuwarische Befreiungsarmee* (BBA) bekannt. Der schwerste Anschlag wurde am 05. Februar 1995 verübt. Bei der Explosion einer Sprengfalle waren im Burgenland vier Roma getötet worden.

Auch nach Deutschland wurden Briefbomben verschickt. Eine war an den stellvertretenden Lübecker Bürgermeister Dietrich Szameit adressiert. Sie verletzte am 13. Juni 1995 den Geschäftsführer der SPD-Fraktion in der Lübecker Bürgerschaft, Thomas Rother, an der Hand. Franz Fuchs hat in der Zwischenzeit ein Teilgeständnis abgelegt. Er gab seine Mittäterschaft zu und gestand, für die BBA Botendienste verrichtet und drei Bekennerschreiben verfaßt zu haben. Die Namen möglicher Komplizen nannte er bisher jedoch nicht. Offenbar waren weitere Anschläge in Vorbereitung. Im Computer des Verdächtigen fand sich der Entwurf eines Bekennerschreibens. An einer in einem Blumentopf verborgenen Sprengfalle hieß es auf einem Zettel: *„BBA -Wir wehren uns- Friedrich der Streitbare.“*

Ob die Briefbombenserie damit ein Ende hat, hängt ganz entscheidend davon ab, ob Fuchs' Komplizen in allernächster Zukunft gefaßt werden können oder nicht.

Faschistische Positionen gewinnen an Boden - Die rechte Formierung schreitet voran

Frankreich: Der ungebremste Aufstieg des Front National

Unter dem Titel „Mit Jean-Marie Le Pen - Die große Veränderung“ trat der faschistische* Front National *(FN) in diesem Frühsommer zu den Parlamentswahlen in Frankreich an. Das Wahlprogramm bestand aus drei Themen:„Die soziale Gerechtigkeit“, „Immigration - Die Franzosen zuerst“ und „Unsicherheit - Die republikanische Ordnung (wiederherstellen)“. Mit knapp 15% der Stimmen hat die Partei den Stimmenanteil ihres Parteichefs Jean-Marie Le Pen von den Präsidentenwahlen 1995 wiederholt, obwohl dieser bisher bei Präsidentschaftswahlen höher abschneidet als bei Parlamentswahlen.

So zeigt der Wahlausgang, daß die neofaschistische Organisation inzwischen zu einem eigenständigen und dauerhaften Faktor in der französischen Gesellschaft geworden ist. Auf den *Front National* beziehen sich auch die bürgerlichen Parteien, so daß es ihm gelingt, auf vielfältige Weise seine Politik des Rassismus und des „Starken Staates“ voranzutreiben.

Massenbasis

Dem *Front National* ist es in den letzten zehn Jahren gelungen, eine Massenbasis aus Angehörigen aller sozialen Schichten herzustellen. Hatte der FN nach seinem Durchbruch bei den Wahlen 1983/4 überwiegend kleinbürgerlich-reaktionär eingestellte Menschen von den konservativen Parteien abgezogen, so gewann er ab 1988/89 auch für enttäuschte WählerInnen der Linken an Attraktivität. Hintergrund dieser Entwicklung war der Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten und die Bilanz der regierenden Sozialisten unter Mitterand. Der *Front National* stellte sich auf diese Situation ein, indem er die soziale Demagogie betonte, d.h. alle sozialen Versprechen rassistisch begründete und eine scharfe Frontstellung gegen das bürgerliche Lager und „das System“ einnahm, um so als Systemopposition zu erscheinen. Nach der Niederlage bei den französischen Parlamentswahlen sind Frankreichs bürgerliche Parteien gespalten. In den Parteigremien der liberalen UDF und der gaullistischen RPR sind immer mehr Abgeordnete und Funktionäre bereit, den *Front National* auch offiziell in das rechte Lager einzubeziehen. Auf örtlicher und regionaler Ebene, wo der FN vier Stadtbürgermeister und über 800 Abgeordnete in Stadt-, Departement- und Regionalparlamenten hat, ist die neofaschistische Partei längst zu einem Machtfaktor geworden, an dem die bürgerlichen Parteien nicht vorbeikommen. Schließlich war auch bereits die scharfe Abschreckungspolitik des früheren Innenministers Pasqua gegen Flüchtlinge und (illegalisierte) EinwanderInnen zum Teil davon bestimmt, dem FN rassistische WählerInnen abspenstig zu machen.

FN-Führer Jean Marie Le Pen

52,48 % für FN-Megret

Im Februar 1997 gewann der *Front National* in Vitrolles zum vierten Mal eine Bürgermeisterwahl. **Catherine Megret** erhielt in der Stichwahl gegen einen Kandidaten der Sozialistischen Partei 52,48% der Stimmen. Den Titel *„oberster Berater der Bürgermeisterin“* in Vitrolles trägt ihr Ehemann **Bruno Megret**, Nr. 2 in der FN-Hierarchie, der wg. unsachgemäßer Verwendung von Wahlkampfgeldern verurteilt worden war und deshalb nicht selbst kandidieren konnte. Im Mittelpunkt des FN-Wahlkampfes standen die Themen „Korruption“ und „Law & Order“; in den vom FN regierten Kommunen versucht die neofaschistische Partei, kritische Kultur durch Entzug der Finanzierung mundtot zu machen und die ausgrenzende rassistische Politik des „den Franzosen zuerst“ im Alltag weiter zu verankern.

Rassismus nicht abschreckend

Verurteilungen hoher Spitzenfunktionäre des *Front National* wg. rassi-

„Nein zur extremen Rechten"
- antifaschistische Demonstation in Paris

stischer Äußerungen, die Verstrikkung in die Friedhofsschändung von Carpentras vor einigen Jahren oder die antisemitischen Ausfälle ihres Parteichefs Le Pen haben der neofaschistischen Partei dauerhaft bisher nicht Schaden können; eher ist zu fragen, ob diese nicht zielgerichtet dazu dien(t)en, Teile des neofaschistischen Lagers bzw. entsprechend denkende Menschen an die Partei zu binden. Die neofaschistische Partei ist in den Jahren ihres Aufstiegs stark auf Le Pen zugeschnitten gewesen; bei den diesjährigen Parlamentswahlen war er nicht Spitzenkandidat der Partei. Das Wahlergebnis selbst wird von führenden FN-Funktionären so interpretiert, daß der FN *„gegenwärtig ohne Le Pen existieren kann"*.

Für verschiedene gesellschaftliche Sektoren existieren inzwischen auch FN-nahe Organisationsstrukturen: *Front National de la Jeunesse* (Jugend), der berüchtigte Ordnerdienst, FN-nahe Arbeitgeberzirkel, Pseudogewerkschaften, „Kulturorganisationen", ultra-katholische Gruppierungen und Familienberatungsstellen sowie FN-Zellen in der Polizei und bei den Spezialeinheiten der CRS.

Soziale Demagogie

Die Betonung sozialer Themen ist seit einiger Zeit ein Schwerpunkt des FN. 1997 kündigte Le Pen an, auf der 1.Mai-Demonstration seiner Partei würden mehr Menschen teilnehmen als an den gewerkschaftlichen Kundgebungen; jede soziale Forderung wird rassistisch aufgeladen. So sind auch die vom FN an zentraler Stelle in Paris betriebenen sog. Volksküchen für „bedürftige Franzosen" Teil dieser sozialen Demagogie.

Die bürgerlichen Parteien mit den Innenministern Pasqua und Debres haben mit ihrer diskriminierenden und ausgrenzenden Migrations- und Flüchtlingspolitik dazu beigetragen, daß die rassistische Hetze des *Front National* auf fruchtbaren Boden gefallen ist. Auch wenn es von linken und demokratischen Kräften sowie von Flüchtlingen und EinwanderInnen selbst (Bewegung *Sans Papiers*) Proteste und Widerstand gegeben hat, ist die rechte Formierung vorangeschritten.

Informationsveranstaltungen in Norddeutschland

Der *Front National* ist für große Teile des bundesdeutschen Neofaschismus ein Vorbild. Über den *Front National*, seine Erfolgsbedingungen, den Umgang der bürgerlichen Parteien und antifaschistische Gegenwehr informiert Bernhard Schmid im Rahmen einer Veranstaltungsreihe in Norddeutschland. Bernhard Schmid lebt in Paris und schreibt für mehrere antifaschistische Zeitungen.

27.10.1997	*Oldenburg*	*Alhambra*	*20.30 Uhr*
28.10.1997	*Bremen*	*Schlachthof / Findorffstr. 51*	*20.00 Uhr*
29.10.1997	*Bad Oldesloe*	*Über der Kleiderkammer / Lübecker Str. 6*	*19.00 Uhr*
30.10.1997	*Lübeck*	*alternative / Willy-Brandt-Allee 9*	*19.30 Uhr*
31.10.1997	*Kiel*	*pumpe / Haßstraße 22*	*19.30 Uhr*
02.11.1997	*Flensburg*	*Volksbad / Schiffbrücke*	*19.30 Uhr*

Die Veranstaltungsreihe wird von *LEVANTI - Projekt Undogmatische Linke* organisiert. In Oldenburg/Old. findet sie zusammen mit dem ALHAMBRA statt, in Flensburg gemeinsam mit dem A-Jugendbündnis.

Fahrt der „Friedensterroristen" - Eine Reise durch Kurdistan

Unter dem Motto „Es ist höchste Zeit für den Frieden" sollte am 26.8.97 von Brüssel aus ein Sonderzug über Köln, Wien, Sofia und Istanbul nach Diyarbakir in Kurdistan starten, den die Initiative „Appell von Hannover" und Hans Brandtscheid von Medico International organisiert hatten.

Iman Gasson Solomon vom ANC (Südafrika) auf der Pressekonferenz in Istanbul

Ziel der Reise war es, mit Tausenden EuropäerInnen nach Diyarbakir zu reisen, dort an einem Friedensfestival teilzunehmen und somit für Verhandlungen für eine politische Lösung zu demonstrieren. Der „*Musa-Anter-Friedenszug*" zum Gedenken an den von türkischen Sondereinheiten ermordeten Schriftsteller und Journalisten sollte eine Friedensbotschaft überbringen und auch wieder mit einer Friedensbotschaft von den Menschen aus Kurdistan zurückreisen.

Doch der Zug wurde schon früh gestoppt - nicht etwa von der türkischen Regierung, nein, Herr Kanther verkündete, daß sei alles „*PKK-Propaganda*", übte Druck auf die Deutsche Bahn aus und verhängte ein Einreiseverbot für alle Nicht-Deutschen-TeilnehmerInnen, darunter auch zwei Friedensnobelpreisträger. Als die DB schließlich den Vertrag über den Sonderzug kündigte, beschlossen etwa 200 Delegierte, trotz allem per Flugzeug nach Istanbul zu reisen, dort an der Friedenskundgebung teilzunehmen und dann mit GewerkschaftlerInnen, MenschenrechtlerInnen, der HaDep-Partei und anderen im Bus nach Diyarbakir zu reisen.

Wir kamen dann am 28.8.97 in Istanbul an und besuchten zunächst die HaDep, die Özgür Politika (pro kurdische Tageszeitung) und den IHD (Menschenrechtsverein), wo eine Pressekonferenz mit dem ANC-Angehörigen Iman Gasson Solomon aus Südafrika stattfand, der sich auch an der Fahrt nach Diyarbakir beteiligte. Danach besuchten wir das Mesopotamische Kulturzentrum in Aksaray, in dem für die europäischen TeilnehmerInnen ein Konzert organisiert wurde. Auf diesem Konzert hielt auch die Frau von Musa Anter einen Redebeitrag und bekräftigte die politischen Forderungen ihres Mannes, für die er ermordet wurde. Der „Musa-Anter-Friedenszug" hatte in der Türkei ein deutlich größeres Echo als in Europa, überall hingen Plakate aus, kurdische und viele türkische Zeitungen hatten darüber berichtet.

Wir besuchten ebenfalls die Kundgebung der „*Samstags-Mütter*" in Aksaray, das sind Angehörige von in Polizeihaft „Verschwundenen", die sich jeden Samstag dort treffen, Bilder ihrer Freunde und Verwandten zeigen und Aufklärung über deren Schicksal fordern.

Am 31.8.97 fand im Istanbuler Stadtteil Kadiköy die Friedenskundgebung statt. Schon früh am Morgen hatten türkische Polizeieinheiten alle Zufahrtsmöglichkeiten

Friedenskundgebung in Kadiköy

Polizeisperre vor Gaziantep

In Urfa hatten sich etwa 300 Menschen an der Straße versammelt, um uns zu begrüßen, abgesperrt von einer Polizeikette. Wir erfuhren später, daß die Polizei danach 250 von ihnen für einige Stunden in Haft genommen hatte. Auch die Freunde in Istanbul, bei denen wir übernachtet hatten, waren für einen Tag verhaftet worden. Bei ihnen hatte ein Polizeiaufgebot das Haus gestürmt und alle mitgenommen, die sich darin befanden, auch die Frauen und Besucher. Anschließend wurde das Haus durchsucht.

über den Bosporus, also Straßen, Züge, Straßenbahnen und Dampfer abgeriegelt und Kontrollposten aufgestellt. Der gesamte Stadtteil Kadiköy war von Polizei umstellt, manchmal befanden sich bis zu drei Kontrollstellen mit etwa 20 Polizisten in einer Straße.

Obwohl dadurch viele Menschen gehindert wurden, zur Kundgebung zu gelangen, versammelten sich auf dem Busparkplatz in Kadiköy etwa 60 000 Menschen. Dort standen auch ungefähr 1500 Polizisten und Sondereinheiten der Polizei mit Helmen und Schildern, außerdem einige Wasserwerfer. Zu unserer Überraschung wurde die Kundgebung selbst nicht angegriffen. Später hörten wir, daß die erste Gruppe von Menschen, die sich dort versammeln wollte, von der Polizei niedergeknüppelt wurde, wobei ein Mann einen Herzinfarkt erlitt. Vielleicht war das der Grund, warum die Polizei nicht einschritt, vielleicht waren aber auch einfach zu viele Menschen dort.

Die Leute tanzten, sangen und riefen Parolen wie *„Die Waffen müssen schweigen - Frieden sofort“*, Abgeordnete von HaDep und ÖDP hielten Redebeiträge für eine friedliche Lösung in Kurdistan. Sie alle setzten große Hoffnungen in die Anwesenheit der europäischen TeilnehmerInnen und die Friedensfahrt nach Diyarbakir. Als es dann losging in die Busse, schüttelten uns wildfremde Menschen begeistert die Hände oder nahmen uns in die Arme. Der Polizeihubschrauber begleitete uns noch bis nach Istanbul hinaus, etwa neun Busse begannen die Reise, die eigentlich in Diyarbakir auf dem Friedensfestival enden sollte. Die rechtliche Situation war äußerst unklar: Vertreter der Polizei schrieben in den Zeitungen, wer PKK-Propaganda betreibe, dürfe nicht nach Diyarbakir einreisen. Das hatten wir auch nicht vor, wir wollten für den Frieden demonstrieren. Das Friedensfestival war nicht verboten worden, und die Busse von Istanbul aus hatten bis auf einige Paßkontrollen freie Fahrt, zumindest bis etwa Gaziantep, wo wir uns mir 20 anderen Bussen aus Ankara treffen wollten. Dort erwarteten uns auf einer Raststätte etwa 1500 Menschen, sowie 50 Soldaten mit Maschinenpistolen, Polizisten und Polizeipanzer. Die Menschen tanzten und sangen völlig unbeeindruckt vom Militär.

Die Polizei untersagte den Bussen aus Ankara die Weiterreise, auch nach Verhandlungen mit dem „Vali“, dem Provinzgouverneur, wurde nur einem Bus aus Ankara gestattet, sich uns anzuschließen, die anderen mußten zurückfahren.

Von da ab befanden wir uns quasi auf kurdischem Gebiet, und während der gesamten weiteren Fahrt kamen überall Menschen an die Straßen gelaufen, um unsere Busse zu begrüßen und zu winken.

Mittlerweile sprach sich in den Bussen herum, daß in Diyarbakir etwa 2000 Menschen festgenommen worden waren, für die die Polizei eigens Turnhallen angemietet hatte. Die türkische Armee hatte einen Gürtel von Militäreinheiten um Diyarbakir gezogen und alle Straßen abgesperrt. Einige italienische ParlamentarierInnen und Lord Rear aus England waren von der Polizei verhaftet und nach Istanbul abgeschoben worden. Trotzdem hatten sich etwa 20 000 Menschen in Diyarbakir versammelt, um uns zu begrüßen.

Wir wurden dann in Urfa von der Polizei zu unserem Erstaunen auf den Hof einer Militärkaserne kutschiert und dort drei Stunden festgehalten. Der Provinzgouverneur untersagte uns die Weiterfahrt nach Diyarbakir, auch der „Vali“ von Diyarbakir hätte die Einreise der Friedensdelegation verboten. Von da ab war klar, daß wir nicht mit den Bussen nach Diyarbakir kommen würden, wir wollten aber soweit wie irgend möglich fahren. Vielleicht hatten wir auch alle einen Funken Hoffnung, doch noch zum Friedensfestival zu kommen. Doch in Siverek, etwa 100 km vor Diyarbakir, wurde diese Hoffnung von Panzern und Militäreinheiten auf der Straße endgültig vernichtet. Einige TeilnehmerInnen der Friedensfahrt begannen eine Sitzblockade, sangen Friedenslieder und verteilten Blumen an die Soldaten. Doch es wurde uns mitgeteilt, wenn wir jetzt

nicht sofort zurückfahren oder versuchen nach Diyarbakir zu kommen, würde auf uns geschossen werden. So waren wir gezwungen, umzukehren und nach Istanbul zurückzureisen. Wieder in Urfa sollten wir uns mit Mitgliedern des Organisationskomitees dieser Fahrt treffen. Doch der Treffpunkt war bereits von der Polizei umstellt, die brutal auf alle einknüppelte, die auszusteigen versuchten. Einem Mann wurde dabei der Arm gebrochen, ein Jugendlicher hatte schwere Prellungen am Rükken. Von da an wurde aus der Friedensfahrt ein Gefangenentransport. Die Polizei kündigte an, uns ohne stop bis nach Ankara und weiter nach Istanbul zu fahren. Nun hatten die Frauen schon seit einigen Stunden keine Toilette mehr besucht, wir hatten nichts gegessen und auch kein Wasser mehr im Bus. Bis nach Ankara wären es noch 10 Stunden Fahrt gewesen. Unterwegs brach dann eine Frau mit Kreislaufschwäche zusammen, doch als die Busse auf einer Raststätte halten wollten, begann die Polizei sofort wieder zu knüppeln. Glücklicherweise gehörte dann die nächste Raststätte zu einer anderen Provinz, und bevor der dortige „Vali" das Kommando zum Knüppeln geben konnte, waren wir wenigstens auf Toilette gewesen und hatten etwas Wasser getrunken.

Wir beschlossen dann in Ankara zu den Botschaften zu fahren und dort eine Pressekonferenz zu geben, um auf die brutale Behandlung der Friedensgruppen und die Verhaftung der Menschen in Diyarbakir aufmerksam zu machen.

Aber die türkische Presse hatte schon unter der Schlagzeile „*Wir haben die Friedensterroristen hinausgeworfen*" der Bevölkerung vorgegaukelt, man hätte uns schon allesamt abgeschoben, und so geriet die Polizei unter Druck.

Die Abfahrt nach Ankara war von der Polizei abgesperrt, und während mit der Polizei verhandelt wurde, marschierten Einheiten der „Özel Tim", Spezialeinheiten, die auch „Schwarze Käfer" genannt werden und für ihre Brutalität bekannt sind, hinter den Bussen auf.

Einige TeilnehmerInnen hatten aber dann tatsächlich über Handy ihre Botschaften erreicht, es kamen der italienische Botschafter, Angehörige der dänischen, der englischen, finnischen, schweizerischen und spanischen Botschaft. Eigentlich scharrten sich dann alle um irgendeinen Botschaftsangehörigen, nur die Deutschen und die BelgierInnen blieben ganz alleine.

Auch wir hatten unsere Botschaften erreicht, doch die beschieden uns, wir wären selber Schuld und sollten dort verschwinden.

An dieser Stelle möchte ich mich bei allen Freundinnen und Freunden in Deutschland bedanken, die zum Teil ununterbrochen am Telefon saßen, die kurdischen und türkischen Nachrichten verfolgten und sich von dort aus beim Auswärtigen Amt für uns einsetzten. Denn der Deutsche Botschafter kam dann doch noch, viel zu spät, wir waren längst weg, aber er kam.

Kurzum, die „Özel Tim" zogen sich wieder zurück, die Polizei versprach freie Fahrt bis nach Istanbul, eine Einreise nach Ankara war nicht zu erreichen.

Doch kurz vor Istanbul wurden wir wieder gestoppt und die Transparente mit der Aufschrift „Musa-Anter-Friedensdelegation" von den Bussen gerissen. Polizisten in Zivil gingen mit Listen von Bus zu Bus und verhafteten gezielt türkische und kurdische FreundInnen des Organisationskomitees. Dabei wurden mehrere Menschen zu Boden gerissen und von mehreren mit Knüppeln geprügelt und getreten. Der Österreicher Peter Frey wollte protestieren und wurde ebenfalls verhaftet. Andere EuropäerInnen wurden von der Polizei in die Busse zurückgeschubst. Ein Journalist wurde von der Polizei in einen Wagen geschleppt, doch ein Reporter von „ntv" konnte ihn wieder herausholen. Es war schlimm, völlig hilflos im Bus zu sitzen und mitanzusehen, wie andere draußen verprügelt wurden. Doch ein gemeinsames entschlossenes Vorgehen war mit einer Gruppe von 200 völlig unterschiedlichen Menschen, die sich kaum kannten und denen in acht verschiedenen Sprachen übersetzt werden mußte, nicht möglich, ohne daß es eine hohe Zahl von Verletzten oder sogar Tote gegeben hätte. Das schlechte Gefühl, die Verhafteten im Stich gelassen zu haben, blieb dennoch für alle. Die Polizei kam dann in die Busse, beschlagnahmte Aufkle-

Militär versperrt die Weiterfahrt in Sivarek

ber usw. zum Friedenszug und kontrollierten alle Pässe.

15 Menschen wurden verhaftet, danach tauchte der italienische Botschafter auf und erreichte, daß wir ohne weitere Unterbrechung zum Hotel MIM in Istanbul fahren konnten. Am nächsten Morgen sollte eine Pressekonferenz stattfinden, die dann aber von der türkischen Polizei verboten wurde. So beschlossen wir, uns im Hotel mit der Presse zu unterhalten. Es waren viele JournalistInnen anwesend. Kurt Rauchfuss von *medico international* erklärte den Zweck der Friedensdelegation und schilderte die Vorgänge während der Fahrt.

Währenddessen wurden vor dem Hotel Polizeieinheiten zusammengezogen, die ersten „Özel Tim - Einheiten" tauchten auf. Die Polizei wies an der Eingangstür alle JournalistInnen ab, die noch versuchten zur Pressekonferenz zu kommen. Inzwischen war der stellvertretende Polizeichef von Istanbul, Mehmed Cakir -ein kleiner dicker Mann, der die ganze Zeit total aufgelöst in sein Handy brüllte-, im Hotel angekommen und versuchte, mit Polizisten in Zivil die Presseversammlung zu stören. Ich stand vor dem Raum und ein Polizist in Zivil erklärte mir auf Englisch, daß gleich alle verhaftet werden würden. Dann kam eine Engländerin mit völlig verstörtem Gesicht durch die Hotelhalle gelaufen und wurde von einem Polizisten in Zivil festgehalten und weggeschleppt. Sie begann zu schreien, deshalb kamen die Menschen aus der Pressekonferenz herausgelaufen, um ihr zu helfen. Gleichzeitig versuchten die „Özel Tim", das Hotel zu stürmen. Eine Frau hatte ihren Fuß noch in der Drehtür der Eingangshalle, die „Özel Tim" drückten dagegen und das Glas zersprang. Der Frau wurde der Fuß zertrümmert, die Glasscherben zerschnitten ihr das Bein. Alle, die im Eingangsbereich der Hotelhalle standen, wurden brutal niedergeknüppelt, getreten und weggeschleppt. Einer Frau wurde dabei der Halswirbel angebrochen, andere hatten blutüberströmte Gesichter. Die „Özel Tim" verhafteten 18 Menschen, darunter 11 Deutsche, 1 Italiener, 2 Spanier, 1 Däne, zwei türkische Journalisten und einen Angehörigen des britischen Konsulats. Die Verhafteten wurden im Polizeibus weiter mißhandelt. Der Polizeichef erklärte uns dann, daß wir alle verhaftet seien und wegtransportiert werden würden.

Inzwischen war der britische Konsul vorgefahren, die Polizei wollte auch ihm den Zutritt durch körperliche Gewalt verwehren, doch er konnte in das Hotel hineinkommen und mit der Polizei Verhandlungen beginnen. Anwesend war auch ein Vertreter des deutschen Konsulats, der ebenfalls zu verhandeln versuchte.

Danach baute sich wieder der Polizeichef vor uns auf, erklärte, daß wir ein Sicherheitsrisiko für die Türkei seien. „*Sollte von jetzt ab jemand gegen die türkischen Gesetze verstoßen, wird er hart behandelt und von uns abgeschoben werden*".

Eine Pressekonferenz stellt ein Sicherheitsrisiko für die Türkei dar! Am Abend wurde uns das Hotel gekündigt, der Herr vom deutschen Konsulat fand ein anderes. Doch dort angekommen, standen wir auf dem Parkplatz herum und mußten erfahren, daß dann doch keine Zimmer frei waren. Die Polizei hatte angerufen und gefragt, ob das Hotel zwei Busse voller Terroristen aufnehmen wolle. Wollte es nicht.

Danach fuhren wir etwa drei Stunden unter Polizeibegleitung durch Istanbul, aber auch begleitet von vielen Sympathiekundgebungen aus der Bevölkerung, am Flughafen vorbei, (sie wollten uns immer noch nicht abschieben) bis der italienische Botschafter schließlich ein Hotel für uns fand. Am nächsten Morgen hatten wir unseren Abflugtermin und kamen auch überraschend völlig unbehelligt aus dem Hotel und der Türkei hinaus. Die 15 Menschen, die vor Istanbul verhaftet wurden, sind inzwischen wieder frei. Die 18 Menschen aus dem Hotel wurden mittlerweile abgeschoben, nachdem man sie dem Staatsanwalt und Haftrichter vorgeführt hatte. Die beiden verletzten Frauen hatten bis zum 10.9.97 unter Polizeiaufsicht im Krankenhaus gelegen und sind auch wieder in Deutschland.

Lxemburg hat gegen die Aufnahme der Türkei in die EU aufgrund der Vorfälle protestiert, Großbritanien hat offiziell protestiert, Südafrika erwägt nun ein Waffenembargo gegen die Türkei.

Der türkische Staatsanwalt hatte vor dem Haftrichter betont, daß doch auch Herr Kanther die Delegierten der Friedensfahrt als Terroristen bezeichnet hätte.

Und wirklich hat das Verbot des Herrn Kanther die Türkei offenbar ermuntert, mit einer solchen Härte gegen die TeilnehmerInnen vorzugehen. Wenn Herr Kinkel also sagt, die Türkei dürfte nicht in die EU, weil sie ihre Hausaufgaben in der Kurdenfrage und in Sachen Menschenrechte nicht gemacht hätte (KN, 10.9.97), dann hat Herr Kanther das Klassenziel nicht erreicht und gehört zurückversetzt in den Kindergarten, um endlich einmal etwas in Sachen Demokratie und Menschenrechte zu lernen.

In Kurdistan muß eine politische Lösung gefunden werden, in einigen Regionen grassieren mittlerweile Cholera und Ruhr, die Menschen sterben wie die Fliegen, wenn sie nicht in die großen türkischen Städte flüchten können. Auch dort leben sie unterhalb jeder menschenwürdigen Grenze. Es ist höchste Zeit für den Frieden in Kurdistan!

Ich möchte mich auch noch einmal bei allen TeilnehmerInnen der Friedensdelegation bedanken, die gezeigt haben, daß überall in Europa Menschen für Frieden und Demokratie kämpfen, und die sich von dem türkischen Regime nicht einschüchtern ließen. Und einen besonderen Gruß an alle Freundinnen und Freunde in der Türkei und in Kurdistan, die ständig unter diesen und schlimmeren Bedingungen kämpfen, die wir jetzt ein paar Tage lang erfahren mußten.

Geçmis Oslun

- möge es vorübergehen!

Buchbesprechung (Teil 2)

Ein Leben zwischen Hitler und Carlos: Francois Genoud

Limmat Verlag 1996, Karl Laske

Hier nun die Fortsetzung der Buchbesprechung über den widersprüchlichen Schweizer Genoud, der sowohl Anhänger nationalsozialistischer Ideologie als auch des arabischen Nationalismus war.

Neben seinen Verlags- und Bankgeschäften fungierte Genoud auch weiterhin als treibende Kraft innerhalb der NS-Netze.

Geplanter Austausch von Eichmann

Nach der Entführung von Adolf Eichmann durch den israelischen Geheimdienst im Jahr 1960 wurden diese Kreise auf zwei Ebenen tätig. Der in Damaskus lebende Alois Brunner, der direkt unter Eichmann gearbeitet hatte, setzt auf eine militärische Lösung. Er nahm Kontakte zu ehemaligen Angehörigen der Division Brandenburg auf und zog den syrischen Geheimdienst ins Vertrauen. Brunner plante den Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses Nahum Goldmann zu entführen und gegen Eichmann auszutauschen. Den Entführten wollte er auf von der algerischen Befreiungsbewegung FLN kontrolliertem Gebiet verstecken. Die FLN so nahm er an, würde einem ihrer wichtigsten Waffenlieferanten diese Unterstützung nicht abschlagen. Doch der Plan flog auf und wurde aufgegeben.

Francois Genoud organisierte die andere Ebene der Eichmann-Hilfe. Sofort nach Bekanntwerden engagierte er den Anwalt Robert Servatius, der bereits bei den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen hochrangige Nazis verteidigt hatte. Obwohl Eichmann, entgegen Genouds drängenden Anweisungen, Aussagen machte, finanzierte dieser die Verteidigung. Ab 1961 besuchte Genoud regelmäßig die in Frankreich inhaftierten „historischen Führer" der FLN. Diese Besuche konnten nur mit Genehmigung höchster französischer Stellen erfolgen. Offensichtlich genoß Genoud bei diesen Stellen das Vertrauen, als Mittelsmann zwischen den Inhaftierten und der FLN die direkten Verhandlungen zwischen Frankreich und der aktuellen Führung der Befreiungsbewegung positiv zu beeinflussen. Innerhalb dieser Tätigkeit lernte er den französischen Anwalt Jacques Vergès kennen. Vergès Lebenslauf stand in krassem Gegensatz zu dem des Altnazis Genoud.

Als Mitglied der Resistance war er 1945 der Kommunistischen Partei beigetreten, hatte in Paris gemeinsam mit Pol Pot studiert und sich an dessen Seite politisch betätigt. Über seine Arbeit in der Kommunistischen Internationale hatte er weitreichende Kontakte zu Befreiungsbewegungen des Trikonts geknüpft.

Nazis und Linke „im selben Netz"

So kurios die Zusammenarbeit von zwei so unterschiedlichen Männern scheint - die Realität war, daß im Rahmen der Solidaritätsarbeit für Algerien, Linke und Nazis zwar nicht „zusammen" aber doch „im selben Netz" arbeiteten. So wurde einerseits von der FLN in Zusammenarbeit mit linken Gruppen ein „Kofferträger-Netzwerk" errichtet, das die in Frankreich bei algerischen Arbeitern gesammelten Gelder zusammentrug und außer Landes schaffte. Für die Verwaltung der Gelder und wichtige finanzielle Transaktionen war dann unter anderen der Altnazi Genoud und seine BCA zuständig.

FLN-Gelder

Auf den Konten der BCA entstand ab 1962 der sogenannte „Kriegsschatz der FLN". So entstand auf den BCA-Konten bis 1963 ein Guthaben von 40 bis 50 Millionen Schweizer Franken. In der Folgezeit jedoch kam es zum Bruch innerhalb der neuen Regierung Algeriens. Khider tauchte im Ausland ab, die auf seinen Namen laufenden Gelder „verschwanden" auf anderen Konten der BCA - Algerien sollte den größten Teil des FLN-Kriegsschatzes nie wieder sehen. 1974 entschied ein Schweizer Bundesgericht, daß Algerien wegen des Schatzes keine Ansprüche gegen die BCA geltend machen kann. Für Genoud hatte all dies weitreichende Folgen. Sein Bankinstitut in Genf wurde durchsucht, er in Algerien verhaftet. Erst nach erheblichen Auseinandersetzungen und unter Druck aus Ägypten wurde Genoud später freigelassen. Mit dem Putsch der Armee durch General Boumedienne gegen Präsident Ben Bella war es mit Genouds Algerienprojekten vorbei.

1967 wurde Khider in Madrid erschossen. Der Tod Khiders, und die Ermordung einiger mit ihm verbundener Personen in den nächsten Jahren, wurden nie geklärt. Khider hatte die FLN-Gelder nicht einfach für sich persönlich unterschlagen. Erhebliche Mittel waren der algerischen Opposition, vor allem aber auch den in Gründung befindlichen palästinensischen Organisationen zugeflossen.

Mittelbar war Genoud Teil dieser Unterstützungsarbeit, denn die Gel-

der lagen immer noch bei der BCA. Nach seinem jahrelangen algerischen Engagement, wurde der palästinensische Befreiungskampf seine nächste große Schlacht. Neben seiner Bekanntschaft mit dem Mufti el-Husseini und Abu Jihad von der Fatah, den er in Algier kennengelernt hatte, unterhielt er Beziehungen zu dem zukünftigen Chef des „Schwarzen September" Ali Hassan Saleh und besonders intensiv zur PFLP (Volksfront zur Befreiung Palästinas). Zu Waddi Haddad, einem der Chefs dieser Organisation unterhielt er ein besonders freundschaftliches Verhältnis.

Der erste junge Europäer, der in dieser Zeit auf palästinensischer Seite starb war Mitglied der Neonazibewegung „Junges Europa" und hatte sich der Fatah angeschlossen. Zwei Vertreter der Fatah nahmen 1996 auch an einer Versammlung der „Europäischen Neuen Ordnung" des Schweitzer Nazis Gaston Amaudruz teil - der Organisation, der sich bis zu seinem Tode der Auschwitzverleugner Thies Christophersen zugehörig fühlte. Die antifaschistische Zeitung *Searchlight* veröffentlichte Jahre später ein Photo dieses Nazikongresses auf dem Genoud eine Ansprache hält.

Carlos

Genoud übernahm für die PFLP die Aufgaben, die er Jahre vorher für die FLN erledigt hatte. Beirut wurde dabei phasenweise zu seinem zweiten Wohnsitz. Zu diesem Zeitpunkt startete die PFLP eine Serie von Anschlägen und Flugzeugentführungen. Genoud lernte einen der Internationalisten kennen, der bei der PFLP ausgebildet worden war: Ramirez Illich Sanchez, der später unter dem Decknahmen Carlos weltberühmt wurde. In den frühen siebziger Jahren führte er einige Anschläge für die PFLP in Europa durch. Das besondere an diesen Anschlägen ist, daß sie sich nicht gegen ausschließlich politische oder militärische Ziele Israels oder seiner Verbündeter richteten, sondern mehr und mehr gegen Vertreter der jüdischen Gemeinden in aller Welt. Antizionismus und Antisemitismus sind in den Bekennerschreiben dieser Periode kaum zu trennen. Genoud stellte sich entschlossen an ihre Seite. In den folgenden Jahren unternahm er weiterhin die Abwicklung finanzieller Transaktionen für Gruppen aus dieser „Verweigerungsfront", insbesondere für die PFLP und die Unternehmungen von Carlos. Für Mitglieder von Aktionskommandos übernahm er die Organisation ihrer Verteidigung und unterstützte Solidaritätskomittees.

Barbie

1982 begann für Genoud eine Zeit, in der er sich mit viel Energie zwei Prozessen widmete. Anfang Februar erfuhr er von der baldigen Ankunft des ehemaligen Chefs der Gestapo in Lyon Klaus Barbie. Der „Schlächter von Lyon" war nach langen Jahren in Südamerika schließlich doch noch in Bolivien verhaftet worden, und wurde nun an Frankreich ausgeliefert. Genoud bemühte sich sofort, die Verteidigung zu organisieren.

Zur selben Zeit wurden in Frankreich Bruno Breguet und Magdalena Kopp festgenommen. Magdalena Kopp entstammte den deutschen Revolutionären Zellen. Die beiden hatten zum Zeitpunkt ihrer Festnahme bereits einige Jahre mit Ramirez Sanchez (Carlos) zusammengearbeitet. Breguet war kurz nach seiner Freilassung in den Untergrund gegangen. Zwei Prozesse, eine Lösung: mit der Unterstützung Genouds übernahm Jaques Vergès in beiden Fällen die Verteidigung. Im Falle Kopp/ Breguet schien es zwar ungewöhnlich, aber doch erklärlich, daß Genoud die Verteidigung unterstützt. Die beiden waren überzeugte Marxisten; für Genoud zählte dies allerdings wenig. Sein Ziel war die Unterstützung des Kampfes gegen Israel; bloße ideologische Differenzen störten ihn dabei wenig. Die Verteidigung des Kriegsverbrechers Barbie durch ein ehemaliges Mitglied der Resistance wirkt dagegen total absurd. Woher nahm Vergès die Motivation für diese Aufgabe? Hatte sein antiimperialistisches Engagement dazu geführt, den Faschismus nur noch als Nebenwiderspruch zu begreifen? Vergès hatte Jahrzehnte gegen den französischen Kolonialismus, gegen französisch-englisch-amerikanische Unterdrückung der Länder der drei Kontinente gekämpft. War für ihn der Feind des Feindes, der deutsche Faschist, der lebenslang den Kampf des Dritten Reiches weitergeführt hat, zum Freund geworden? Ein Blick auf den Ablauf dieser beiden Prozesse offenbart eine Frage, die bisher nicht beantwortet wurde: hat sich in der Solidarität mit den nationalen Befreiungsbewegungen, insbesondere der palästinensischen, der Widerspruch zwischen Faschisten und Linksradikalen in einem Konsens der nationalen Befreiung aufgelöst?

In den letzten Jahren seines Lebens prägte eine weitere politische Verbindung seine politischen Aktivitäten. Nachdem er sich im Golfkrieg für den Iran eingesetzt hatte und Anfang der 80er den inzwischen freigelassenen Ben Bella, mittlerweile proiranisch orientiert, wiedergetroffen hatte, setzte er sich von seinem Sitz in Genf aus regelmäßig für die Interessen der Islamischen Republik Iran ein. Und auch weiterhin agierte er auf zwei Ebenen: einerseits als Finanzberater und Förderer hinter den Kulissen, und andererseits als Unterstützer inhaftierter Militanter.

In seinem Vorwort charakterisiert Karl Laske Francois Genoud treffsicher: „*´Für Francois Genoud ist der zweite Weltkrieg nicht zu Ende´* erklärte mir ein Spezialist in Fragen des Mittleren Ostens. *´Eine Phase ist vorbei, eine andere gerade im Gange. Er glaubt, er habe eine Aufgabe: die Fortsetzung des Krieges mit allen Mitteln.´* Francois Genouds Krieg aber hatte 1936 in Palästina, an der Seite des Muftis von Jerusalem begonnen, der gegen die Ankunft der Juden kämpfte, und hatte sich seither allen Widerständen zum Trotz fortgesetzt. 1993 befragte ich ihn zu seiner Teilnahme an Jagdausflügen in der Umgebung von Tanger. Er empörte sich: *´Ich war nie für die Jagd, im Gegensatz zum Reichsmarschall. Ich stehe auf der Seite der Beute, nicht des Jägers. - Wie Hitler mein Meister!´* rief er aus und streckte dabei beide Arme in die Höhe."

Fantomas

Notruf & Beratung
für vergewaltigte
Frauen und Mädchen

Telefonische Beratung:
Mo, Do, Fr 10-12 Uhr/
Di 17-20 Uhr

Öffnungszeiten:
Di 17-19 Uhr, Fr 10-12 Uhr

Telefon:
0451-70 46 40
Marlesgrube 9,
23552 Lübeck

AEROWORLD

ALIŞIM REİSE und VERSİCHERUNGSBÜRO
Beratung und Vermittlung

LTU · tap AIR PORTUG

Sehr geehrte URLAUBER!
"ALISIM" Reisebüro bietet Ihnen:.

*Flugzeugreisen in die Türkei oder in andere Länder!
(Lufthansa, Hapag - Lloyd, Condor, Turkisch Airlines, Öger Türk -Tur und noch viele andere Fluggesellschaften)

* Schiffsreisen In der Türkei
* Zugreisen (Autozug) in die Türkei

Außerdem bieten wir Ihnen die Vermittlung von
* Versicherungen aller Art!

Hapag-Lloyd · Lufthansa

Zülfikar YALÇINKAYA * An der Untertrave 67
* 23552 Lübeck * Tel / Fax: (0451) 79 82 48 9

Der Deutsche Ritt nach Osten

In der Sonderausgabe der antifaschistischen Zeitung „Der Rechte Rand" die verschiedenen großdeutschen und revanchistischen Akteure mit ihren jeweiligen Aktionsfeldern vorgestellt. Oft sind ihre Vorstellungen sehr unterschiedlich, teilweise widersprüchlich. Es eint sie der Wunsch, daß „der Osten" deutsch dominiert wird.

Die 40seitige Broschüre kostet 5,- DM

Bestellungen an:
Der Rechte Rand
Postfach 1324
30013 Hannover

DER DEUTSCHE RITT NACH OSTEN
INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN
DER RECHTE RAND

Ab 8.9.'97 in Buch- und Infoläden oder zu bestellen für 5.- & 2.- Porto. Ein Abo über fünf Ausgaben kostet 30.- DM.

Antifaschistisches INFO 40 BLATT

Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin

In dieser Ausgabe unter anderem:

Schwerpunkt: 10 Jahre antifaschistische Bewegung - 10 Jahre Antifa Info-Blatt

außerdem:
- Prozeß gegen Kay Diesner
- »Rudolf-Heß-Gedenkmarsch« '97
- Otto von Bismarck-Stiftung
- Neues in Sachen Briefbomben
- Front National auf Erfolgskurs
- Kirchenasyl

Das Antifaschistische Infoblatt erscheint seit 1987 fünf Mal im Jahr mit ca. 50 Seiten.
Es ist eine nichtkommerzielle, bundesweite Zeitung, die von aktiven AntifaschistInnen im Eigenverlag herausgegeben wird.

Bankverbindung: J. Lehmann, Kto-Nr.: 411 960-105, BLZ 100 100 10, Postbank Berlin

---

ÖkoLinX 26

★ Interview **Murray Bookchin**: **Noam Chomsky**, Staat, Kapital + rev. Linke ★ Partydemo: Subkultur oder **Standort-Tanz** ★ Vom Handelskapital zum (Öko)Imperialismus ★ **Kommunismus** + Natur ★ Anti-Castor: Repressive **Gewaltfreiheit** ★ B.-Ohnesorg-Kongreß: **„trend"** z. Toleranz für Eso-Faschist ★ **junge Welt**: „Antikapitalistisch." Ostscheiß ★ **Genfood** ★ **AnthroposophInnen:** Zensur ★ Schweidlenkas + Gugenbergers Coming-out ■ AUTORINNEN: ■ **Becker** ■ **Bierl** ■ **Ditfurth** ■ **Döpke** ■ **Fittkau** ■ **Geisheimer** ■ **Helms** ■ **Hoffmann** ■ **Joost** ■ **Kleine** ■ **Kühn** ■ **Lehmann** ■ **Menninger** ■ **Preuschoff** ■ **Schaaf** ■ **Schuldt** ■ **Zieger**

Ich bestelle: ❑ **Probeheft** 10 DM (8 DM + 2 DM Porto/Vers.) ❑ **Abo** 45 DM (6 Ausg./Abojahr). Außerdem: ❑ **Infos über Ökologische Linke** bundesweit (7 DM)
Kontakt: Ökologische Linke, c/o Manfred Zieran, Neuhofstr. 42, 60318 Frankfurt/M.

★ Lieferung NUR gegen Vorkasse ★

AUTONOMES MÄDCHENHAUS Kiel

TREFFPUNKT
UND
BERATUNG

KAISERSTR. 58, 23 KIEL 14
TEL.: 0431 - 73 37 75
MO 12 - 14 h
DI 14 - 16 h
DO 10 - 12 h
und nach Vereinbarung

ZUFLUCHT

TEL.: 0431 - 64 20 69

FÜR MÄDCHEN UND JUNGE FRAUEN IN NOT AB 14 J.

Mädchennotruf
73 10 00

---

rat reihe antifaschistischer texte

Rosen auf den Weg gestreut

Eine Kritik an der akzeptierenden Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen

Anlaß für diese Broschüre sind die Erfahrungen, die insbesondere in ländlichen Gegenden mit der »akzeptierenden Jugendarbeit« gemacht werden. In den meisten Fällen führte diese Form der Jugendarbeit, die rechtsradikale Einstellungen bei Jugendlichen akzeptiert statt sie in Frage zu stellen und gegen sie zu intervenieren, zur Stärkung rechtsradikaler Strukturen und zur Verdrängung andersdenkender Jugendlicher. An Hand von konkreten Beispielen wird in der Broschüre der Bogen geschlagen zu einer grundsätzlichen Kritik an dem Heitmeierschen Ansatz zur Erklärung rechtsextremer Einstellungen bei Jugendlichen. Die HerausgeberInnen arbeiten in verschiedenen antifaschistischen Projekten in Norddeutschland.

48 Seiten A4
Preise
1 Ex 5 DM/incl. Porto
7 Ex 25 DM/incl. Porto

Bestellungen
(nur gegen Vorkasse) an:
rat – reihe antifaschisrtischer Texte
c/o Schwarzmarkt
Kleiner Schäferkamp 46
20357 Hamburg

Enough is enough! Verkaufsstellen!

Ahrensburg:
Dritte Welt-Laden, 22926 Ahrensburg

Bad Oldesloe:
Dritte Welt-Laden, Lübecker Str. , 23843 Bad Oldesloe

Bargteheide:
Autonomes Jugendhaus, Lübecker Str. 45-47, 22941 Bargteheide

Flensburg:
Infocafé 159, Hafermarkt 6, 24943 Flensburg
Carl v. Ossietzky-Buchhandlung, Heiligengeistgang 9, 24937 Flensburg

Hamburg:
Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg
Café & Buch, Marktstr. 114, 20357 Hamburg
Buchladen, Osterstr. 156, 20255 Hamburg
Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55, 20357 Hamburg
B5 (Info)-Café, Brigittenstr. 5, 20359 Hamburg

Kiel:
Infoladen Beau Rivage, Hansastr. 48, 24118 Kiel
Zapata Buchhandlung, Jungfernstieg 27, Kiel & Medusastr. 16, 24143 Kiel
Trau Dich, Holtenauer Straße 92, 24105 Kiel

Lübeck:
Café Brazil, c/o alternative, Willy-Brand-Allee 9, 23554 Lübeck
Infoladen im Akzent, Fleischhauerstr. 32, 23552 Lübeck
Infostand des *Lübecker Bündnis gegen Rassismus*, (fast) jeden Samstag, Breite Str.- Fußgängerzone

Meldorf:
Peter-Panther-Buchladen, Zingelstr. 12, 25704 Meldorf

Norderstedt:
Autonomer Infoladen Aurora, c/o Soziales Zentrum, Ulzburger Str. 6a, 22850 Norderstedt

Ich will die *Enough is enough* abonnieren!
Und zwar ______ Exemplar(e) pro Ausgabe
ab Nr.____

- ☐ für zunächst 4 Ausgaben
- ☐ für zunächst 8 Ausgaben
- ☐ bis ich mein Abo kündige.

Das Abo kostet DM 20,- für 4 Ausgaben. WeiterverkäuferInnen und Verkaufsstellen erhalten ab 5 Exemplare das Stück für DM 3,- /ab 20 Exemplare für DM 2,50 /ab 50 Exemplare für DM 2,30

DM 1,-

Redaktion *Enough is enough*
c/o alternative
Willy-Brandt-Allee 9

23554 Lübeck

____
(Name)

____
(Straße)

____
(PLZ, Ort)